

SONDERTHEMA:
Europa in der Bewährung
20 Jahre nach Maastricht SEITE 3-16

KÄMPFT FÜR DEN EURO

Finanzminister Schäuble will die Währung
sattelfest für die Zukunft machen **SEITE 4**

ZWEI SEITEN EXTRA

Der Rücktritt von Christian Wulff

Das Parlament

Berlin, Montag 20. Februar 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 8/9 | Preis 1 € | A 5544

ZITATE ZUM RÜCKTRITT

Rainer Brüderle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion: „Christian Wulff zog die Konsequenz aus den Vorgängen der vergangenen Wochen und hat das Amt des Bundespräsidenten vor weiterem Schaden bewahrt ... Klar ist, es wird in der Bundesversammlung keine Mehrheit gegen die Koalitionsparteien geben.“

David McAllister (CDU), Ministerpräsident von Niedersachsen: „Der Entscheidung von Christian Wulff bekenne ich meinen vollen Respekt. ... Als niedersächsischer Ministerpräsident von 2003 bis 2010 hat Christian Wulff sehr viel Positives für Niedersachsen geleistet. Er hat unser Land trotz nicht einfacher Rahmenbedingungen enorm nach vorn gebracht.“

Erzbischof Robert Zollitsch, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz: „Der Bundespräsident ist den christlichen Kirchen stets mit Interesse und Wohlwollen begegnet. Er hat Papst Benedikt XVI. nach Deutschland eingeladen und ihn mit großer Warmherzigkeit aufgenommen. Dafür empfinden wir viel Dankbarkeit.“

Klaus Ernst, Vorsitzender der Linkspartei: „Seine Initiative für ein gemeinsames öffentliches Gedenken an die Opfer des Rechtsterrors war respektabel. Und im Übrigen hat es Deutschland gutgetan, dass im Schloss Bellevue für eine Zeit ein modernes Paar mit Kind gewohnt hat.“

Präses Nikolaus Schneider, Vorsitzender des Rates der EKD: „Bundespräsident Christian Wulff hat sich dem wesentlichen Thema des Zusammenhalts unserer Gesellschaft mit Engagement gewidmet. Kritische Diskussionen hat er dafür in Kauf genommen. Ich danke Bundespräsident Christian Wulff für wichtige Anstöße, die er in seiner Amtszeit dazu gegeben hat.“

Frank-Walter Steinmeier, Chef der SPD-Bundestagsfraktion: „Ich glaube, dass die wochenlangen Debatten um das Amtsverständnis von Christian Wulff der Glaubwürdigkeit von Politik geschadet haben. Deshalb muss der Nachfolger eine Persönlichkeit werden mit Erfahrung und Haltung in der Politik.“

Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime: „Ich teile die Verschwörungstheorie einiger in unserer Community ausdrücklich nicht, wonach Herr Wulff wegen seinen Aussagen zum Islam den Hut nehmen musste.“

Winfried Kretschmann (Grüne), Ministerpräsident von Baden-Württemberg: „Der Schritt war unaußersächlich. Nur so konnte weiterer Schaden vom Amt des Bundespräsidenten abgewendet werden.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende: „Ich habe die Erklärung des Bundespräsidenten mit größtem Respekt und – ganz persönlich – auch mit tiefem Bedauern zur Kenntnis genommen ... Wulff und seine Frau haben Deutschland im In- und Ausland würdig vertreten.“

Horst Seehofer, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender: „Mit diesem Schritt rückt Christian Wulff die Würde und die Bedeutung des höchsten Staatsamtes an die erste Stelle. Niemand hat sich diesen bedauerlichen Gang der Dinge gewünscht.“

Dieter Graumann, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland: „Wir würdigen ... ausdrücklich sein konsequentes Eintreten für die Rechte der religiösen Minderheiten und seine besondere Sensibilität im Umgang mit dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte.“

Sigmar Gabriel, Vorsitzender der SPD: „Ich gehe davon aus, dass die CDU-Vorsitzende und Kanzlerin Merkel nicht zum dritten Mal einen Bundespräsidenten nach rein parteitaktischen Motiven auswählt. Sie muss alle Parteien zu Gesprächen über einen überparteilichen Kandidaten oder eine überparteiliche Kandidatin einladen – ohne irgendwelche Vorfestlegungen zwischen Union und FDP.“

Guido Westerwelle (FDP), Bundesaußenminister: „Das große Thema des Herrn Bundespräsidenten war die Integration der Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Religionen hier in Deutschland. Da hat er sich nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland wirklich große Verdienste erworben.“

Bellevue sucht Nachmieter

BUNDESPRÄSIDENT Nach Wulffs Abgang wollen die Parteien einen Konsenskandidaten finden

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ließ erst gar keine Zweifel an ihren Absichten aufkommen. Bereits eine halbe Stunde nach der Rücktrittserklärung von Christian Wulff als Bundespräsident am Freitagvormittag kündigte die CDU-Chefin an, bei der Suche nach einem Nachfolger für das höchste Staatsamt einen parteiübergreifenden Konsens suchen zu wollen. Mit Wulff und seinem Vorgänger Horst Köhler hatte Merkel zuvor zwei von CDU, CSU und FDP nominierten Kandidaten ins höchste Staatsamt verholfen, die beide vorzeitig abtraten. Angesichts der hauchdünnen Mehrheit, über die Schwarz-Gelb in der Bundesversammlung verfügt, will die Kanzlerin nun nach einem Gespräch mit den Koalitionspartnern „unmittelbar auf Sozialdemokraten und Grüne zugehen“. Ziel sei es, „einen gemeinsamen Kandidaten“ vorzuschlagen, sagte Merkel.

Konsequenzen Wulff trat nach nur 598 Tagen zurück – kürzer bekleidete keiner seiner neun Vorgänger das höchste Staatsamt. Der 52-Jährige zog damit die Konsequenzen aus den Vorwürfen, mit denen er seit zwei Monaten konfrontiert ist – von der Inanspruchnahme eines günstigen Privatkredits für sein Haus in Großburgwedel über kostenlose Urlaube bei Unternehmerfreunden bis zur staatlichen Mitfinanzierung einer umstrittenen Lobbyveranstaltung. Am vergangenen Donnerstag beantragte die Staatsanwaltschaft Hannover die Aufhebung der Immunität des Bundespräsidenten, um ein Ermittlungsverfahren wegen möglicher Vorteilsannahme beziehungsweise -gewährung einleiten zu können – ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik.

Im konkreten Fall geht es um einen mit dem Filmunternehmer David Groenewold verbrachten Sylt-Urlaub des Ehepaars Wulff im Jahr 2007. Die von Groenewold zunächst beglichene Kosten für einen Hotelaufenthalt will ihm Wulff in bar erstattet haben. Brisant ist, dass ein Unternehmen, an dem Groenewold beteiligt ist, vom Land Niedersachsen zu Wulffs Zeiten als Ministerpräsident eine Bürgschaft erhielt. Der Bundestag der über die Aufhebung der Immunität zu entscheiden gehabt hätte, muss sich mit dem Antrag der Staatsanwaltschaft Hannover jedoch nicht mehr befassen. Denn der Schutz vor Strafverfolgung erlischt unmittelbar mit dem Ende der Amtszeit – unabhängig davon, wie sie beendet wird. Wulff benötigte am Freitag knapp vier Minuten für seine Rücktrittserklärung. Um 11.03 Uhr trat Wulff mit seiner Frau Bettina in den großen Saal von Schloss Bellevue. Deutschland brauche einen Präsidenten, der vom Vertrauen einer breiten Mehrheit



Abgang mit Dame: Nach seinem Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten verlässt Christian Wulff mit seiner Frau Bettina den großen Saal von Schloss Bellevue.

der Bürger getragen wird, sagte er. Die Entwicklung der vergangenen Tage und Wochen habe gezeigt, dass dieses Vertrauen und damit seine Wirkungsmöglichkeiten „nachhaltig beeinträchtigt“ seien. „Aus diesem Grund wird es mir nicht mehr möglich, das Amt des Bundespräsidenten nach innen und nach außen so wahrzunehmen, wie es notwendig ist. Ich trete deshalb heute vom Amt des Bundespräsidenten zurück, um den Weg zügig für die Nachfolge frei zu machen“, sagte Wulff um genau 11.05 Uhr. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wies Wulff in seiner Erklärung erneut zurück. Er habe „Fehler gemacht“, sei aber „immer aufrichtig“ gewesen. Mit Blick auf die „an-

stehende rechtliche Klärung“ zeigte sich der frühere niedersächsische Ministerpräsident und CDU-Vize davon überzeugt, dass sie „zu einer vollständigen Entlastung führen“. Unklar ist, ob Wulff einen Ehrensold erhält. Dieser richtet sich nach der Höhe der Amtsbezüge des Bundespräsidenten, beträgt also zurzeit 199.000 Euro pro Jahr. Voraussetzung für den Erhalt des Ehrensoldes ist nach dem „Gesetz über die Ruhebezüge des Bundespräsidenten“ von 1953, dass er „mit Ablauf seiner Amtszeit oder vorher aus politischen oder gesundheitlichen Gründen“ aus dem Amt scheidet. Die Entscheidung über die Gewährung des Ehrensoldes trifft die Bundesregierung.

Übergangsweise übernimmt der amtierende Bundesratspräsident, Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), das Amt des Staatsoberhauptes. An Stelle Wulffs wird Merkel am 23. Februar die Rede auf der Gedenkveranstaltung für die Opfer des rechtsextremen Terrors in Berlin halten.

Wahl spätestens am 18. März Viel Zeit für die Suche nach einer geeigneten Persönlichkeit für das höchste Staatsamt bleibt nicht. Laut Grundgesetz muss die Bundesversammlung spätestens 30 Tage nach dem Ende der Amtszeit des Bundespräsidenten zusammenkommen, um das neue Staatsoberhaupt zu wählen. Das wäre der 18. März.

Die Bundesversammlung wird von Bundespräsident Norbert Lammert (CDU) einberufen. Dieser befindet sich ebenso unter den diskutierten Kandidaten wie seine Stellvertreterin Katrin Göring-Eckardt (Grüne). Auch dem Bürgerrechtler Joachim Gauck und dem früheren Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) sowie der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) werden Chancen eingeräumt. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier forderte Merkel auf, die Gespräche mit der Opposition über einen Präsidentenkandidaten „ohne jegliche eigene Vorfestlegungen“ zu führen. Es müsse ein Staatsoberhaupt gefunden werden, das „breit in der Gesellschaft Verankerung“ finde. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin betonte, „nach zwei gescheiterten“ Präsidentschaften gehe es „nicht um einen schwarz-gelben Bundespräsidenten“. Die Grünen würden sich „gern“ an der Suche nach einem Kandidaten beteiligen. „Dies ist nicht die Zeit für parteipolitische Spielereien“, sagte Trittin. FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle machte deutlich, dass es „in der Bundesversammlung keine Mehrheit gegen die Koalitionsparteien geben“ werde. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt mahnte: „Wir tun gut dran, nun in aller Ruhe einen geeigneten Kandidaten zu finden.“

Im Eiltempo Linke-Fraktionschef Gregor Gysi forderte Merkel auf, ihre nur an SPD und Grüne gerichtete Einladung zu Gesprächen zu korrigieren. „Wir brauchen einen Bundespräsidenten, der von allen Parteien, ich betone allen Parteien, im deutschen Bundestag getragen wird“, sagte Gysi. Ein gemeinsamer Kandidat sei wichtig, um Vertrauen in das Präsidentenamt wiederherzustellen. Die Vorbereitung der Präsidentschaftswahl bedeutet für die Bundestagsverwaltung viel Arbeit im Eiltempo: von A wie Abstimmungskärtchen über B wie Bestuhlung im Plenarsaal und H wie Hotelbuchungen und Zeitschriften, die am Tage des Ereignisses im Bundestag bereitliegen sollen. Allerdings sind die Bundestagsmitarbeiter in Übung. Die Bundesversammlung tritt im März innerhalb von nur zwei Jahren zum dritten Mal zusammen. **Monika Pilath**

Zu viele Ungereimtheiten

CHRONIK Im Dezember 2011 tauchten erste Vorwürfe gegen Wulff auf. Seitdem kamen ständig neue hinzu

Von der Inanspruchnahme eines günstigen Privatkredits über kostenlose Urlaube bei Unternehmern bis zur staatlichen Mitfinanzierung einer umstrittenen Lobbyveranstaltung: Christian Wulff sah sich vielen Vorwürfen ausgesetzt. Ein Rückblick:

25. Oktober 2008: Christian Wulff, damals Ministerpräsident von Niedersachsen, bekommt von der Unternehmergattin Edith Geerkens ein Privatkredit über 500.000 Euro zum Kauf eines Hauses.

18. Februar 2010: Wulff antwortet auf eine mündliche Anfrage im niedersächsischen Landtag, dass es zwischen ihm und dem Unternehmer Egon Geerkens in den vergangenen zehn Jahren keine geschäftlichen Beziehungen gegeben habe.

12. Dezember 2011: Wulff versucht, „Bild“-Chefredakteur Kai Diekmann zu erreichen, um einen Bericht zur Finanzierung seines Privathauses zu verhindern oder zu verschieben. Auf der Mailbox droht er Medienberichten zufolge den „endgültigen Bruch“ und „Krieg“ mit Springer an, falls die Geschichte erscheint.



Angela Merkel am 17. Februar

13. Dezember: Die „Bild“-Zeitung berichtet erstmals über Wulffs umstrittene Hauskauf-Finanzierung.

15. Dezember: Wulff bedauert, den Kredit von Edith Geerkens vor dem niedersächsischen Landtag nicht erwähnt zu haben.

18. Dezember: Es gibt neue Vorwürfe gegen Wulff im Zusammenhang mit Gratis-Ur-

laubaufenthalten in Häusern befreundeter Unternehmer. Aus einer Liste, die Wulffs Anwaltsbüro veröffentlicht, geht hervor, dass er zwischen 2003 und 2010 insgesamt sechs Mal im Urlaub zu Gast bei Unternehmen war. In der Erklärung zu der Liste heißt es, die Urlaube hätten keinen Bezug zu Wulffs öffentlichen Ämtern gehabt.

22. Dezember: Der Bundespräsident entschuldigt sich öffentlich für die entstandenen Irritationen. Zugleich entlässt er seinen Sprecher Olaf Glaeseker.

4. Januar 2012: Wulff gibt ARD und ZDF ein Interview, in dem er den Anruf bei Diekmann als „schweren Fehler“ bezeichnet und volle Transparenz bei allen Fragen ankündigt. Am Folgetag veröffentlicht sein Anwalt aber nur eine zusammenfassende Stellungnahme.

19. Januar: Wegen Korruptionsverdachts lässt die Staatsanwaltschaft Hannover Glaesekers Haus und Büros durchsuchen. Glaeseker wird vorgeworfen, über die niedersächsische Staatskanzlei die Veranstaltungsreihe „Nord-Süd-Dialog“ des Eventveranstalters Manfred Schmidt gefördert zu

haben. Weil er dafür möglicherweise Gegenleistungen erhielt, wird gegen Glaeseker wegen Bestechlichkeit ermittelt.

21. Januar: Nach Medienberichten hat Niedersachsens Landesregierung mehrere Tausend Euro für den „Nord-Süd-Dialog“ bezahlt – für eine Publikation, die während der Veranstaltung als Geschenk verteilt wurde.

8. Februar: Der Filmunternehmer David Groenewold soll 2007 einen Luxus-Kurzurlaub der Familie Wulff auf Sylt zunächst bezahlt haben, berichtet die „Bild“-Zeitung. Im selben Jahr erhielt der Filmunternehmer eine Bürgschaftszusage des Landes Niedersachsen. Die Staatsanwaltschaft Hannover prüft den Fall.

16. Februar: Die Staatsanwaltschaft Hannover beantragt die Aufhebung der Immunität von Bundespräsident Wulff. Es gebe einen Anfangsverdacht wegen Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung.

17. Februar: Wulff tritt zurück. Bundeskanzlerin Merkel kündigt an, mit der Opposition einen gemeinsamen Kandidaten für dessen Nachfolge zu suchen. **che**



Glanz und Glamour vergangener Tage: Bundespräsident Christian Wulff und seine Frau Bettina beim Sommerfest Anfang Juli 2010 im Garten des Schlosses Bellevue

Horst Seehofer springt ein

VERTRETUNG Am Aschermittwoch wird Horst Seehofer ein überraschend erhaltenes Zusatzamt für einige Stunden beiseite legen müssen: Dann hat der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef in Passau beim „Politischen Aschermittwoch“ einige tausend Anhänger in der Dreiländerhalle in Stimmung zu bringen. Dass Seehofer in diesem Jahr nicht nur Ministerpräsident und Bundesratspräsident ist, sondern nach dem Rücktritt von Christian Wulff zugleich die Aufgaben des Bundespräsidenten wahrzunehmen hat, dürfte den CSU-Mann nicht von seinem pflichtgemäßen Politpöter-Programm in Passau abhalten. Es ist reiner Zufall, dass Seehofer plötzlich höchst repräsentative Aufgaben wie die Akkreditierung von Botschaftern oder die Eröffnung von Ausstellungen zu übernehmen hat. Im Bundesrat wechselt das Präsidentenamt jährlich. Der turnusmäßige Wechsel hat nichts mit Mehrheitsverhältnissen, sondern nur mit dem Alphabet zu tun. Bayern war wieder dran, und damit ist Seehofer Bundesratspräsident. Der hat neben der Leitung der Sitzungen der Länderkammer noch eine weitere Aufgabe, die in Artikel 57 des Grundgesetzes geregelt ist: „Die Befugnisse des Bundespräsidenten werden im Falle sei-



Bundesratspräsident Horst Seehofer

An den Ufern des Rubikons

BILANZ Christian Wulff glänzte mit Glaubwürdigkeit und scheiterte wegen fehlender Glaubwürdigkeit

Schnell hatte er sein Thema gefunden und schien damit alle Kritiker und Zweifler zum Verstummen zu bringen: „Zu allererst brauchen wir aber eine klare Haltung. Ein Verständnis von Deutschland, das Zugehörigkeit nicht auf einen Pass, eine Familiengeschichte oder einen Glauben verengt, sondern breiter angelegt ist“, forderte der drei Monate zuvor gewählte Bundespräsident Christian Wulff zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010. Und er fügte an: „Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“

Mit diesen wenigen, zuvor aber noch nie in dieser Klarheit ausgesprochenen Sätzen schien Wulff all jene widerlegt zu haben, die glaubten, dass der intellektuelle Joachim Gauck „der bessere Präsident“ gewesen wäre, wie es der „Spiegel“ vor der Bundespräsidentenwahl am 30. Juni 2010 verkündet hatte. Und Wulff verabschiedete sich damit auch vom Image des braven, aber farblosen Parteisoldaten, der ganz im Sinne der selbsternannten „bürgerlichen Mitte“ von Union und FDP agieren würde. Denn dass der Islam ab sofort zu Deutschland gehören soll-

te, brachte ihm nicht nur den Zorn von Hans-Peter Friedrich (CSU) ein, der dies auf seiner ersten Pressekonferenz als frisch gebackener Bundesinnenminister im März 2011 als „Tatsache, die sich auch aus der Historie nirgends belegen lässt“ kritisierte. Mit dieser Äußerung tat Friedrich Wulff in gewisser Weise sogar einen – wenn auch ungewollten – Gefallen: Er zwang ausgerechnet Sozialdemokraten und Grüne, die Gauck zum neuen Herren in Bellevue hatten küren wollen, sich schützend vor den Präsidenten zu stellen.

Wulff konnte auch um so glaubwürdiger in der Rolle des Mittlers zu den Muslimen in Deutschland auftreten, weil er damit nahtlos an seine letzte wichtige Entscheidung als niedersächsischer Ministerpräsident anknüpfte. Im April 2010 hatte er im Zuge einer Kabinetts-umbildung mit Aygül Özkan erstmals in Deutschland eine muslimische Ministerin in eine Regierung geholt. So verwunderte es auch nicht, dass es die Türkische Gemeinde in Deutschland war, die als erstes am vergangenen Freitag ein Wort des Bedauerns zu Wulffs Rücktritt fand. „Wir haben dadurch inhaltlich einen guten Bundespräsidenten verloren“, ver-

kündete der Bundesvorsitzende des Dachverbandes, Kenan Kolat. Und mit Blick auf seinen ersten EU-Beitritt für einen EU-Beitritt der Türkei setzte er hinzu, dies sei „die Messlatte“ für den nächsten Bundespräsidenten.

Glanz in Bellevue Der 1959 in Osnabrück geborene Wulff verstand es als jüngster Bundespräsident in der Geschichte der Republik in den ersten Monaten durchaus, „bella figura“ zu machen. Zu einem erheblichen Teil hatte er dies auch seiner 14 Jahre jüngeren Ehefrau Bettina zu verdanken, die er nach der Scheidung von seiner ersten Frau Christiane Vogt im April 2008 geheiratet hatte. Jung, selbstbewusst, sportlich und attraktiv verlieh sie ihrem stets etwas bieder wirkenden Ehemann etwas von jenem präsidialen Glamour, der in Washington und Paris so bestaunen ist und den sich offenkundig viele Deutsche auch im Schloss Bellevue wünschen. Und die Boulevard-Presse wurde nicht müde, diesen Glanz ausgiebig zu polieren. Zusammen mit ihren Kindern Anna-Lena und Leander, die Christian und Bettina Wulff aus ihren vorangegangenen Partnerschaften mit in die Ehe brachten, und dem gemeinsamen Sohn Linus Florian, vermittelte die Wulffs jene moderne Patchwork-Familie, die den Lebenswirklichkeiten des 21. Jahrhunderts entspricht. Seine persönlichen Lebensverhältnisse waren es dann auch, die dem katholischen Wulff erneut Glaubwürdigkeit und Authentizität verliehen, als er Papst Benedikt VI. bei dessen Staatsbesuch öffent-

lich die Frage stellte, „wie barmherzig“ die katholische Kirche „mit den Brüchen in den Lebensgeschichten von Menschen“ zukünftig umgehen wird. Mit dieser Frage hatte er unverhohlen den Ausschluss von wiedererheirateten Geschiedenen von der Kommunion kritisiert und vielen Katholiken aus dem Herzen gesprochen. Es sollte genau jene Glaubwürdigkeit sein, die ihm dann im Umgang mit den gegen ihn erhobenen Vorwürfen verloren ging. Mit seinen Anrufen bei „Bild“-Chefredakteur Kai Diekmann und Springer-Chef Mathias Döpfner war der sprichwörtliche Rubikon in der Tat überschritten, wie der zündende Bundespräsident auf Diekmanns Anrufbeantworter schimpfte. Doch er war es selbst, der ihn überschritt. Und im Gegensatz zu Caesar überschritt Wulff die Grenze nicht wie ein souverän agierender Staatsmann aus strategischem Kalkül. Es war eher eine Kurzschlussreaktion, die erstaunlich unsouverän wirkte für einen Mann, der auf über 30 Jahre politische Erfahrung zurückblicken kann und die „Ochsentour“ der Berufspolitiker durchlaufen hat.

Musterkarriere Bereits als 16-Jähriger war Wulff 1975 in die CDU und die Schüler Union eingetreten und legte neben seinem Jurastudium, das er 1990 mit dem zweiten Staatsexamen abschloss, eine mustergültige Karriere hin. Im Jahr 1983 war er bereits Landesvorsitzender der Jungen Union Niedersachsen, rückte ein Jahr später in den Landesvorstand der CDU auf, dessen Vorsitz

er 1994 übernahm. Erste Erfahrungen als Mandatsträger sammelte er als Ratsherr von Osnabrück ab 1986, und 1994 trat er bei den Landtagswahlen bereits erstmals als Spitzenkandidat gegen Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) an. Auch vier Jahre später konnte er sich gegen Schröder nicht durchsetzen, erwarb sich aber als Oppositionsführer den Ruf, über Ausdauer und Standhaftigkeit zu verfügen. Den Durchbruch schaffte Wulff schließlich 2003 mit dem Sieg über Schröders Nachfolger Sigmar Gabriel. Als Ministerpräsident und einer von vier stellvertretenden Bundesvorsitzenden gehörte Wulff ab sofort zu den Granden in der Union. Doch trotz all der Erfahrungen eines Polit-Profis agierte Wulff seit Ende des vergangenen Jahres wie ein Getriebener, der sich im Wochentakt mit neuen Vorwürfen konfrontiert sah. Seine Versuche, durch das Einräumen von Fehlern einerseits und die Selbststilisierung als Opfer einer Medienkampagne andererseits das Blatt zu seinen Gunsten zu wenden, löste in der Öffentlichkeit zunehmend Unverständnis und einen galoppierenden Glaubwürdigkeitsverlust aus. So scheiterte Christian Wulff letztlich genau an jenem Vorwurf, den er Bundespräsident Johannes Rau im Januar 2000 im Zuge der sogenannten „Düsseldorfer Flugaffäre“ gemacht hatte: „Es ist tragisch, dass Deutschland in dieser Zeit keinen unbefangenen Bundespräsidenten hat, der seine Stimme mit Autorität erheben kann.“ Diese Zeit hat er nun beendet. *Alexander Weinlein*



»Wir haben einen guten Präsidenten verloren.«

Kenan Kolat (Türkische Gemeinde in Deutschland)

Die Spannung hängt am Kandidaten

BUNDESVERSAMMLUNG Schwarz-Gelb hat bei der Präsidentenwahl nur eine knappe Mehrheit

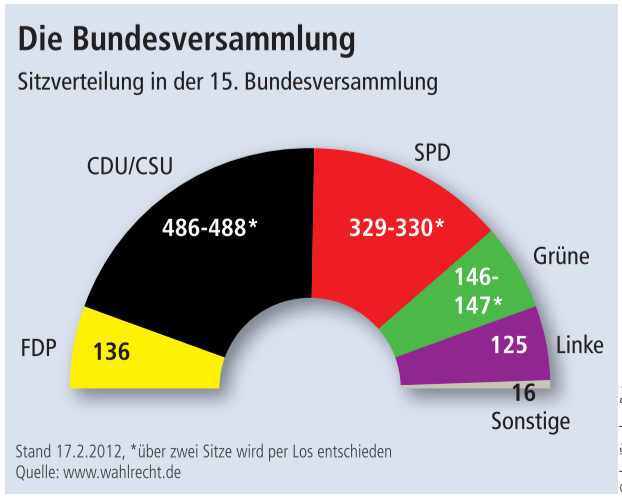
Verständigt sich, wie von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) angestrebt, die schwarz-gelbe Koalition mit SPD und Grünen auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Nachfolge des zurückgetretenen Bundespräsidenten Christian Wulff, wird die Wahl des elften Staatsoberhauptes der Bundesrepublik keine spannende Sache: Diese vier Parteien übergreifende Mehrheit wäre so groß, dass am Ergebnis der Wahl auch bei Abweichern in denen eigenen Reihen keine Zweifel bestünde. Ganz anders sähe das aus, wenn wie zuletzt bei Wulffs Wahl 2010 Schwarz-Gelb und Rot-Grün mit eigenen Kandidaten in die Bundesversammlung gehen. Dort nämlich verfügt Merkels Koalition derzeit nur über eine Mehrheit von wenigen Stimmen.

Die Bundesversammlung, deren einzige Aufgabe die Wahl des Bundespräsidenten ist, besteht laut Verfassung aus den – derzeit 620 – Bundestagsabgeordneten, und einer gleichen

Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Zum Staatsoberhaupt gewählt ist, heißt es im Grundgesetz, „wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält“. Bei 1.240 Mitgliedern liegt diese Mehrheit bei 621 Stimmen. Wird diese Hürde in den ersten zwei Wahlgängen nicht genommen, reicht dann im anschließenden dritten Wahlgang die einfache Mehrheit.

Da die Bundesversammlung spätestens 30 Tage nach der Amtszeit des Bundespräsidenten zusammenzutreten muss – in diesem Fall also spätestens am 18. März –, kann sich ihre Zusammensetzung nicht mehr durch Landtagswahlen ändern – die nächste findet eine Woche später, am 25. März, im Saarland statt.

Losentscheid nötig Damit kommen CDU und CSU in der Bundesversammlung nach Berechnungen der Internetplattform wahlrecht.de auf 486 bis 488 Stimmen und die FDP auf 136, zusammen also auf maximal 624 Wähler. Die SPD stellt danach in der Bundesversammlung 329 bis 330 Mitglieder, die Grünen 146 bis 147, die Linke 125, hinzu kommen 16 Sonstige. Dabei ergeben sich die Schwankungen den Angaben zufolge, weil in Baden-Württemberg CDU und Grüne den gleichen rechnerischen Anspruch auf den letzten Sitz haben; gleiches gilt für CDU und SPD in Nordrhein-Westfalen – es muss das Los entscheiden. Die Koalition verfügt demnach im für sie günstigsten Fall über acht Stimmen mehr als der Rest. Will sie alleine einen Kandidaten in den ersten zwei Wahlgängen durchsetzen, hätte sie drei Stimmen „über den Durst“ – nicht gerade viel für eine wirkliche „Kampfabstimmung“. *Helmut Stoltenberg*



Keine Frage von Schuld oder Nichtschuld

Immunität Mit dem Rücktritt von Christian Wulff ist auch das Immunitätsverfahren eingestellt

Es wäre in der Geschichte der Bundesrepublik ein bislang einmaliger Vorgang gewesen: die Aufhebung der Immunität eines Bundespräsidenten. Denn für ihn gilt nach dem Willen des Grundgesetzes dasselbe Recht auf Immunität wie für die Abgeordneten des Bundestages. Mit dem Rücktritt Wulffs am vergangenen Freitag endete auch das bereits angestoßene parlamentarische Verfahren zur Aufhebung seiner Immunität. „Der Antrag ist faktisch gegenstandslos“, sagte der Vorsitzende des Immunitätsausschusses, Thomas Strobl (CDU). Denn mit dem Ende des Mandats ende auch seine Immunität. „Eine Immunität, die es nicht mehr gibt, kann man auch nicht mehr aufheben“, sagte er.

Parlamentarische Mühlen Als Wulff vergangenen Freitag im Schloss Bellevue seinen Rücktritt verkündete, waren die parlamentarischen Mühlen des Bundestages aber bereits angelaufen: Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hatte eine Stunde zuvor bestätigt, das Schreiben der Staatsanwaltschaft Hannover erhalten zu haben. Darin war förmlich um die Aufhebung der Immunität von Christian Wulff gebeten worden. Die Geschäftsordnung des Bundestages sieht für diesen Fall vor, dass der Antrag an

den Ausschuss für Immunitätsangelegenheiten weitergeleitet wird. Die zuständigen Parlamentarier des Ausschusses prüfen dann den Antrag. Prüfen heißt dabei, das sie ausschließen müssen, dass hinter einem solchen Antrag möglicherweise ein politisch motivierter Willkürakt der Staatsanwaltschaft stehen könnte.



Hüter der Immunität: Christian Strobl

Die Gründe dafür gehen weit in die Geschichte zurück. Denn noch im letzten Jahrhundert wurden Vertreter der Legislative nur allzu oft von der Regierung und der Justiz durch willkürliche Strafverfahren an ihrer Arbeit gehindert. In Deutschland war 1933 die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes nur dadurch möglich, dass zuvor Dutzende von kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten durch eine Festnahme an ihrer Teilnahme an der Abstimmung gehindert worden waren.

Plenum entscheidet Heutzutage prüfen die Mitglieder des Immunitätsausschusses daher gründlich jede Aufhebung der Immunität. Sie bereiten eine entsprechende Beschlussempfehlung für das Plenum vor, das dann das letzte Wort hat. Es entscheidet darüber aber ohne Aussprache. Wichtig ist dabei aber, dass der Bundestag mit einer solchen Genehmigung keine Aussage über den Tatvorwurf, also über die Frage von Schuld oder Nichtschuld macht. Der Bundestag ermöglicht lediglich, dass die Ermittlungen überhaupt aufgenommen werden können. Wäre es im Fall von Christian Wulff also zu einer Aufhebung der Immunität gekommen, hätte dies nichts darüber ausgesagt, inwieweit die Vorwürfe gegen ihn berechtigt sind. *Annette Sach*

SONDERTHEMA:
Europa in der Bewährung
20 Jahre nach Maastricht SEITE 3-16

KÄMPFT FÜR DEN EURO

Finanzminister Schäuble will die Währung
sattelfest für die Zukunft machen **SEITE 4**

BANGT UM DEN EURO

Griechenland muss harte Bedingungen für
weitere EU-Hilfsgelder erfüllen **SEITE 17**

Das Parlament

Berlin, Montag 20. Februar 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 8/9 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Präsident mit Wut im Bauch

Karolos Papoulias Bei Karolos Papoulias, dem Präsidenten Griechenlands, lagen in der vergangenen Woche offenbar die Nerven



blank. Denn nicht nur zähe Verhandlungen über die Zukunft des hochverschuldeten Landes bestimmten die Polit-Agenda. Auch an klaren Worten der Geldgeber fehlte es nicht. So hatte Bundesfinanzminister Schäuble (CDU)

klargestellt, Griechenland dürfe kein Fass ohne Boden werden. Das reichte: „Wer ist denn Herr Schäuble, der Griechenland beleidigen kann?“, polterte der 82-Jährige los. Mit Verständnisproblemen dürfte der Ärger wenig zu tun haben. Denn Papoulias, der als Jugendlicher gegen die Nazi-Besatzung seines Landes gekämpft hatte, ging während der griechischen Militärdiktatur ins Exil nach Deutschland und spricht fließend deutsch. *che*

ZAHLE DER WOCHE

73 Milliarden

Euro hat Griechenland bisher aus einem im April 2010 geschnürten Rettungspaket erhalten. An diesem ersten Rettungspaket von insgesamt 110 Milliarden Euro beteiligte sich die EU mit 80 und der Internationale Währungsfonds mit 30 Milliarden Euro. Über ein zweites Rettungspaket von 130 Milliarden Euro wird derzeit verhandelt. Der Bundestag stimmt darüber am 27. Februar ab.

ZITAT DER WOCHE

»Mäßigung ist das Gebot der Stunde.«

Guido Westerwelle (FDP), Außenminister, zur griechischen Kritik an Bundesfinanzminister Schäuble (siehe oben). Eine derartige Kritik sei inakzeptabel, so Westerwelle weiter.

IN DIESER WOCHE

GESCHICHTE

Integration Die Entwicklung der EU in den vergangenen 20 Jahren **Seite 5**

„MERKOZY“

Führung Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy prägen den Kontinent **Seite 11**

MIGRATION

Porträts Wie Bürger in anderen Ländern eine neue Heimat fanden **Seite 13**

KEHRSEITE

Preise Die Auflösung des „Parlaments“-Weihnachtsrätsels **Seite 18**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Schluss mit den Zweifeln!

VISION Die Vereinigten Staaten von Europa sind ein Fernziel. Noch fehlt den Europäern der nötige Wille

Ein Vorbild möchte jeder sein. Es hebt das Selbstwertgefühl, wenn andere einem nachhaken. Insofern schmeichelt es den USA, wenn die Menschen jenseits des Atlantiks Vereinigten Staaten von Europa anstreben. Freilich hebt es den Stolz noch ungleich mehr, ein Vorbild von so außergewöhnlicher Güte zu sein, dass andere es kopieren wollen, es aber nie in gleicher Vollkommenheit erreichen – und wenn sie sich noch so sehr bemühen. Diese zwei Seelen wohnen in der Brust vieler Amerikaner beim Blick auf Europa 20 Jahre nach dem Maastricht-Vertrag, der auch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik begründete, sowie zehn Jahre nach Einführung des Euro. Die meisten US-Bürger finden ihr Staatsmodell schon ziemlich klasse. „Exceptionalism“ ist eine verbreitete Denkungsart, vor allem unter Republikanern. Die USA seien die „shining city upon a hill“: das leuchtende Versprechen von Freiheit, Demokratie, ökonomischem Erfolg, wie es sonst nirgends erreicht werde – und zugleich die einzige Weltmacht.

In der Theorie hätten sie gerne einen Partner von ähnlicher Qualität in Europa. In der Praxis jedoch beschäftigen sich Politik und Medien in den USA mehr mit den Klagen, auf welchen Feldern Europa die Hoffnungen und Erwartungen heute nicht erfüllen kann. Und wohl auch in absehbarer Zeit nicht erfüllen wird. Dabei geht es weniger darum, wie ähnlich oder verschieden man diese Vereinigten Staaten ökonomisch und sozial ausgestaltet, ob mehr amerikanischer „capitalism“ oder eher „soziale Marktwirtschaft“. Die Wahrscheinlichkeit einer Angleichung ist da ziemlich gering. Zu unterschiedlich sind die Traditionen. Die entscheidende Frage für Amerikaner ist vielmehr, ob und wann die Europäer einen vergleichbaren Zusammenhalt und eine vergleichbare internationale Durchsetzungsfähigkeit erreichen werden wie die echten Vereinigten Staaten. Mit Blick auf europäisches Handeln gegenüber Libyen oder Iran sowie die Eurokrise bleiben Zweifel.

Nahezu paradox wird die Lage freilich, wenn Europäer die Skepsis der Amerikaner mit ihren Selbstzweifeln noch übertreffen, und US-Spitzenpolitiker sie ermutigen müssen – wie jüngst auf der Münchner Sicherheitskonferenz. In den Wochen zuvor hatten Vordenker in deutschen Medien und Think Tanks eine Debatte geführt, wie sich die geopolitischen Machtgewichte verschieben – nicht nur ein bisschen, sondern fundamental. Die USA interessieren sich angeblich kaum noch für Europa, sie schauen nach Asien. Das Bündnis über den Atlantik stehe für Vergangenheit, der Blick über den Pazifik für Zukunft.

Enge Zusammenarbeit Außenministerin Hillary Clinton und Verteidigungsminister Leon Panetta beschrieben die Realität ganz anders. Europa bleibe Amerikas erster Ansprechpartner, sagte Clinton. Panetta erläuterte, warum die USA zwei Brigaden aus Europa abziehen, versicherte aber zugleich: Auch danach werde mehr US-Militär permanent in Europa stationiert sein als auf jedem anderen Kontinent außerhalb der USA. Senator Sam Nunn stellte klar: Die euro-amerikanische Wirtschaftszone sei das Rückgrat der Weltwirtschaft. Das alles stimmt. Der Handel über den Atlantik ist größer als der Warenaustausch über den Pazifik. Es gibt eine atlantische Freihandelszone, aber keine pazifische. Die US-Investitionen in Europa übersteigen die in Asien um ein Vielfaches. Auch umgekehrt fließen mehr Investitionen aus Deutschland in die USA als nach China. Beides sind klare Indikatoren für Zukunftserwartungen. Eine Militäralianz wie die Nato wird es auch in Jahrzehnten in Asien noch nicht geben.

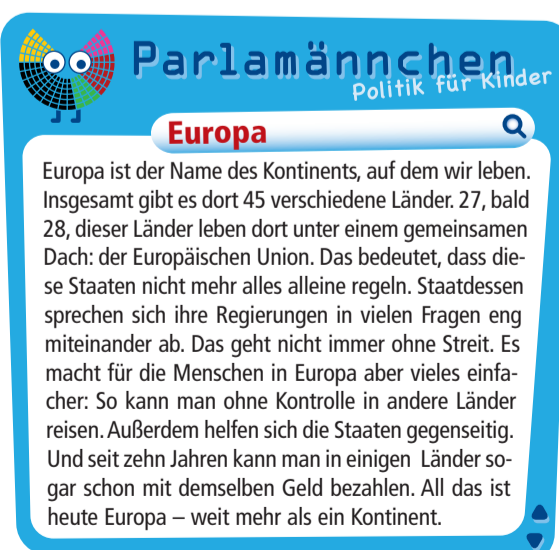


Der Europäischen Union zum Trotz: Der Nationalstaat ist für die Völker Europas immer noch die wichtigste Bezugsgröße.

Wie kann es dann dazu kommen, dass Deutsche und Europäer eine Debatte führen, dass sie unwichtig zu werden drohen – statt umgekehrt zu diskutieren, ob und wie sie sich zu Vereinigten Staaten zusammenschließen, die dann auch so mächtig und durchsetzungsfähig sein werden wie die USA – und damit ein attraktiver Partner wären?

Die Erde erlebt eine graduelle Verlagerung. Asiens Wirtschaft und Bevölkerung wachsen schneller als die in Europa. Nicht nur China, sondern auch Indien und Südkorea sind „emerging powers“. Japan bleibt trotz seiner aktuellen Herausforderungen eine Führungsmacht. Aus globaler Perspektive werden Asien und speziell China jedes Jahr ein bisschen wichtiger – und folglich sinkt die relative Bedeutung Europas aber auch der USA im Konzert der Weltmächte ganz langsam. Doch es wird noch eine ganze Weile dauern, ehe diese vielen kleinen Veränderungen in der Summe eine fundamentale Gewichtsverschiebung bewirken. So weit kommt es im Übrigen nur, wenn Asiens Aufstieg unaufhaltsam weitergeht. Und wer will das schon garantieren angesichts der vielen inneren Spannungen in China?

Die USA interessierten sich angeblich kaum noch für Europa, sie schauen nach Asien.



Europa ist der Name des Kontinents, auf dem wir leben. Insgesamt gibt es dort 45 verschiedene Länder. 27, bald 28, dieser Länder leben dort unter einem gemeinsamen Dach: der Europäischen Union. Das bedeutet, dass diese Staaten nicht mehr alles alleine regeln. Staatdossen sprechen sich ihre Regierungen in vielen Fragen eng miteinander ab. Das geht nicht immer ohne Streit. Es macht für die Menschen in Europa aber vieles einfacher: So kann man ohne Kontrolle in andere Länder reisen. Außerdem helfen sich die Staaten gegenseitig. Und seit zehn Jahren kann man in einigen Ländern sogar schon mit demselben Geld bezahlen. All das ist heute Europa – weit mehr als ein Kontinent.

Leon Panetta zog in München eine ganz andere Schlussfolgerung: Es sei höchste Zeit für einen strategischen Dialog Europas und Amerikas, wie sie gemeinsam mit China und mit Asien umgehen. Möchte Europa diesen Ehrgeiz überhaupt zeigen? Oder versteht es seine Außenpolitik vornehmlich als Handelspolitik? Aus vie-

lerlei Gründen strotzen die Europäer derzeit nicht gerade vor Selbstbewusstsein. Die Eurokrise zieht sich über zwei Jahre hin, und so rasch wird sie kein überzeugendes Ende nehmen. Der Libyenkonflikt ist noch in frischer Erinnerung: Die Deutschen drückten sich, Briten und Franzosen ging nach wenigen Wochen die Munition aus. Am Ende musste mal wieder die Weltmacht Amerika die Situation retten. Gegenüber Iran spielt Europa auch keine Achtung gebietende Rolle.

Nichts zu beschönigen In dieser gedrückten Stimmung europäischer Selbstzweifel wurde eine Rede Präsident Obamas in Australien zum Auslöser für die These vom angeblich fundamentalen Wandel. In einer Rede in Darwin wog er die Chancen und Risiken ab, die sich aus Chinas Aufstieg ergeben, sicherte den Verbündeten in Asien zu, sie könnten sich im Notfall auf Amerika verlassen, und kündigte die Stationierung von 2.500 US-Soldaten an. Die USA seien schon lange eine pazifische Führungsmacht. Der Präsident griff zu großer Rhetorik: Er rief ein pazifisches Zeitalter aus. Obama sagte jedoch nicht, Asien werde aus US-Sicht wichtiger als Europa.

Die in Deutschland verbreitete Interpretation hat wohl auch mit dem am stärksten Selbstvertrauen der Europäer zu tun. Da wirkt die These einleuchtend, nun orientierten sich die USA an anderen Regionen, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Dynamik attraktiver wirken. Grund zum Verzweifeln besteht nicht, weder beim Euro noch in Sachen Militärmacht. Die Eurozone hat ernste Probleme, da gibt es nichts zu beschönigen. Die USA sind aber kaum besser dran. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind sie sogar höher verschuldet. Und wenn man den Umgang mit den Schuldenkrisen auf beiden Seiten des Atlantiks vergleicht, darf Europa zumindest für sich in Anspruch nehmen, dass es handelt. Man würde sich gewiss schnellere und effektivere Rettungsmaßnahmen wünschen. Die USA jedoch haben bisher fast gar nichts unternommen gegen ihr größeres Schuldenproblem.

So ist es auf den ersten Blick verwunderlich, dass alle über die Eurokrise und die von ihr ausgehenden Gefahren reden und über die Dollar-Risiken schweigen. Das hat auch da-

mit zu tun, dass die Wirtschafts- und Finanzmedien, die die globale Meinungsbildung dominieren, außerhalb der Eurozone erscheinen: in New York, in London und in Asien. Es ist jedoch gut möglich, dass das beherrschende Thema 2013 die Dollarkrise sein wird, weil dann der Ernst der Lage in den USA unübersehbar sein wird. Beim Thema Militär müssen die Europäer sich entscheiden. Möchten sie als Kontinent der Seeligen gelten, der darauf setzt, dass man alle Konflikte durch Reden und Ausgleichszahlungen befrieden kann? Oder wollen sie, da sie weltweit Handel treiben, auch weltweit Einfluss nehmen und ihre Interessen verteidigen – wozu es gehören würde, nicht nur gemocht und respektiert, sondern bisweilen auch gefürchtet zu werden? Man muss deshalb nicht gleich, wie die USA, annähernd fünf Prozent des BIP fürs Militär ausgeben. Aber die 1,3 Prozent, die Deutschland aufwendet, reichen bestimmt nicht. Die Nato hat als Ziel zwei Prozent vorgegeben – ein gleichemmaßen realistisch wie vernünftiger Wert.

Fundament der Stärke Vereinigte Staaten von Europa? Das ist ein ehrgeiziges Fernziel. Vermutlich wollen Europas Völker das gar nicht, jedenfalls nicht jetzt. Der Nationalstaat ist für sie heute die wichtigere Bezugsgröße. Selbst wenn sie es wollten, hieße das nicht, dass sie die USA kopieren müssen. Ein paar Lehren lassen sich aus Amerikas Beispiel aber schon ziehen. Zusammenschluss in Stärke ist nur erfolgreich, wenn dahinter ein klarer Wille steht und wenn die Sicherungsmechanismen für die Effizienz von Wirtschaft und Währung auch in der Praxis funktionieren. Denn sie sind das Fundament für politische Stärke, nach innen wie nach außen. Zum internationalen Gewicht gehört neben der Strahlkraft als Vorbild auch ein Militär, das es erlaubt, Macht zielgerichtet zu projizieren. Solange die Europäer das nicht wollen – oder sich einreden, es sei besser, dies nicht zu wollen – bleiben die Vereinigten Staaten von Europa ein vager Traum.

Christoph von Marshall

Der Autor ist White House Correspondent der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ in Washington. Soeben ist sein Buch „Was ist mit den Amis los? Warum sie an Barack Obama hassen, was wir lieben“ erschienen.

EDITORIAL

Europa ist viel mehr

VON JÖRG BIALLAS

Wer die öffentliche Debatte über Europa verfolgt, könnte den Eindruck gewinnen, das Thema reduziere sich auf die Probleme des griechischen Staatshaushalts. Dabei wird vergessen, dass Europa viel mehr ist: Europa ist Studien in Spanien, Arbeiten in Schweden, Urlaub ohne Grenzkontrolle und Geldumtausch in Frankreich. Europa steht für einen starken Wirtschaftsraum, trotz der aktuellen Probleme für kalkulierbare Finanzmärkte und vor allem für Frieden. Europa ist aber auch der Italiener an der Ecke, der multinationale Kindergarten, der Handwerker aus Polen. Europa ist Bestandteil unser aller Leben, einfach so und inzwischen fast selbstverständlich. Das Gerede von der angeblich weit verbreiteten und sehr grundsätzlichen Europa-Skepsis entspringt medial aufgebauschter Kleingeistigkeit. In Wahrheit ist der europäische Gedanke, eine Solidarität der Staaten zum Wohle aller, fest verankert. In Deutschland und anderswo haben die Menschen begriffen, dass die Vorteile eines Miteinanders die gelegentlichen Nachteile deutlich übertünchen. Die Entscheidung, mit der die Gemeinschaft das krisengeschüttelte Griechenland in diesen Wochen aufhängt, belegt das eindrucksvoll. Der Kontinent befindet sich in einem Prozess ständigen Wandels. Dabei spielen die Parlamente – die nationalen wie das europäische – Schlüsselrollen. Starke Volksvertretungen können Europa verändern, die Entwicklungen kontrollieren und bei Bedarf korrigierend eingreifen. Dazu sind neben ausreichendem Selbstbewusstsein der Abgeordneten vor allem gesicherte Kompetenzen nötig. Beim Europäischen Parlament gibt es da gewiss noch Handlungsbedarf, damit die politischen Richtlinien künftig mehr als bisher beeinflusst werden können. Eine stärkere Gemeinschaft darf sich aber auch nicht auf Kosten nationaler Souveränität etablieren. Deshalb müssen die Parlamente in den einzelnen EU-Staaten im Bewusstsein internationaler Verpflichtungen ihre eigenen Interessen klar formulieren.

In Europa bleibt also auch abseits der aktuellen Krisenbewältigung viel zu tun. So selbstverständlich, wie die Gemeinschaft angenehmer Bestandteil des Alltags geworden ist, ist die Pflicht, Europa weiter zu festigen und auszubauen. Die Politik sollte die Unkenrufe der Skeptiker dabei nicht überhören, aber auch nicht zum Maßstab des eigenen Handelns machen.

GASTKOMMENTARE

MEHR EUROPA?

Nur gemeinsam stark

PRO



Stefanie Bolzen
»Die Welt«
»Welt am Sonntag«

Griechenland und Euro-Krise: Beide Begriffe lassen die Bürger nicht los. Ein Brüsseler Gipfel jagt den nächsten, dem gerade abgesehenen und heftig umstrittenen Milliardenpaket soll schon wieder das nächste folgen. Die Rechnung begleichen am Ende die Steuerzahler. Dass die Griechen wirklich sparen wollen, glaubt kaum noch jemand. Das riesengroße Misstrauen ins Projekt Europa ist verständlich – und trotzdem brauchen wir gerade jetzt mehr davon: mehr Zusammenarbeit, mehr Transparenz, mehr Wettbewerbsfähigkeit und vor allem mehr Kontrolle. Schafft die Europäische Union es nicht, aus der Krise geeint herauszukommen, wird sie global in der Bedeutungslosigkeit versinken. Noch werden Kanzlerin und EU-Spitze überall mit offenen Türen empfangen, wie dieser Tage in Peking. Noch generiert die EU mit nur sieben Prozent der Weltbevölkerung ganze 20 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Den Rückzug in die Kleinstaaterei aber kann sich Europa mit seiner alternden Bevölkerung nicht leisten. Es muss als gemeinsamer Markt attraktiv und durch seine Währung stark bleiben. Und gerade Deutschland sollte sich nichts vormachen: Der volkswirtschaftliche Reichtum basiert vor allem auf einem überaus erfolgreichen Export – der zu 60 Prozent in unsere EU-Nachbarländer geht. Natürlich war deren Solvenz eine Blase. Aber ob Euro-Zone, EU oder einzelne Mitgliedstaaten: Die Krise hat eine gewaltige Reformwelle ausgelöst, an deren Ende finanzielle und strukturelle Konsolidierung stehen muss, auf nationaler wie Euro-Ebene: Wer im Club dabei sein will, muss sich schon jetzt einem viel härteren Regime unterwerfen. So wird Europa gestärkt aus der Krise herausgehen, weil es sich ihr gemeinsam stellt.

Es fehlt der Wille

CONTRA



Moritz Schuller
»Der Tagesspiegel«
Berlin

Griechenland ist seit mehr als 30 Jahren Mitglied der Europäischen Union. Seit mehr als 30 Jahren ratifiziert das Land europäische Verträge, nimmt an EU-Gipfeln teil, bestimmt europäische Politik. Heute ist Griechenland ein „failed state“, ein gescheiterter Staat. Die Europäische Union hat jahrelang den politischen Verfallsprozess eines Mitgliedslandes begleitet, durch den Euro sogar befördert. Sie hat so lange zugeschaut, dass ein Land von der Wirtschaftsleistung Hessens zur Bedrohung für die gesamte Weltwirtschaft werden konnte. Kein Wunder also, dass Barroso & Co dem aktuellen Krisenmanagement nur noch als Statisten zusehen dürfen. Die politischen Institutionen Europas, nicht nur die Griechenlands, sind diskreditiert. Gleichzeitig haben all die dramatischen Rettungsaktionen ergeben, dass das, was als „Untergang Europas“ um jeden Preis verhindert werden sollte, immer wahrscheinlicher geworden ist: die Pleite eines Euro-Landes. Die vermeintlichen Retter müssen sich vorwerfen lassen, Europa im Umgang mit der Krise politisch ausgehöhlt und entmachtet, aber nicht gerettet zu haben. Genau diese Mischung aus Aktionismus, Halbheiten und Ideologie ist es, aus der sich die europäische Politik seit jeher speist – und mit der die Union nun sich selbst an den Abgrund gebracht hat. Nicht weil ihr der Finanzminister fehlt, der Steuern einsammelt, oder ein Präsident, der endlich europäisches Lebensgefühl verbreitet, ist die EU in dieser Lage. Sondern weil sie noch immer unterlegitimiert ist. Der politische Wille und die politische Kompetenz in Europa, das zeigt die Hartnäckigkeit der Krise, reicht nicht einmal für das Europa, das bereits besteht. Für den großen Sprung nach vorn fehlt beides erst recht.

Mehr zum Thema auf den Seiten 3 bis 17
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Minister, ist Ihnen in den vergangenen Wochen angesichts der Griechenland-Debatte eigentlich mal der Kraken geplatzt?

Ich glaube, dass mit das Wichtigste zur Zeit ist, dass einem genau das nicht passiert. Die Probleme sind zu ernst, als dass man sich nicht beherrschen könnte.

Der griechische Premierminister Loukas Papadimos sagte in der entscheidenden Abstimmung zum neuen Sparkpaket: »Der ganze Staat soll neu gegründet werden.« Offenbar tun aber die Apparate nicht, was das reformwillige griechische Kabinett will. Sind der EU da die Hände gebunden?

Die Möglichkeiten der EU sind in der Tat begrenzt. Im Endeffekt ist es Griechenland, das die Programme umsetzen muss. Die EU und die Mitgliedstaaten können Hilfe anbieten und tun das auch, aber natürlich muss Griechenland, wie jeder andere Mitgliedstaat auch, über Hilfe und Beratung selbst entscheiden. Es stehen zur Zeit mehr Mittel aus europäischen Programmen wie Regional- oder Strukturfonds zur Verfügung für Griechenland, als abgerufen werden können. Deswegen gibt es dafür auch Unterstützung durch die Kommission vor Ort in Griechenland.

Der Unmut der Griechen hat sich auch auf Sie ganz persönlich gerichtet. Verübert?

Ach was. Wir wollen das Beste für Europa und Griechenland, das wird niemand ernsthaft bestreiten. Und wir anerkennen, dass die griechische Bevölkerung durch harte Zeiten geht. Aber die Probleme liegen nun einmal in Griechenland und können nur in Griechenland und durch Griechenland gelöst werden: geringes Wirtschaftswachstum, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, hohe Schulden. Wir tun alles, um Griechenland auf diesem Weg zu helfen und zu begleiten, so lange Griechenland ihn gehen will. Ich glaube, dass es eine ganz wichtige Aufgabe aller Politiker in Europa ist, diese Zusammenhänge ihren Bevölkerungen zu erklären und diese auf diesem Weg mitzunehmen.

Kommen wir zum Fiskalpakt. Warum sollte die Schuldenbremse in der Fiskalunion jetzt funktionieren, obwohl die im Maastricht-Vertrag festgelegte Schuldenbegrenzung nicht funktioniert hat?

Es ist wahr: Deutschland und Frankreich haben den Stabilitäts- und Wachstumspakt 2003 und 2004 massiv verletzt. Deswegen haben wir keinen Grund, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Aber wir haben die Konsequenzen daraus gezogen: Seit Angela Merkel Kanzlerin ist, halten wir uns an die Vorgaben. Ohne wenn und aber. Das müssen andere auch tun. Und deswegen haben wir gesagt, der Pakt muss Zähne bekommen.

Ist der Euro eigentlich mehr eine Belastung oder eine Bereicherung für die Deutschen? Und: Hat die Nation den Euro akzeptiert?

Die Menschen sind klug. Die Deutschen wissen in ihrer großen Mehrheit, dass eine gemeinsame europäische Währung ein großer Vorteil für uns alle ist. Ursache für unseren hohen Lebensstandard, unsere soziale Sicherheit, unsere geringe Arbeitslosigkeit sind unsere großen Erfolge auf den Weltmärkten. Und diese Position wird durch die gemeinsame Währung Euro und den bei weitem größten Wirtschaftsraum der Welt entscheidend gestärkt. Deswegen sagen andere EU-Länder mit Recht: Deutschland ist das größte und erfolgreichste Land in Europa, also müsst ihr Deutschen auch die größten Leistungen erbringen, um den Euro stabil zu halten. Das ist völlig in Ordnung.

Polen fürchtet sich vor einem Deutschland, das sich vor seiner Führungsrolle in Europa drückt. Woanders gibt es Unbehagen über die deutsche Dominanz. Wie

»Europa ist Vielfalt und Einheit«

WOLFGANG SCHÄUBLE Der Bundesfinanzminister über Europa, den Rettungsschirm für Griechenland und den Euro



und andere Not leidende EU-Länder Deutschland auch überfordern?

Die Höhe der Beiträge für die Stabilisierung unserer gemeinsamen Währung richten sich nicht nach der Führungsleistung, sondern nach dem Anteil, den wir am europäischen Volkseinkommen haben. Und da haben wir den größten Anteil und müssen folglich auch den größten Beitrag leisten. Aber in der Tat: Wir nehmen Verantwortung auf uns. Die zu fallenden Entscheidungen sind alle nicht trivial. Deswegen müssen sie sorgfältig bedacht werden. Und deswegen ist es auch gut, dass die Entscheidungen nicht leicht fallen, dass darum gerungen wird, dass man nationale Parlamente davon überzeugen muss, dass es Streit gibt. Denn in der Demokratie werden Entscheidungen durch Streit geprüft, gewogen, von allen Seiten betrachtet und getätet.

Geraten die nationalen Parlamente bei dieser europaweiten Krisensituation ins Hintertreffen?

Nein, ganz im Gegenteil. Wir haben die Probleme, Programme und Lösungen immer ausführlich im Bundestag diskutiert. Angesichts der großen Herausforderungen, die zu bewältigen sind, geht das auch gar nicht anders. Die Haushaltsouveränität der Parlamente ist eine Grundbedingung der Demokratie und schon deshalb ein hohes Gut, weil sie die Demokratiegeschichte des letzten halben Jahrtausends geprägt hat. Die Stärkung der Gemeinschaft heißt deshalb, die Legitimation der europäischen Institutionen, insbesondere des Europäischen Parlaments, schrittweise zu erhöhen. Aber auf diesem Weg geht es nur langsam vorwärts.

Dann spielt das Europäische Parlament also derzeit nicht die Rolle, die es spielen müsste?

Die Kollegen im Europäischen Parlament leisten gute Arbeit. Aber sie kämpfen mit dem großen Problem, dass es eine grenzüberschreitende europäische Öffentlichkeit kaum gibt. Die Menschen interessieren sich vor allem dafür, was in ihrem Land passiert. Ich würde mir wünschen, dass die europäischen Institutionen, die ja tatsächlich mehr Kraft haben, als die meisten wissen, zum Motor der Integration werden. Deshalb freut es mich auch sehr, dass meine Partei sich dazu bekannt hat, dass der Präsident der Kommission in Zukunft in einer allgemeinen Wahl bestimmt werden sollte. Dann würde sich im Wahlkampf um diese Position eine andere, eine neue Qualität gesamt-europäischer Öffentlichkeit entwickeln.

Vor zehn Jahren wurde der Euro eingeführt, vor 20 Jahren in Maastricht der Grundstein für die gemeinsame Währung gelegt. Wo stehen wir in zehn Jahren?

Der Euro wird auch in zehn Jahren eine stabile Währung sein, eine der führenden Währungen in der Welt. Das Vertrauen der Finanzmärkte in die Eurozone als Ganzes wird wiederhergestellt sein. Europa ist mit großem Abstand die wirtschaftsstärkste Union der Welt. Wir müssen uns also nicht kleiner machen als wir sind. In den nächsten Jahren werden Entscheidungen für die gemeinsame Währung und für die gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik schrittweise stärker in Brüssel getroffen. Und ich hoffe, bis dahin nicht nur durch Hilfskonstruktionen intergouvernementaler Zusammenarbeit wie im Dezember beim Treffen der Staats- und Regierungschefs vereinbart, sondern so wie wir es eigentlich allesamt – bis auf zwei – angestrebt haben: innerhalb der europäischen Verträge und Institutionen.

Das Interview führten Jörg Biallas und Alexander Heinrich.

Wolfgang Schäuble (69) ist Bundesfinanzminister und Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er ist seit 1972 Abgeordneter des Bundestages.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Leidenschaft auf Europäisch: Martin Schulz

Martin Schulz einen Schwärmer zu nennen, käme niemandem in den Sinn. Der Sozialdemokrat aus dem Rheinland ist eher als „rauer Kerl“ bekannt, der die Dinge beim Namen nennt. Und dennoch: Der 56-Jährige kommt geradezu ins Schwärmen, wenn es um Europa geht. Der Europäischen Union, dieser „faszinierenden Idee, die als Antwort der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf die erste Hälfte entstanden ist“, hat er sich voll und ganz verschrieben. Seit er 1994 ins Europaparlament gewählt wurde, kämpft er für die europäische Einigung. Zunächst als Abgeordneter, seit 2004 als Fraktionsvorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion und seit Mitte Januar als Präsident der Vielvölkerkammer. In Brüssel residiert der Rheinländer im neunten Stock des Spaak-Baus, ein Abgeordneten-Hochhaus, das weit über das vielfältige Gebäudeensemble des Europaparlaments hinausragt. Fällt sein Blick aus dem Fenster, dann schaut er mitten hinein ins Europaviertel. Noch wirkt das Arbeitsambiente unpersönlich, die Ablagen leer, die Wände kahl. Der Neue hatte noch gar keine Zeit, dem Raum eine persönliche Note zu geben. „Ich habe immer gesagt, mehr als ein Fraktionsvorsitzender kann man nicht arbeiten“, zieht er eine erste Bilanz. „Jetzt muss ich feststellen, dass der Präsident dieser Volkskammer doch noch ein anderes Arbeitspensum zu bewältigen hat.“ Staats- und Regierungschefs, Generalsekretäre internationaler Organisationen wollen empfangen, Gedenktage in Anwesenheit des Präsidenten begangen werden. Dazwi-

chen gilt es, die Plenarsitzungen zu leiten und Rechtsakte der Europäischen Union zu unterzeichnen. In Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden der sieben Fraktionen im Haus stellt er die Tagesordnung der Sitzungen zusammen. Und als Hausherr trägt er die Verantwortung für Verwaltung und Budget der Kammer. Drei-ei Arbeit fesselt den Präsidenten an das Haus, für die belgische Metropole bleibt da keine Zeit. Schulz verlässt das Parlaments-



»Eine faszinierende Idee, die als Antwort der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf die erste Hälfte entstanden ist.«

gebäude nur, um an Veranstaltungen teilzunehmen oder zu Frau und zwei erwachsenen Kindern nach Würselen zu eilen. Würselen, die knapp 39.000 Einwohner zählende Stadt bei Aachen, ist der private Lebensmittelpunkt des Martin Schulz. Hier lebt er seit mehr als vier Jahrzehnten, betrieb als gelernter Buchhändler eine eigene Buchhandlung, engagierte sich als lokaler Juso-Vorsitzender in der Friedensbewegung. Mit 31 Jahren zog er ins Rathaus, als jüngster Bürgermeister Nordrhein-Westfalens. Konsequenter baute der junge Stadtwater damals die Partnerschaft mit dem französischen Morlaix aus. Dass Schulz neben Englisch

und Niederländisch auch fließend Französisch spricht, kam ihm dabei zugute. Ein Schüleraustausch als 16-Jähriger nach Bordeaux hatte die Grundlage gelegt. „Natürlich“, so sagt er, „war es auch mein Elternhaus, mein Zuhause im Dreiländereck Aachen, Lüttich, Maastricht, das mich europäisch geprägt hat.“ Die Sonntagsausflüge nach Lüttich hätten seinem Französisch Auftrieb gegeben. Und nicht nur dem. Er kennt die Beneluxstaaten und bewundert die Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg für die Aufnahme der Deutschen in die Montanunion kämpften. „Diese Leute haben mehr für unser Land getan, als wir uns vorstellen können“, sagt er. Und er fügt in dem ihm eigenen Humor hinzu: „Da haben die keinen Ehrenpreis für gekriegt.“ In seiner neuen Aufgabe nimmt sich Schulz zurück. Nichts mehr soll aufscheinen vom kämpferischen „Krawall-Juso“, den er gerne beschreibt, wenn er von seinem politischen Engagement in den 1970ern redet. Wenn er die Worte wetzt, wie andere das Messer. Dann attackiert er so scharf, dass manch einer die Nerven verliert. So wie Silvio Berlusconi. Den Premier und Medienzar fragte der SPD-Mann 2003 unverblümt nach seinem Interessenkonflikt. Berlusconi, in seiner Funktion als Ratspräsident zu Gast im Straßburger Haus, platzte der Krage. Er empfahl dem Abgeordneten eine Filmrolle als Kapo, als KZ-Lagerchef. Der Schlagabtausch machte Schulz über Nacht bekannt. Seither kennt man den bärtigen Mann mit der wortgewaltigen Stimme. Nun will er sein rhetorisches Talent nutzen, um dem Europaparlament mehr Gehör zu verschaffen. Sabine Seeger

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
(äußer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@
bundestag.de
Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Monika Pilath (mpi)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)
Fotos
Stephan Roters
Redaktionsschluss
17. Februar 2012

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhhusenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantwortl.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de
Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für
vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterzwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbetätigkeiten e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.

Immer tiefer, immer breiter

EUROPÄISCHE UNION In den 20 Jahren seit Maastricht hat die wachsende EU einen weiten Reformweg zurückgelegt

Es sind nicht immer die großen Kapitalen des Kontinents, die für die Einschnitte und Weichenstellungen der jüngsten europäischen Geschichte stehen. Gewiss, es gab den „Warschauer Pakt“ und 1968 den „Prager Frühling“, 1975 die KSZE-Schlussakte von Helsinki und 1989 den Fall der Berliner Mauer. Es gibt aber auch das kleine luxemburgische Winzerdorf Schengen, bei dem auf einem Moselschiff 1985 der Vertrag unterzeichnet wurde, der „Schengen“ zum Synonym für ein Europa ohne Schlagbäume machte, oder Maastricht, die alte Provinzhauptstadt im Süden der Niederlande, mit der man assoziiert den Euro (siehe Beitrag unten) und die Europäische Union verbindet, die dort vor 20 Jahren aus der Taufe gehoben wurde.

Auf Erweiterungen folgten Vertiefungen, die die EU fit machen sollten für die nächste Erweiterung, und wer sich die Geschichte der 20 Jahre Europäischer Union betrachtet, mag bisweilen zu dem Schluss kommen, dass ihr Integrationsprinzip der Rushhour-Regel des „Stop and go“ folgt. Für das „Stop“ sorgte gern der Souverän, sprich: der Wähler, der sich in so manchem Referendum den Vorstellungen der Regierenden verweigerte und so Korrekturen erzwingen konnte.

Neuer Name Das galt schon für den Maastricht-Vertrag selbst, der erst am 1. November 1993 in Kraft trat – auch, weil die Dänen ihm in einer ersten Volksbefragung ihre Zustimmung versagten. Erst nachdem ihnen zugestanden wurde, selbst zu entscheiden, ob und wann sie sich der Währungsunion anschließen wollen, gaben sie in einem zweiten Referendum ihr Placet – um sich später gegen die Euro-Einführung zu entscheiden.

Der „Vertrag über die Europäische Union“ bescherte ihr nicht nur den neuen Namen und legte Vorschriften für die angestrebte Gemeinschaftswährung fest. Geschaffen wurde auch der Einstieg in eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und in die „Zusammenarbeit der Justiz- und Innenminister“. Zudem begründete er eine

Unionsbürgerschaft und stärkte die Rechte des Europäischen Parlaments (EP). 1993 wurde auch der Europäische Binnenmarkt mit den „vier Freiheiten“ verwirklicht – dem freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital innerhalb der Grenzen der EU. Mit dem „Europäischen Wirtschaftsraum“ (EWR) wurden diese vier Freiheiten 1994 auf die damaligen Mitgliedsstaaten der Europäischen Freihandelszone EFTA ausgedehnt – mit Ausnahme der Schweiz, deren Bevölkerung sich in einem Referendum gegen den Beitritt zum EWR aussprach. Heute, nach dem EU-Beitritt der meisten EFTA-Staaten, erstreckt sich das EWR-Abkommen außerhalb des Unionsgebietes noch auf Island, Norwegen und Liechtenstein, während die Schweiz durch bilaterale Abkommen mit Brüssel vergleichbare Regelungen getroffen hat.

Grenzenloser Schengenraum Noch mehr Freizügigkeit gab es in Europa 1995. Nachdem die Benelux-Länder, Frankreich und die Bundesrepublik schon zehn Jahre zuvor das Schengener Abkommen über den Abbau der Personkontrollen an ihren Binnengrenzen unterzeichnet hatten, kam es nun zum Wegfall der Grenzkontrollen zwischen diesen Staaten sowie Griechenland, Italien, Portugal und Spanien. 1997 schloss

sich auch Österreich dem „grenzenlosen“ Schengenraum an, nachdem die Alpenrepublik bereits 1995 der EU zusammen mit Finnland und Schweden beigetreten waren. Deren Nachbarn in Norwegen dagegen votierten in einem Referendum – wie schon 1972 – gegen einen EU-Beitritt. Dennoch fielen auch dort wie in ganz Skandinavien am 1. Dezember 2000 die Grenzkontrollen weg, also auch im Nicht-EU-Land Island. Zu diesem Zeitpunkt war die Schengen-Zusammenarbeit durch ein Protokoll zum „Vertrag von Amsterdam“ bereits in die EU einbezogen worden. Dieser Vertrag, 1999 in Kraft getreten, bescherte unter anderem dem EP eine erneute Ausweitung seiner Rechte. Schon „Maastricht“ hatte ihm das Recht eingeräumt, in einer begrenzten Anzahl von Politikfeldern gleichberechtigt mit dem Rat mitzuzentscheiden, in dem die nationalen Regierungen vertreten sind. Nun wurde das „Verfahren der Mitentscheidung“ auf fast alle Bereiche ausgedehnt, in denen der Rat mehrheitlich entscheidet. Wenige Jahre später folgte der nächste Reformschritt, der „Vertrag von Nizza“, der

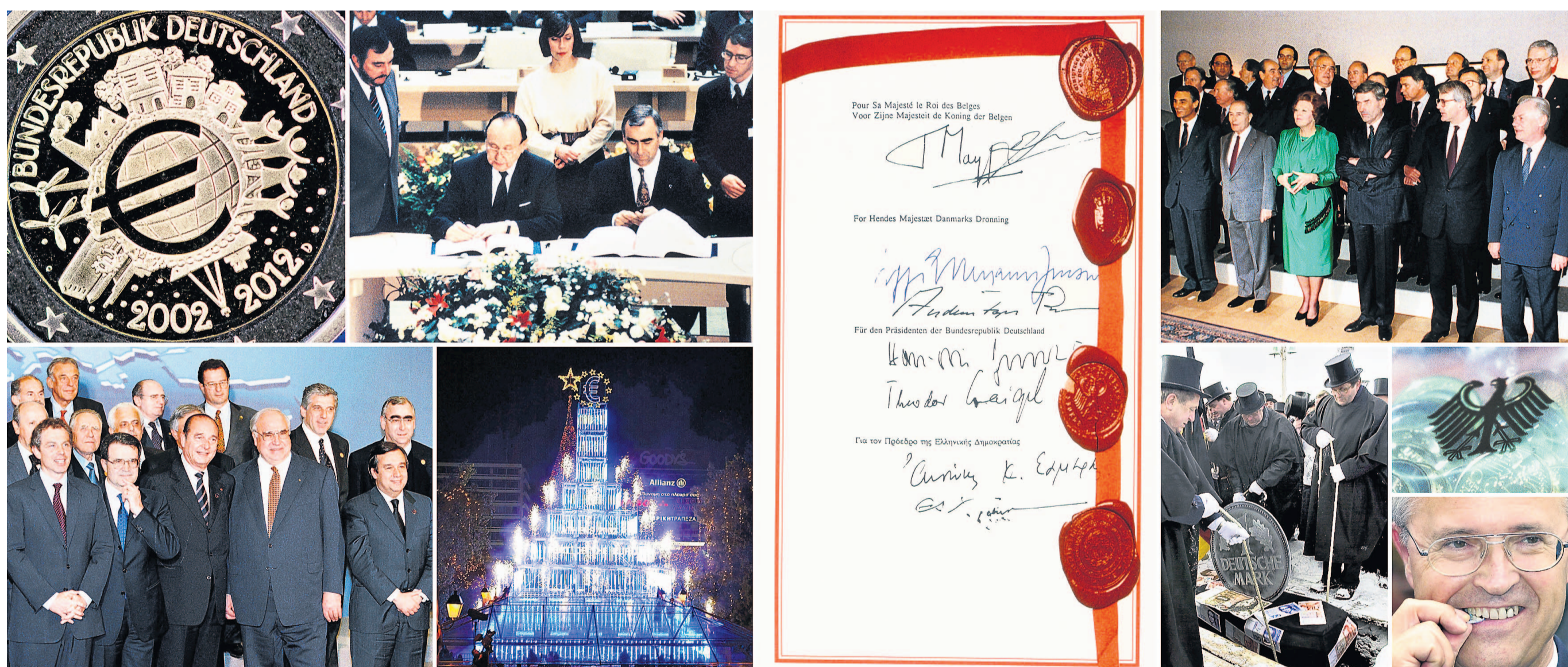
den Amsterdamer Vorgänger 2003 ablöste und die EU-Institutionen auch nach der anstehenden Osterweiterung handlungsfähig erhalten sollte. So konnten nun eine Reihe von Entscheidungen, die zuvor einen einstimmigen Beschluss erforderten, mit Mehrheit gefasst werden. Diesmal verweigerten die Iren in einer Volksabstimmung die Zustimmung, bevor sie die Reform in einem zweiten Referendum passieren ließen. Zum historischen Tag für Europa wurde der 1. Mai 2004, an dem neben den Mittelmeerinseln Malta und Zypern auch Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen der EU beitraten, deren Mitgliederzahl damit auf 25 anstieg. Im Jahr 2007 folgten bei der bislang letzten EU-Erweiterung Bulgarien und Rumänien. Beide Länder gehören bislang – wie auch Großbritannien, Irland und Zypern – nicht dem Schengenraum an, der sich im Dezember 2007 um die anderen östlichen EU-Staaten und Malta erweitert hatte und zu dem ein Jahr danach auch das Nicht-EU-Mitglied Schweiz stieß.

Ein über Jahre hinweg betriebenes Großprojekt war die Europäische Verfassung, die neben der Handlungsfähigkeit auch die demokratische Legitimation der EU stärken und zudem die Ende 2000 verkündete EU-Grundrechtecharta umfassen sollte. Gleichwohl scheiterte sie 2005 bei Volksentscheiden in Frankreich und den Niederlanden.

Neue Grundlage Erst zwei Jahre später wurde wieder Anlauf für einen Reformvertrag genommen, der als „Vertrag von Lissabon“ wesentliche Punkte der Verfassung aufgriff und nunmehr von den Iren per Referendum abgelehnt wurde. Nachdem sie im zweiten Anlauf doch zustimmten, trat der Vertrag 2009 in Kraft. Er machte unter anderem das EP zum gleichberechtigten Gesetzgeber neben dem Ministerrat und räumte den nationalen Parlamenten mehr Mitspracherechte in der EU-Gesetzgebung ein; mit ihm erlangte auch die Grundrechtecharta Rechtsverbindlichkeit. Mit „Lissabon“ wurde die EU wieder einmal auf eine neue Grundlage gestellt. So mühselig manchem der Prozess ihrer Vertiefung erscheinen mag, so beeindruckend ist doch letztlich die bisherige Wegstrecke. Und so sicher die nächsten EU-Beiträge kommen, so sicher wird sich die Union auch künftig reformieren. *Helmut Stoltenberg*

Erweiterungen folgten Vertiefungen, die die EU fit machen sollten für neue Erweiterungen.

Teilung überwunden Als der Vertrag von Maastricht oder, wie er offiziell hieß, „Vertrag über die Europäische Union“ am 7. Februar 1992 unterzeichnet wurde, waren daran zwölf Staaten mit mehr als 370 Millionen Einwohnern beteiligt. Heute gehören der EU eine halbe Milliarde Menschen in 27 Ländern an, und bei allen Problemen und Unzulänglichkeiten gilt doch, dass in ihr die Überwindung der Teilung Europas Wirklichkeit geworden ist.



Fotos oben von links: Zwei-Euro-Gedenkmünze „Zehn Jahre Euro“, Hans-Dietrich Genscher und Theo Waigel unterzeichnen den Maastricht-Vertrag, Unterschriften unter den Vertrag von Maastricht, „Familienfoto“ beim EG-Gipfel in Maastricht am 9. Dezember 1991; Fotos unten von links: Gipfel in Brüssel am 2. Mai 1998 besiegelt Start der Währungsunion, Athen begrüßt den Euro mit einer Lichtpyramide an Silvester 2001, symbolische Beisetzung der D-Mark, „Starter-Kit“ mit Euro-Münzen, Hans Eichel macht den Stabilitätstest.

Als der Groschen fiel

EURO Vor zehn Jahren kam das neue Bargeld. Eine Geschichte von alten Webfehlern und prinzipiellen Vorteilen

Die große Party blieb Anfang dieses Jahres aus. Das zehnjährige Jubiläum der Euro-Bargeld-Einführung war offenbar kein Grund zu feiern. Nicht der Euro als greifbares Symbol einer gemeinsamen Identität in Europa, sondern die Sorge um den Erhalt der Währung kennzeichnen derzeit die Stimmungslage. Die Begeisterung über die ersten, am 1. Januar 2002 am Geldautomaten gezogenen neuen Scheine und die für 20 D-Mark in „Starter-Kits“ ausgegebenen Münzen scheint länger her zu sein. Der Euro ist Normalität geworden. Doch wieso gibt es eigentlich den Euro? Und wie hat er sich in seiner ersten Dekade gemacht? Eine Rückblick.

Kaum noch bekannt ist eine Initiative des ersten EWG-Kommissionspräsidenten Walter Hallstein für eine Währungsunion aus dem Jahr 1962. Sie scheiterte – wie auch ein nach dem damaligen luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner benannter Plan aus dem Jahr 1970, bis 1980 eine Währungsunion zu realisieren.

Die Idee einer Gemeinschaftswährung war jedenfalls lange geboren, bevor sie nach dem Zusammenbruch des Ostblocks konkrete Züge annahm. Hartnäckig hält sich die These, Frankreich habe die Einführung des Euro als Gegenleistung für die deutsche Einheit verlangt. Allerdings haben die damaligen Bundesminister für Inneres und Finanzen, Wolfgang Schäuble (CDU) und Theo Waigel (CSU), dies stets bestritten. Tatsächlich folgte die Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion einem unter Leitung des damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors erarbeiteten Bericht aus dem Jahr 1988. Mit dem Maastrichter Vertrag, der am 1. November 1993 in Kraft trat, wurden die rechtlichen Grundlagen für die Euro-Ein-

führung gelegt: Spätestens zum 1. Januar 1999 sollte die EU eine gemeinsame Währung haben. Dazu sollten die teilnahme-willigen Staaten mehrere Bedingungen, die sogenannten Konvergenzkriterien, erfüllen, etwa zur Stabilität des Preisniveaus und der Wechselkurse. Zwei der Kriterien sollten die

Euro-Länder dauerhaft gewährleisten müssen: Erstens darf das laufende Defizit aller öffentlichen Haushalte nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen; zweitens darf die öffentliche Gesamtverschuldung nicht höher sein als 60 Prozent des BIP. Den Namen „Euro“ bestimmte der Europäische Rat im Dezember 1995. Er geht auf eine Initiative der deutschen Delegation zurück – sagt jedenfalls Theo Waigel. Die EU-Staaten verpflichteten sich mit „Maastricht“, den Euro als Währung einzuführen. Lediglich Großbritannien und Dänemark entschieden sich für das sogenannte Opt-out-Modell, selbst über den Beitritt zur Währungsunion zu bestimmen. Bis heute haben beide den Euro nicht eingeführt. Ebenso wie Schweden, das seit einem

negativen Volksentscheid absichtlich ein Kriterium zur Einführung des Euro verfehlt. Im Mai 1998, kurz vor der Errichtung der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main, entschied der EU-Ministerrat, welche Mitgliedstaaten die Maastricht-Kriterien erfüllten und damit in die Währungsunion aufgenommen werden sollten. Elf Länder schafften den Sprung: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien. Zum 1. Januar 1999 legten sie ihre bilateralen Wechselkurse wie im Vertrag von Maastricht vorgesehen unwiderruflich fest und verpflichteten sich zu einer gemeinsamen Geld- und Wechselkurspolitik. Mit der Währungsunion wurde der Euro zunächst als Buchgeld eingeführt. Zu den elf Euro-Ländern kam 2001 trotz vieler Bedenken Griechenland hinzu. Offizielle Währung wurde der Euro auch in den vier Nicht-EU-Staaten Monaco, San Marino, Vatikan und Andorra. Am 1. Januar 2002 hielten die Bürger der Euro-Staaten schließlich die ersten Euro-Münzen und -scheine in den Händen. Mehr als 14 Milliarden Banknoten im Wert von 633 Milliarden Euro und 52 Milliarden Euro-Münzen waren zum Start gedruckt, geprägt und in die Banken gebracht worden – ohne Frage eine logistische Meisterleistung.

Bis heute haben 17 EU-Mitgliedstaaten oder rund 330 Millionen Menschen den Euro als Währung und bilden die Euro-Zone. Zu den Erstländern kamen 2007 Slowenien, 2008 Zypern und Malta, 2009 die Slowakei und 2011 Estland hinzu.

Die Mär vom »Teuro« Als der Euro in Deutschland die D-Mark ablöste, sprachen viele vom „Teuro“ und fanden sich etwa im Preis eines Schnitzels bestätigt, das im Lieblingslokal plötzlich sieben Euro statt elf Mark kostete. Der Verdacht, die neue Währung treibe die Preise nach oben, erwies sich jedoch als falsch. Die Inflation des Euro betrug – laut Statistischem Bundesamt – 1,6 Prozent im Durchschnitt der letzten Dekade. In den zehn Jahren davor lag die Inflation bei durchschnittlich 2,2 Prozent. Trotz der weit verbreiteten Trauer um den Verlust der vertrauten Mark, Groschen und Pfennige gewöhnten sich die Deutschen schnell an die neue Währung. Die Vorteile des neuen Geldes für Verbraucher lagen auf der Hand – so fiel etwa im Spanien-Urlaub das lästige Umrechnen weg. Auch die Unternehmen profitierten. Ihnen blieben Wechselkursschwankungen erspart, der Handel in der Wirtschafts- und Währungsunion wurde leichter. Ein „optimaler Währungsraum“, wie das die Volkswirte nennen,

war die Euro-Zone gleichwohl nie – zu groß die Wohlstandsunterschiede, zu weit auseinander die ökonomische Potenz zwischen Nord- und Südländern. Probleme, die dem Euro heute zu schaffen machen. Ähnlich wie die Staatsverschuldung nicht nur Griechenlands. Auch Deutschland und Frankreich haben bekanntlich gegen die Maastricht-Kriterien verstoßen. Einer der öffentlich weniger diskutierten Gründe der Euro-Krise ist ein eigentlich längst bekannter. Schon der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) warnte am 6. November 1991 im Bundestag weitsichtig: „Man kann dies nicht oft genug sagen. Die politische Union ist das unerlässliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion. Die jüngere Geschichte, und zwar nicht nur die Deutschlands, lehrt uns, dass die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne politische Union auf Dauer erhalten, abwegig ist.“ Vielleicht sollte noch einmal der Werner-Plan von 1970 aus der Schublade geholt werden. Der sah, wie der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser kürzlich erinnerte, nicht nur ein europäisches Zentralbankensystem vor, sondern auch ein gemeinsames wirtschaftspolitisches Entscheidungsgremium, das dem Europäischen Parlament verantwortlich sein sollte. *Monika Pilath*

»Die politische Union ist das unerlässliche Gegenstück zur Währungsunion.«

Helmut Kohl am 6.11.1991

Wann und wo hat diese Krise eigentlich begonnen? War der Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers im September 2008 der Beginn der Krise? Oder muss man noch viel weiter zurückgehen und den Verstoß Frankreichs und Deutschlands gegen den EU-Stabilitätspakt im November 2003 zum Ausgangspunkt der heutigen Krise nehmen? Oder war der Beschluss zur Aufnahme Griechenlands in die Eurozone im Jahr 2001 der eigentliche Kardinalfehler? Und was ist mit dem Maastrichter Vertrag an sich und dem Beschluss, eine gemeinsame Währung einzuführen? Ist hier nicht bereits der Grund für die heutige Krise gelegt?

Wahrscheinlich sind alle Daten wichtige Ursachen für die Krisen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben. Denn nirgendwo wird die Globalisierung so deutlich, wie in ihren krisenhaften Zuspitzungen, die sich wie eine Tsunamiwelle an einem Ende der Welt aufbäumen, um anschließend ihre zerstörerische Wucht am anderen Ende des Globus abzuladen.

Zu viel Geld Dabei sind sich Volkswirtschaftler mittlerweile weitgehend einig: Ausgangspunkt der Krise war nicht etwa zu wenig, sondern zu viel Geld, für das vor allem in Amerika Investoren nach renditestarken Anlagemöglichkeiten suchten. Nach dem Platzen der Internetblase im Jahr 2000 und der Vernichtung von viel Anlagekapital an den Aktienmärkten senkte die US-Zentralbank die Zinsen, um wieder neue Liquidität in die Finanzmärkte zu bringen. Dabei führte das billige Geld zur Ausweitung der Kreditgewährung von Banken vor allem im Immobiliensektor. Mit Unterstützung der Politik, die die Banken hierzu geradezu drängte. So kamen am Ende immer mehr Darlehensnehmer in den Genuss von Krediten, die sie nicht mehr zurückzahlen konnten.

Die „Subprime“-Krise nahm ihren Lauf und zog sehr schnell eine internationale Finanz- und Bankenkrise nach sich, da das Kreditrisiko von US-Banken zunehmend auch an Dritte, unter ihnen etliche deutsche Landesbanken, ausgelagert worden war. Banken mussten daraufhin die Werte dieser „verbrieften“ Papiere in ihren Büchern drastisch nach unten berichtigen. In Deutschland gerieten so die Mittelstandsbank IKB, die SachsenLB, die WestLB, die Landesbank Baden-Württemberg und die BayernLB wegen Fehlspekulationen am US-Immobilienmarkt in die Krise.

Im September 2008 überstürzten sich dann die Ereignisse: Die US-Regierung musste die Kontrolle bei den insolventen US-Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac übernehmen. Im selben Monat meldete das Geldhaus Lehman Brothers Insolvenz an. Die Bundesregierung einigte sich am 13. Oktober 2008 auf ein Banken-Rettungspaket. Bundestag und Bundesrat stimmten dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Rekordzeit zu. Mit bis zu 400 Milliarden Euro bürgte der Staat für Kredite von Banken untereinander, weitere 80 Milliarden Euro werden für eine Beteiligung des Staates am Eigenkapital der Kreditinstitute bereitgestellt. Die Verstaatlichungen („Hypo Real Estate“) beziehungsweise Teilverstaatlichungen von Banken („Commerzbank“) folgt. Ein Jahr später, 2009, wurde zudem die Möglichkeit geschaffen, für einzelne Kreditinstitute „Bad Banks“ einzurichten. Diese sollen problematische Wertpapiere aufnehmen oder abwickeln. Um die Sparer zu beruhigen, stellte die Bundesregierung zudem eine staatliche Garantie für alle privaten Spareinlagen in Aussicht.

Ausweitung der Krise Zu diesem Zeitpunkt waren bereits abzusehen, dass die Krise auch auf die „reale“ Wirtschaft übergreifen würde. Viele Unternehmen wie der

Die Finanzkrise hat viele Väter

WELTWIRTSCHAFT Nach spekulativen Papieren machen Staatsschulden Probleme



Zu heftig in Amerika spekuliert: Die WestLB (unser Bild zeigt eine Fotomontage) verliert ihre Selbstständigkeit und wird an die Hessische Landesbank „angedockt“.

Autohersteller General Motors in den USA meldeten Konkurs an und entließen Mitarbeiter – mit Auswirkungen auf die deutsche Automobilindustrie und ihre Zulieferfirmen. Ganz besonders schlimm traf es die deutsche GM-Tochter Opel.

Die Bundesregierung reagierte mit zwei milliardenschweren Konjunkturprogrammen und Maßnahmen, wie der so genannten „Abwrackprämie“ und dem Kurzarbeitergeld. Mit den größten Konjunkturprogrammen der Nachkriegsgeschichte wollten Uni-

on- und SPD so die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise abmildern. Ein teures Unterfangen: Finanziert wurden die Pakete mit zusätzlichen Schulden. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) musste eigens einen Nachtragshaushalt einbringen, um die Höhe der Neuverschuldung von 50 Milliarden Euro zu finanzieren – die höchste Nettoneuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik. Staatliche Verschuldungen zur Rettung von der Banken- und Wirtschaftskrise leiteten

daraufhin zur nächsten krisenhaften Entwicklung über. Nachdem sich die Finanzmärkte wieder beruhigt hatten, brach vom Oktober 2009 an die Staatsschuldenkrise im Euroraum aus, als bekannt wurde, dass das griechische Staatsdefizit im laufenden Jahr mehr als doppelt so hoch ausfallen würde wie erwartet. Die Ratingagenturen, die bis dahin den Staatshaushalten der Euro-Staaten wenig Beachtung geschenkt hatten, stufen daraufhin Griechenland rasch herunter. Schon im Februar 2010 galt

Athen als zahlungsunfähig. Die Euro-Staaten versicherten daraufhin im März erstmals, Athen im Notfall beizustehen.

Gipfeltreffen in Serie Was folgte, war ein EU-Gipfel nach dem anderen. Noch nie zuvor trafen sich die Staats- und Regierungschefs in Europa so häufig – und immer ging es um sehr viel Geld. Nach der ersten Griechenland-Hilfe von 110 Milliarden Euro, folgten immer neue Hilfszusagen. Im Mai 2010 kam es dann zum großen Damm-

bruch, als die Europäische Zentralbank nicht zuletzt auf politischen Druck des Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, der Angst um die Einlagen bei französischen Banken hatte, entschied, künftig auch Staatsanleihen überschuldeter Staaten als Sicherheit aufzukaufen begann.

Parallel suchte die Politik dazu Wege, überschuldete Euro-Staaten dauerhaft vor dem Druck der internationalen Finanzmärkte zu schützen. So wurde Mitte 2010 der Rettungsschirm EFSF, die „Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität“ institutionalisiert und das gemeinschaftliche „Herauspauken“ eines in Not geratenen Euro-Landes zur Regel erklärt. Allerdings stiegen schon kurz danach wieder die Zinsen für wirtschaftlich schwächere Länder stark an. Weitere Maßnahmen wurden erforderlich, um Länder wie Irland und Portugal sowie Spanien zu helfen. Nur mit Mühe – dann allerdings erfolgreich – gelang es nach dem Rücktritt Silvio Berlusconi der neuen italienischen Regierung Monti im Dezember 2011, neue Staatsanleihen zu begeben.

Heute ist klar, dass Griechenland auch 2013 nicht, wie ursprünglich einmal geplant, an die Kapitalmärkte zurückkehren wird. Ein neues Hilfspaket nach dem anderen muss für Athen geschürt werden. Dabei fällt die Diskussion über die Griechenland-Hilfe mit der Frage zusammen, ob das bestehende Instrumentarium zur Krisenbewältigung innerhalb der EU erweitert werden soll. Mit der unter deutsch-französischer Führung verabschiedeten „Fiskalunion“ im Dezember 2011, die automatische Sanktionen für Schuldenstaaten und eine Schuldenbremse in der EU vorsieht, ist zwar schon einiges für mehr haushaltspolitischen Gleichschritt beschlossen worden, aber wegen der ausstehenden Ratifizierung ist sie in allen Euro-Staaten noch nicht unter Dach und Fach. Bis dahin erhofft sich Europa vom Rettungsschirm EFSF mit seinem milliardenschweren Kreditpotenzial vorübergehende Stabilität. Der Bundestag stimmte dabei den von Deutschland gewährten, durch einen „Hebel“ ausgedehnten Garantien am 29. September 2011 zu. Allein die Slowakei lehnte die EFSF als einziges der 17 Länder in der Euro-Zone zunächst ab, um in einem zweiten Votum im Oktober 2011 doch dafür auszusprechen.

Doch der erste Rettungsschirm ist schon bald wieder Geschichte. Nun soll bereits ab Mitte dieses Jahres – und nicht erst wie zuvor ab 2013 geplant – der ESM, der „Europäische Stabilitätsmechanismus“, in Not geratenen Ländern helfen. In ihn zahlen die Euro-Länder zum ersten Mal Geld ein. Er wurde im Juli 2011 auf einem Gipfeltreffen von den 17 Mitgliedstaaten der Eurozone unterzeichnet und soll bis Mitte 2012 von den Parlamenten der einzelnen Staaten ratifiziert werden. Von Mitte 2012 bis Juni 2013 sollen dabei beide Stabilitätsmechanismen parallel agieren. Der neue Fonds soll zunächst 500 Milliarden Euro an Krediten vergeben können. Ob diese Summe ausreicht, soll im März nochmals überprüft werden.

Um unabhängiger von den Benotungen der Ratingagenturen zu werden, soll der Fonds einen Kapitalstock von 80 Milliarden Euro bekommen. Das Geld soll in mehreren Tranchen eingezahlt werden. Der Anteil der einzelnen Länder richtet sich nach deren Beteiligungen an der Europäischen Zentralbank. Deutschland muss 22,4 Milliarden Euro zahlen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bereits signalisiert, dass die Bundesregierung bereit sei, ihren Kapitalanteil statt in fünf Jahrestanchen deutlich zügiger einzuzahlen.

Trotz der schon getroffenen Beschlüsse stehen weitere Schritte zur Diskussion. So fordert die IWF-Chefin Christine Lagarde bereits heute eine Ausweitung des EFSF- und später ESM-Kreditvolumens, um potentielle Spekulationen abzuschrecken. Noch immer kämpft die Politik so gegen die Macht der Finanzmärkte. *Christoph Birnbaum*

Mario Draghis Meisterstück

WÄHRUNG Die Europäische Zentralbank versorgt Banken und Staaten effektiv mit frischem Geld. Zinssätze sinken

Zu wenig Geld ist nicht das Problem in Europa. Die Europäische Zentralbank (EZB) gibt gerne und reichlich. Die ursprünglich allein auf Preisstabilität verpflichteten Währungshüter in Frankfurt am Main übernehmen in der Staatsschuldenkrise eine weitere Aufgabe: Sie versorgen die klagenden Staaten und Banken mit frischem Geld. Als sich Europas Staatsmänner auf den ersten Rettungsschirm von 750 Milliarden Euro geeinigt hatten, für den Deutschland mit 211 Milliarden Euro mitbürgte, wollte und sollte die EZB nicht abstecken. Seitdem kauft und kauft sie Staatsanleihen vorwiegend aus den mit Finanzproblemen und hohen Schuldzinsen kämpfenden südeuropäischen Euroländern.

Wenig Widerstand Der Widerstand in der EZB gegen diese wundersame und von konservativen Wirtschaftswissenschaftlern wegen der angeblichen Inflationsgefahr kritisierten Geldvermehrung hatte sich schnell gelegt, nachdem Bundesbank-Präsident Axel Weber und der frühere EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark ihren Rücktritt erklärt hatten. Die positiven Folgen des Geldsegens der von dem Italiener Mario Draghi geführten Zentralbank sind nicht von der Hand zu

weisen: Herabsetzungen von Ratings der internationalen Agenturen müssen die Regierungen in Rom, Madrid, Lissabon, Dublin und selbst in Paris nicht mehr fürchten. Durch den Geldsegen aus Frankfurt sanken sogar die Zinssätze, die hochverschuldete Euroländer den Investoren für Umschuldungen oder Aufnahme zusätzlicher Schulden zahlen mussten. Nachdem Italien, Frankreich und Österreich ihren Spitzennoten „AAA“ bei Standard und Poor's bereits Mitte Januar verloren hatten, stufte jetzt mit Moody's eine weitere internationale Ratingagentur die Kreditwürdigkeit von Spanien, Italien, Portugal, Slowenien, der Slowakei und von Malta herab.

Ratings ohne Wirkung Auf die Kapitalmärkte hatten die Herabstufungen keine Auswirkungen: Die Zinssätze sanken trotzdem. So ging der Effektivzins italienischer dreijähriger Anleihen von sieben auf 3,5 Prozent zurück, der für spanische von 6,1 auf 2,6. „Für die Finanzminister der Mittelmeerländer ist dies eine tolle Sache, sie können sich jetzt noch billiger verschulden als noch vor ein paar Wochen“, schrieb die Wirtschaftswoche. Börsen-Beobachter sehen sogar Hinweise, dass ein bisher kleiner

Teil der an Banken verliehenen EZB-Milliarden an die Aktienbörsen geflossen ist und den dahindämmenden Kursen einen unerwarteten Auftrieb gegeben hat.

Ramschpapiere? Die EZB dürfte inzwischen Wertpapiere in einem Volumen von 2,7 Billionen Euro in ihren Büchern stehen haben. Wie viele davon den Namen „Wertpapier“ nicht mehr verdienen und in Wirklichkeit Ramschpapiere wie früher von Lehman Brothers sind, weiß niemand genau zu sagen. Allein 220 Milliarden Euro der von der EZB gehaltenen Papiere sollen aus den südeuropäischen Euroländern stammen, darunter etwa 50 bis 55 Milliarden aus Griechenland. Die griechischen Papiere sind zur Zeit ein besonderes Problem. Die Euroländer wollen Griechenland helfen und durch einen Schuldenschnitt die Finanzlage des unter einer schweren Wirtschaftskrise leidenden Landes erträglicher gestalten. Würde nun die EZB sich an der Schuldenreduzierung beteiligen und auf einen Teil ihrer Forderungen gegen Griechenland verzichten, wäre dies ein klarer Verstoß gegen ihre eigenen Statuten, die eine direkte Staatsfinanzierung verbieten. Eine von mehreren denkbaren Lösungen könnte im Verkauf der Griechen-

land-Anleihen an den Rettungsfonds EFSF bestehen. Darüber wird derzeit beraten. Draghi hat allerdings noch mehr Pfeile im Köcher, um den Geldkreislauf in Europa aufrecht zu halten. Da sich die Banken in der Eurozone gegenseitig nicht mehr trauen und sich kein Geld mehr leihen, ist die EZB auch an dieser Front aktiv. Ende Dezember bot sie Drei-Jahres-Kredite zu einem Traummzins von einem Prozent an. Zugreifen durften allerdings keine privaten Bauherren, sondern nur Banken. Und die machten reichlich Gebrauch von der Offerte. 500 Milliarden Euro holten die Banker bei Draghi ab. Das Geld dürfte überwiegend in Staatsanleihen europäischer Länder angelegt worden sein. Den Kosten des Geldes von einem Prozent stehen Erträge von mindestens zwei Prozent bei den als besonders sicher geltenden deutschen Staatsanleihen (Laufzeit zehn Jahre) gegenüber. Banker, die in südeuropäische Anleihen investieren, können sogar richtig saftige Profite einstreichen. Ende Februar will Draghi sein Meisterstück vorlegen. Dann soll es eine Billion Euro für Europas Banken zu Minizinsen geben. Es wäre die größte Geldinfusion der Weltgeschichte. *Hans-Jürgen Leersch*

Das deutsche Vorbild

SCHULDENBREMSE Keine neuen Kredite – im Grundsatz

Die vielzitierte Schuldenbremse, die nach deutschem Vorbild auch auf europäischer Ebene in zur Zeit 25 von 27 Staaten eingeführt werden soll, hat hierzulande einen jahrelangen Vorlauf benötigt, bis sie den Weg ins Grundgesetz gefunden hatte. Dies geschah 2009 mit der Föderalismusreform II, die in der Ende 2006 von Bundestag und Bundesrat eingesetzten Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erarbeitet worden war. Bei der vorangegangenen und Mitte 2006 im zweiten Anlauf beschlossenen Föderalismusreform I waren die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern noch größtenteils ausgeklammert worden.

Kernstück der Reform Als Bundestag und Bundesrat Mitte 2009 die Föderalismusreform II verabschiedeten, war der Druck bereits gewaltig, die immer höhere Staatsverschuldung der Bundesrepublik einzudämmen: Sie war 2008 auf rund 1,6 Billionen Euro gestiegen (heute liegt sie bereits bei 2,1 Billionen Euro); die Zinsausgaben beliefen sich auf 15 Prozent des Bundeshaushalts. Kernstück der in zwei Gesetzentwürfen (16/12410, 16/12400) vorgelegten Reform war die im Grundgesetz zu verankernde

Schuldenbremse. Damit wurde in der Verfassung der Grundsatz eines ohne Aufnahme neuer Schulden ausgeglichenen Etats festgeschrieben: „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen“, heißt es seitdem in Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes.

Ausnahmen vorgesehen Dieses grundsätzliche Verbot, Schulden zu machen, um Haushaltslöcher zu schließen, findet freilich noch im selben Absatz seine Ausnahmen. So soll zwar den Ländern keine strukturelle Verschuldung möglich sein, dem Bund dagegen wird ein strukturelles Defizit von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zugestanden. Auch können Bund wie Länder Kredite aus konjunkturellen Gründen aufnehmen, wobei eine konjunkturelle Erhöhung der Kreditaufnahme in Abschwungphasen in Aufschwungphasen wieder ausgeglichen werden soll. Darüber hinaus können Kredite auch bei Naturkatastrophen oder anderen außergewöhnlichen Notsituationen aufgenommen werden. Vollständig gelten diese neuen Regeln für den Bund ab 2016. Für die Länder wird dies erst 2020 soweit sein. *Helmut Stoltenberg*

Sparen für den Euro

KRISE I Ein neuer Rettungsschirm und größere Haushaltsdisziplin sollen das Vertrauen der Märkte wiederherstellen

Es geht um Vertrauen: Seit rund zwei Jahren kämpfen die Regierungen der Euro-Staaten darum, das durch die Finanzkrise in einigen Euro-Staaten verloren gegangene Vertrauen der Finanzmärkte in die Stabilität des Euros wiederherzustellen. Die Abwärtsspirale der Herabstufungen durch amerikanische Rating-Agenturen und der sich meist anschließenden Erhöhung der Zinsen soll durchbrochen werden.

Akzeptanz erhofft Dazu scheint es notwendig zu sein, immer mehr Geld zur Verfügung zu stellen und schneller zu handeln. Deshalb einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder am 30. Januar auf einen neuen Vertrag über den „Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)“. Dieser Rettungsschirm war schon lange für den 1. Juli 2013 geplant, wurde aber jetzt um ein Jahr vorgezogen. Er soll den bisher bestehenden Rettungsschirm „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)“ ersetzen. Wie der EFSF soll auch der ESM ein Kreditvolumen von 500 Milliarden Euro haben. Um dies zu erreichen, soll der ESM mit rund 700 Milliarden Euro Kapital ausgestattet werden. Davon sollen 80 Milliarden Euro auf Bareinlagen entfallen, 620 Milliarden auf Garantien der Euro-Staaten. Für die Bareinlagen beträgt der deutsche Anteil 22 Milliarden Euro, für die Garantien rund 168 Milliarden Euro. Die deutschen Garantien für den EFSF betragen 211 Milliarden Euro.

»Bargeld beindruckt die Finanzmärkte mehr als Bürgschaften.«

Wolfgang Schäuble (CDU)

Da der ESM nicht nur aus Bürgschaften sondern auch aus Bareinlagen besteht, hoffen die Regierungen auf eine bessere Akzeptanz durch die Finanzmärkte. „Bargeld beindruckt die Finanzmärkte mehr als Bürgschaften“, sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Bisher ist geplant, die Bareinlagen in gleich großen Jahrestanchen von je 16 Milliarden Euro von 2013 an in den ESM einzuzahlen. Auf Deutschland werden demnach fünf Tranchen zu je 4,3 Milliarden Euro zukommen. Der Zahlungsbeginn soll auf dieses Jahr vorgezogen werden. Es könnte auch sein, dass Deutschland 2012 statt einer Tranche zwei Raten zu je 4,3 Milliarden Euro einzahlen muss. Die Regierung kündigt im Haushaltsausschuss des Bundestages an, dass dazu voraussichtlich im März ein Nachtragshaushalt vorgelegt werden soll. Daneben will die Regierung dem Bundestag einen Gesetzent-

wurf zur Umsetzung des ESM-Vertrages, zur Ratifizierung und zur Finanzierung vorlegen. Verabschiedet werden soll das Gesetzpaket bis zu Sommerpause, da dann der ESM in Kraft treten soll.

Hilfe mit Bedingungen Hilfszahlungen aus dem ESM werden künftig zudem daran gebunden sein, dass das Euro-Land auch den von den Staats- und Regierungschefs Ende Januar beschlossenen Europäischen Fiskalpakt („Vertrag über Stabilität, Koordination und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“) für eine strikte Haushaltsdisziplin unterschrieben hat. Danach darf das strukturelle Defizit zukünftig die Grenze von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten. Nach bisher geltendem EU-Recht sind dies 1,0 Prozent. Zudem sollen die Unterzeichner nach dem Vorbild Deutschlands eine verpflichtende Schuldenbremse im nationalen Recht verankern. Sparen wird somit für alle zur Pflicht. Im Falle eines Verstoßes gegen die Regeln sollen automatisch Strafverfahren ausgelöst werden, die nur durch ausdrückliches Mehrheitsvotum der Unterzeichnerstaaten gestoppt werden können. Wenn ein Land die Schuldenbremse nicht in nationales Recht umsetzt, droht eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof und die Zahlung einer Geldbuße von bis 0,1 Prozent des BIP an den ESM. Klagen dürfen lediglich die Landesregierungen nach Prüfung durch die EU-Kommission.

Sobald sowohl der ESM als auch der Fiskalpakt in Kraft sind, sollen nur noch Euro-Länder Hilfszahlungen aus dem ESM erhalten, die auch den Fiskalpakt unterschrieben haben und befolgen. An diesem Fiskalpakt wollen sich die 17 Euro-Staaten und zudem acht Nicht-Euro-Länder der EU beteiligen. Der Pakt soll am 1. März unterzeichnet werden, für die Ratifizierung haben die Staaten dann ein Jahr Zeit. Der Bundestag muss auch dieser Ratifizierung zustimmen. Unterschiedlich bewerten die Bundestagsfraktionen die Vorhaben zur Stabilisierung des Euros. Für den Vorsitzenden der Unionsfraktion, Volker Kauder (CDU), zeigen die Gipfelbeschlüsse, dass Europa bereit ist, die Ursachen der Krise konsequent anzupacken. Dazu zählt Kauder die schärferen Regeln für ein Defizit-Verfahren mit einem Automatismus für die Einleitung und die Schuldenbremse, die überall eingeführt werden soll. Damit habe Europa gezeigt, dass die bisherige Schuldenpolitik nicht fortgeführt werden soll.



Die Rettungsschirme stehen bereit: Mit dem permanenten Hilfsfonds ESM soll Euro-Krisenländern schon bald geholfen werden.

Für den europapolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Joachim Spatz, ist die Übernahme der Schuldenbremse nach deutschem Vorbild durch die anderen Euro-Staaten ein entscheidender Pfeiler zur Stabilisierung der Gemeinschaftswährung. Dies sei ein wichtiges Signal auf dem Weg hin zu einer soliden Haushaltsführung in den EU-Mitgliedstaaten. Demgegenüber waren für den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Axel Schäfer, und den europapolitischen Sprecher der Fraktion, Michael Roth, die Beschlüsse des informellen EU-Gipfels „einmal mehr“ eine Enttäuschung. Der Fiskalpakt leiste keinen „signifikanten Beitrag“ zur Lösung der drängen-

den Probleme in der Eurozone. Ein Ausweg aus der Schuldenkrise sei nicht denkbar ohne eine Abkehr von der einseitigen Fixierung auf die Konsolidierung öffentlicher Haushalte. Sparen allein reiche nicht aus.

Soziale Unruhen prognostiziert Für die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Sahra Wagenknecht, spaltet der Fiskalvertrag Europa. Er verschärfe die Krise und werde „bittere Armut und soziale Unruhen“ nach sich ziehen. Um den „unsinnigen Fiskalvertrag“ zu erfüllen, würden alle die Staaten der Euro-Zone in den kommenden fünf Jahre etwa 1,5 Billionen Euro einsparen müssen. Drastische Kürzungen

im Bildungs- und Gesundheitswesen, die Absenkung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen, die Vernichtung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst sowie massenhafte Privatisierung seien damit vorgeplant. Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Trittin, betonte, dass mehr Haushaltsdisziplin in der EU dringend erforderlich sei. Der Fiskalpakt sei jedoch im Zuge der Verhandlungen wiederholt abgeschwächt und ausgehöhlt worden, so dass er inzwischen weitestgehend „zahnlos“ sei. Nach Schaffung der Euro-Rettungsschirme (EFSF, ESM) trage auch der Fiskalpakt dazu bei, dass die weitere Entwicklung der EU außerhalb der Europä-

ischen Union und außerhalb der Europäischen Institutionen stattfinde. Trittin wies darauf hin, dass seine Fraktion derzeit beim Bundesverfassungsgericht prüfen lasse, ob auch Anbauten (Verträge zwischen den EU-Staaten) an die EU-Verträge unter Artikel 23 Grundgesetz fallen. Das Urteil werde für Ende Februar erwartet und kann somit noch Relevanz für das Gesetzgebungsverfahren haben. Demgegenüber begrüßte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Beteiligung des Bundestages: Die Abgeordneten hätten den Fiskalpakt mitgestaltet, seine Entstehung im Vorfeld überwacht, kommentiert und rechtzeitig Veränderungs-wünsche angemeldet. Michael Klein

Warnungen wurden in den Wind geschlagen

KRISE II Viele Ökonomen hatten Bedenken gegen die Währungsunion, die Politik wollte ihre Ratschläge aber nicht hören. Differenzen über Hilfspakete und Fiskalpakt

Die Finanzkrise hat kaum ein Ökonom kommen sehen, doch vor einer möglichen Euro-Krise haben einige Wirtschaftswissenschaftler früh gewarnt. Tatsächlich stand eine Mehrheit der Ökonomen, sowohl deutsche als auch ausländische, der Währungsunion von Anfang an äußerst skeptisch gegenüber. Der Nobelpreisträger Milton Friedman, einer der einflussreichsten Geldtheoretiker des zwanzigsten Jahrhunderts, gab dem Euro-Projekt nur eine Lebensdauer von zehn Jahren. In der Schönwetterperiode sah es so aus, als lägen die Schwarzseher falsch. Doch seit die Euro-Krise im Jahr 2010 offen ausbrach und aktuell eskaliert, erscheint ein Zerbrechen der Währungsunion nicht mehr ausgeschlossen.



Die Teilnahme des hochverschuldeten Italien an der europäischen Währungsunion erschien vielen Experten von Beginn an gefährlich.

„Optimaler Währungsraum“ Ein Hauptargument der Skeptiker schon in den neunziger Jahren war, dass die Euro-Zone kein „optimaler Währungsraum“ sei. In einer Währungsunion sind keine Wechselkursänderungen mehr möglich. Daher müssen Anpassungen auf makroökonomische Schocks anders erfolgen: durch flexible Güterpreise, flexible Arbeitsmärkte und eine hohe Wanderungsbereitschaft der Arbeitnehmer. Nur dann liegt ein „optimaler Währungsraum“ vor. Europa schien weit davon entfernt. Im Unterschied zu Amerika, wo jedes Jahr Millionen Jobsuchende in andere Bundesstaaten ziehen, ist die Arbeitnehmermobilität in Europa eher gering. Ein Grund dafür sind sprachliche und kulturelle Barrieren. Obwohl aktuell fast jeder zweite junge Spanier oder Grieche arbeitslos ist, kommen allenfalls ein paar Tausend nach Deutschland, die Niederlande oder Österreich, wo Fachkräfte gesucht werden. Fehlt es an der Faktormobilität in einer Währungsunion, dann braucht es zum Ausgleich fiskalische Umverteilung: Geldtransfer von den starken in die schwachen Länder. Schon vor Beginn der Währungsunion gab es Warnungen vor einer Transferunion. Der Tübinger Öko-

nom und Euro-Kläger Joachim Starbatty sprach von einer „Haftungsgemeinschaft“. Er hielt die „No-Bail-out“-Klausel (keine gegenseitige Haftung für Schulden) im Maastricht-Vertrag für nicht glaubwürdig – und hat damit recht behalten.

Ökonomen-Appell Anders als von den Euro-Optimisten in der Politik erwartet, gab es keine dauerhafte Konvergenz in der Eurozone. Zunächst gab es zwar einen Peripherie-Boom, doch heute klafft die Entwicklung drastisch auseinander. Vor dieser Gefahr hatte schon im Juni 1992, kurz nach dem Maastricht-Beschluss, eine Gruppe angesehenen Ökonomen in einem Aufruf gewarnt. „Die EG-Währungsunion führt zur Zerreißprobe“, lautete die Überschrift. Unterzeichnet hatten 60 Wirtschaftsprofessoren sowie der frühere Bun-

deswirtschaftsminister Karl Schiller (SPD). „Eine funktionsfähige Wirtschafts- und Währungsunion erfordert als Vorbedingung eine dauerhafte – über mehrere Jahre hinweg nachgewiesene – Angleichung der relevanten Wirtschaftsstrukturen“, mahnten sie. Das sei nicht der Fall. Kurz vor dem Euro-Start 1998 warnten 155 Wirtschaftsprofessoren in einer Massenpetition: „Der Euro kommt zu früh.“ Sie bekannten sich zur europäischen Integration, forderten aber eine Verschiebung des Euro, weil die Voraussetzungen fehlten. Der Euro solle, wenn überhaupt, nur für Kern Europa eingeführt werden. Vor allem die Teilnahme von Italien, das mit 130 Prozent seiner Wirtschaftsleistung verschuldetet war (an Griechenland dachte damals noch niemand) erschien ihnen gefährlich. Sie monierten, dass einige Länder

nur durch Umgehung der Konvergenzkriterien mittels „kreativer Buchführung“ in die Währungsunion gelangten und eigentlich nicht dafür geeignet seien. Doch die Warnungen der Ökonomen wurden in den Wind geschlagen. Der Euro war in erster Linie ein politisches Projekt zur vertieften Integration Europas. Einwände aus der Wirtschaftswissenschaft erschienen den Europapolitikern bloß lästig. Der Hinweis auf die Konvergenzkriterien und den Stabilitätspakt sollte Bedenken zerstreuen. Allerdings waren viele Ökonomen schon früh überzeugt, dass der Stabilitätspakt keine wirksame Bremse gegen unsolide Haushaltspolitik sein werde. In den Jahren 2003 bis 2005 wurde er – auf Betreiben der Schwergewichte Frankreich und Deutschland, die über der Defizitgrenze von drei Prozent lagen, völlig aufgeweicht. Es gab mehrere Dutzend Defizitverfahren der Kommission, doch niemals Sanktionen. Der Pakt war ein „zahnloser Tiger“, lautete eine gängige Kritik.

Antideutsche Affekte leben auf. Pessimisten sehen den Euro zum Spaltplatz für Europa werden, wie der US-Ökonom und Präsidentenberater Martin Feldstein früh gewarnt hat. Seiner Ansicht hat der Euro die Staatsschuldenkrise verursacht. Sie sei „die unvermeidliche Folge davon, einer sehr heterogenen Gruppe von Ländern eine Einheitswährung aufzuerlegen“, schreibt der Harvard-Professor in einer aktuellen Analyse. Denn die Währungsunion habe die Zinsen in der Euro-Peripherie so stark gesenkt, dass dies geradezu eine Einladung zu übermäßiger privater und öffentlicher Verschuldung war – bis die Kreditblase platzte.

Problem Griechenland Viele Wirtschaftswissenschaftler halten nun die Milliarden-Rettungspakete für einen teuren Irrweg. Eine Vergemeinschaftung der Schulden hätte „fatale Langfristwirkungen für das gesamte Projekt der europäischen Integration“, haben im vergangenen Jahr knapp 190 Professoren von der Plattform „Plenum der Ökonomen“ gewarnt. Einer der Wortführer der Kritiker ist Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn, der mittlerweile einen Austritt Griechenlands für das geringere Übel ansieht. Ordnungspolitisch orientierte Ökonomen fordern eine Insolvenzordnung für Staaten. Dies wäre ein geeignetes Mittel, um künftige Schulden-schnitte zu organisieren, sagen sie. Zugleich wäre sie eine Abschreckung gegen übermäßige Schuldenpolitik. Die Politik fürchtet dagegen, dass von Staatspleiten ein gefährlicher Domino-Effekt ausgehen könnte. Einen Damm gegen künftige Krisen soll der neue Fiskalpakt bilden, der schärfere Regeln gegen Defizit- und Schuldensünder vorsieht. Bundesbank-Präsident Jens Weidmann teilt aber die Zweifel vieler Ökonomen, ob das Verfahren genügend Biss haben werde. Der Pakt sei in den Verhandlungen aufgeweicht worden, kritisiert Weidmann. „Die Vorgaben für die nationalen Fiskalregeln lassen

noch erhebliche Spielräume, und auf europäischer Ebene wird nicht kontrolliert, inwieweit sie dann auch tatsächlich eingehalten werden.“ Philip Plicker

Der Autor ist Wirtschaftsredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“

Anzeige

Kürschners Handbuch Verbraucherschutz
Ausgabe 2012
504 Seiten, Broschur
EUR 39,80
ISBN 978-3-87576-694-3

Kürschners Handbuch Haushalt, Finanzen
Ausgabe 2012
600 Seiten, Broschur
EUR 39,80
ISBN 978-3-87576-703-2

Inhalt:

- Über 400 Fachpolitiker aus Bund, Ländern und Europa
- Übersichten der Fachausschüsse in den Parlamenten und Abteilungen in den Ministerien
- Namen und Kontaktdaten der zuständigen Ansprechpartner

Kürschners Politikkontakte Hauptstraße 74
53619 Rheinbreitbach
Tel. 02224 3232 · Fax 02224 78639 · E-Mail: vertrieb@ndv.info
Datenbank: www.kuerschner.info · Shop: www.politik-kontakte.de

In diesen Tagen, pünktlich zum 20-jährigen Jubiläum des Vertrags von Maastricht, macht sich der frühere EU-Kommissionsvorsitzende Jacques Delors Gedanken zur Europäischen Union, die sich nach seinem Empfinden in die falsche Richtung entwickelt. „Man spricht nicht mehr über die Kommission oder den Rat, man spricht über zwei Länder, Deutschland und Frankreich, als ob sie Europa regierten“, sagt der Franzose, der von 1985 bis 1994 die EU-Kommission leitete. „Das kann so nicht weiter gehen“, sagt Delors und malt eine düstere Zukunft auf. „Entweder verfolgt man die Gemeinschaftsmethode, nach der jeder gleich ist, oder Europa taumelt von einem internen Konflikt zum nächsten.“

Das Europa von heute ist nicht mehr der Zusammenschluss, den Delors in seiner Zeit als Kommissionspräsident kannte. Damals war die Gemeinschaftsmethode Standard. Erst identifizierte die EU-Kommission in Brüssel das Wohl der gesamten Gemeinschaft und erarbeitete entsprechende Gesetzesvorschläge. Bei allen großen Entscheidungen der vergangenen Jahre, etwa zur Euro-Rettung, kam dagegen der entscheidende Impuls aus den Mitgliedsstaaten, allen voran aus Deutschland.

Turbulente Zeit Das lag nicht nur daran, dass der Vertrag von Lissabon, der 2009 in Kraft trat, die Staats- und Regierungschefs formal gestärkt hat und den Europäischen Rat zu einer eigenen Institution erklärt hat. Vor allem seit dem Beginn der Finanzkrise hat die Kommission den EU-Mitgliedsstaaten das Feld überlassen. In der turbulenten Zeit, die 2008 mit der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers begann und seitdem nahtlos in die andauernde Schuldenkrise der Eurozone überging, schien die kurzfristige Abstimmung zwischen den nationalen Hauptstädten oftmals der einzige Weg, überhaupt einen gemeinsamen Nenner zu finden. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy brachte es vor anderthalb Jahren auf den Punkt: „Oft geht es nicht um die Wahl zwischen Gemeinschaftsmethode und zwischenstaatlichem Vorgehen, sondern um die Wahl zwischen einem koordinierten europäischen Standpunkt und dem Nichts.“

Der Vertrag von Lissabon und die Krise beschleunigten allerdings eine Tendenz, die zuvor schon spürbar war: Der Einfluss der EU-Kommission schrumpft bereits seit zwei Jahrzehnten, wenn auch schleichend. Gründe für den Machtverlust gibt es gleich mehrere. Einer liegt in den handelnden Personen: Keiner von Delors Nachfolgern brachte dasselbe politische Geschick mit, keiner sein Machtbewusstsein. Jacques Santer und Romano Prodi stellten sich bei entscheidenden Fragen den Staats- und Regierungschefs genauso wenig entgegen, wie es der amtierende Kommissionspräsident José Manuel Barroso tut. Die Hoffnung mancher Beobachter, Barroso werde in seiner zweiten Amtszeit unabhängig von den Staats- und Regierungschefs agieren, weil er nicht mehr auf ihr Wohlwollen für eine Wiederwahl angewiesen ist, hat sich bisher nicht bestätigt.

Alarmistischer Brief Barroso fiel seit Ausbruch der Finanzkrise und in der darauf folgenden Schuldenkrise mit wenig konkreten Vorschlägen auf. Als er sich vergangenen August mitten zur Urlaubszeit in einem alarmistischen Brief zu Wort meldete und andeutete, die kurz zuvor getroffenen Beschlüsse zum Euro könnten nicht ausreichen, schickte er die Börsen und den Euro auf Talfahrt. In vielen europäischen Hauptstädten wurde seine Intervention als Wichtigtuerei mit schwerwiegenden Folgen empfunden. Allerdings würde sich heute selbst



Jacques Delors (r.), Ex-Kommissionspräsident, machte seinem Herzen Luft. Links der aktuelle Präsident Jose Manuel Barroso

Neu sortiert

EU Der Vertrag von Lissabon hat die Machtbalance verändert. Die Euro-Krise gibt vor allem Deutschland mehr Gewicht

ein Politiker eines Kalibers Delors' schwer tun an der Spitze der EU-Kommission. Mit mittlerweile 27 Mitgliedsstaaten ist die Union heterogener geworden, das gemeinsame Interesse diffuser. Allein die wöchentliche Sitzung der Kommissare ist eine kleine Herausforderung: 27 sitzen am Tisch. Zu Delors Zeiten kamen mittwochs 17 Kommissare zusammen. Außerdem ist die Kommission mit ihren Gesetzesvorschlägen in immer mehr Bereiche vorgedrungen, auch in jene, die Mitgliedsstaaten als ihre engste Kompetenz ansehen. Deshalb sind Konflikte absehbar. Da in vielen Mitgliedsstaaten Politiker die Kommission für unbekanntes Vorgehen aus Brüssel verantwortlich machen, gehört die Kommission nicht zu den populären Einrichtungen Europas. Nur noch 36 Prozent der EU-Bürger vertrauen ihr, ergab eine Umfrage des Eurobarometer

zum Herbst 2011. Im Jahr 2004, zu Beginn der ersten Amtszeit Barrosos, lag der Anteil immerhin noch bei 52 Prozent. Die schwache Reaktion der Kommission auf die Finanzkrise dürften bei dem Image-Verlust eine entscheidende Rolle gespielt haben. Wenn die EU-Mitgliedsstaaten in der Euro-Krise so sehr zur treibenden Kraft geworden sind, dann liegt das auch an deren Finanzkraft: Nur die Staaten verfügen über die Mittel, um die Eurokrise zu entschärfen. Als 2010 zunächst ein Hilfsprogramm für Griechenland gezimert wurde und anschließend der vorübergehende Rettungsschirm EFSF, dann spielten Kommissionsmittel eine verschwindende Rolle. Für einen Großteil der Milliarden-Beträge bürgten die Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschland. Der EFSF ist keine Gemeinschaftsinstitution, sein Nachfolger, der permanente Rettungs-

schirm ESM, genauso wenig. „Eine Lösung ist ja nicht automatisch und allein dadurch besser, dass sie durch EU-Organe herbeigeführt oder ausgeführt wird“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer viel beachteten Rede im Herbst 2010 in Brügge. Dieser Grundsatz durchzieht ihr Handeln. Ende 2011 schwor sie die Gemeinschaft auf den Fiskalpak ein, der wegen des britischen Widerstands nicht als europäischer Vertrag abgeschlossen werden kann, sondern ein völkerrechtlicher Vertrag wird. Die EU-Kommission bleibt deshalb außen vor – was die Institution sehr wurt.

Wenn sich der Einfluss zugunsten der Mitgliedsstaaten verschoben hat, bedeutet das allerdings nicht, dass alle einflussreicher sind. Die Großen, aber allen voran Deutschland, haben an Macht gewonnen, gefolgt mit einigem Abstand von Frankreich, das

durch seine wirtschaftliche Schwäche und dem Verlust des Topratings AAA eindeutig zum deutschen Juniorpartner abgestiegen ist. Italiens Ministerpräsident Mario Monti hat bereits deutlich gemacht, dass sein Land ganz vorne mitspielen will, aber auch dessen Wirtschaft ist angeschlagen. Großbritannien hat sich selbst ins Abseits gestellt, seit es den Fiskalpak ablehnt. Viele kleinere, aber auch mittelgroße Mitgliedsstaaten sehen die neue Stärke der Großen mit Misstrauen. Die Kommission, die sich traditionell als Anwalt aller Länder verstanden hat, ist zu schwach, um den kleinen zu Hilfe zu kommen.

Gewinner Im Gegensatz zur EU-Kommission gehört das Europäische Parlament (EP) allerdings zu den Gewinnern des Vertrags von Lissabon. 40 Politikbereiche fallen zusätzlich in die Kompetenz des EP. Statt zuvor bei 75 Prozent aller Gesetzesinitiativen dürfen die Abgeordneten über 95 Prozent aller neuen Gesetze mitentscheiden. Das Mitentscheidungsverfahren hat schon in der Vergangenheit das EP erheblich gestärkt, ergab eine Studie des Pariser „Think Tanks Notre Europe“. Die EU-Kommission habe schon vorab viel stärker berücksichtigt, welche Position EP und Mitgliedsstaaten einnehmen und eigene Ideen, die von beiden abgelehnt würden, gar nicht erst vorgeschlagen. Über die Jahre sei der Anteil an innovativer Gesetzgebung stark zurückgegangen, ergab die Studie. Manche Beobachter begrüßen die Stärkung des EP gegenüber der Kommission, weil dadurch mehr Macht auf eine demokratisch legitimierte Instanz übergeht.

Der Vertrag von Lissabon sieht auch vor, dass der Kommissionspräsident von einer Mehrheit der Europaabgeordneten bestätigt werden muss, nachdem ihn die Staats- und Regierungschefs bestimmt haben. Die Parlamentarier rangen Barroso im Gegenzug für ihre Zustimmung ein Zugeständnis ab, das de facto auf ein Initiativrecht hinausläuft. Auch das ist eine wichtige Neuerung. Anderswo im neuen Machgefüge gibt es subtilere Veränderungen. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist bemüht, ihre Unabhängigkeit von der Politik zu wahren, und der neue EZB-Präsident Mario Draghi stellt seit Amtsantritt zur Schau, dass er sich keine Vorgaben von Brüssel oder den nationalen Hauptstädten machen lässt. Wenn es hart auf hart kommen sollte, hat die EZB allerdings immer ein starkes Interesse, den Euro zu stützen, um das eigene Überleben zu sichern. In Notenbankkreisen heißt es, unter bestimmten Umständen sei es deshalb durchaus vorstellbar, dass die EZB nicht völlig losgelöst von der Politik agieren wird. Institutionen wie die Europäische Bank für Investitionen (EIB) oder der Rechnungshof sind von den Machtverschiebungen kaum betroffen. Auch für den Europäischen Gerichtshof, ebenfalls in Luxemburg ansässig, ändert sich wenig. Bundeskanzlerin Merkel hatte eine stärkere Rolle für die Richter bei der Defizitkontrolle angedacht. Doch die Möglichkeiten der Richter, bei Haushaltskandidaten einzuschreiten, bleiben im Fiskalpak gering. Der Europäische Gerichtshof kann nur aktiv werden, wenn ein Mitgliedsstaat die Schuldenbremse nicht korrekt umsetzt, und dann auch nur, wenn ein anderes Land deswegen klagt.

Trotz aller Veränderungen ist sich der frühere EU-Kommissionsvorsitzende Delors sicher, dass die EU ihren Vorbildcharakter behalten kann. „Wenn unser Modell der Abgabe von Souveränität erfolgreich ist, dann kann das für die ganze Welt eine Inspiration sein.“

Silke Wettach, Brüssel
Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswache“

Chronik der EU

7. Februar 1992 Im niederländischen Maastricht unterzeichnet der Europäische Rat den Vertrag über die Europäische Union (EUV), bekannt als „Maastrichter Verträge“. Er gilt als größter Schritt der europäischen Integration seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften (EG). In dem Vertrag werden die Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen sowie eine engere Abstimmung in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie im Bereich Inneres und Justiz vereinbart. Zugleich wird die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Europäische Gemeinschaft (EG) umbenannt. Fortan fällt nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern auch beispielsweise die Umweltpolitik in ihre Zuständigkeit.

18. Juni 1997 Der Europäische Rat beschließt den „Vertrag von Amsterdam“, der den Vertrag über die Europäische Union und der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften erweitert. Der Vertrag weitet die Befugnisse des Europäischen Parlaments erheblich aus, indem er seine Rechte im Mitentscheidungsverfahren stärkt.

1. Dezember 2000 Die Staats- und Regierungschefs der EU unterzeichnen an der Côte d'Azur den „Vertrag von Nizza“, einen Vertrag zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften.

ten. Wichtigste Neuerung ist die Einführung von Beschlüssen mit qualifizierter Mehrheit, in vielen Bereichen. Zuvor mussten Beschlüsse einstimmig gefasst werden.

1. Januar 2002 Der Euro wird als Bargeld eingeführt. Bereits drei Jahre zuvor wurde er als sogenanntes Buchgeld etabliert. Seither ist er die Gemeinschaftswährung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Der Euro ist derzeit in 17 EU-Mitgliedsstaaten offizielles Zahlungsmittel.

13. Dezember 2007 Unter portugiesischer Ratspräsidentschaft unterzeichnen die EU-Regierungschefs den „Vertrag von Lissabon“. Zu den Neuerungen zählen vor allem die rechtliche Fusion von Europäischer Union und Europäischer Gemeinschaft, die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens auf die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, die stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente bei der Rechtsetzung der EU und die erstmalige Regelung eines EU-Austritts.

9. Dezember 2011 Zur Lösung der Schuldenkrise beschließen 26 EU-Mitglieder einen **Stabilitätspakt** (Fiskalunion). Dieser sieht unter anderem eine Schuldenbremse in den einzelnen Ländern vor. Anfang März wollen 25 Staaten den Pakt unterschreiben. Der Vertrag soll zwischenstaatlich sein, aber spätestens in fünf Jahren in die EU-Verträge übergehen.

Deutscher Bundestag

Die Verwaltung des Deutschen Bundestages ist eine oberste Bundesbehörde, die dem Verfassungsorgan Deutscher Bundestag bei der Erfüllung seiner umfassenden gesetzgeberischen und kontrollierenden Aufgaben inhaltlich und organisatorisch zurarbeitet.

Wir stellen zum 1. August 2012

zwei Redaktionsvolontärinnen/Redaktionsvolontäre

ein. Die Volontariate dauern jeweils zwei Jahre und werden auf der Grundlage des Tarifvertrages über das Redaktionsvolontariat an Tageszeitungen des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger e. V. absolviert. Bei den Volontariaten handelt es sich um (1) ein Volontariat mit dem Schwerpunkt Printmedien/Agenturjournalismus und (2) ein Volontariat mit dem Schwerpunkt Onlinejournalismus/Web-TV.

Das Printvolontariat (1) wird schwerpunktmäßig in der Redaktion der Wochenzeitung „Das Parlament“ sowie des Informationsdienstes „heute im bundestag“ im Referat Parlamentskorrespondenz (PK 2) angeboten, das Onlinevolontariat (2) in der Redaktion des Referates Onlinejournalismus/Parlamentsfotografie (PK 4). Im Rahmen einer crossmedialen Ausbildung werden Darstellungsformen und Tätigkeiten in Zeitungs-, Nachrichten- und Onlinejournalismus vermittelt.

Anforderungsprofil

- abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium (Master, Magister oder vergleichbarer Abschluss) der Fachrichtungen Geistes-, Sozial-, Wirtschaftswissenschaften, Journalismik, Publizistik oder Volljuristin/Volljurist
- nachgewiesene mehrjährige journalistische Erfahrungen (Praktika, freie Mitarbeit)
- ausgeprägte Fähigkeit, schnell, präzise und stilsicher zu formulieren
- gründliche Kenntnisse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und im Parlamentarismus
- gute Kenntnisse in mindestens einer Fremdsprache
- Flexibilität, Sensibilität für politische Zusammenhänge und Kontaktfreudigkeit wünschenswert

Die Verwaltung des Deutschen Bundestages gewährleistet die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und sieht sich der Gleichstellung von schwerbehinderten und nicht schwerbehinderten Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet. Bei gleicher Eignung werden Bewerbungen schwerbehinderter Menschen bevorzugt berücksichtigt. Die Verwaltung des Deutschen Bundestages versteht sich als familienfreundlicher Arbeitgeber und begrüßt daher die Bewerbungen von Menschen mit Kindern.

Die Verwaltung des Deutschen Bundestages unterstützt die Ziele des Nationalen Integrationsplans und ist auch an Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund interessiert. Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (Anschreiben, tabellarischer Lebenslauf, Zeugnisse sowie mindestens drei, maximal fünf veröffentlichte journalistische Beiträge) senden Sie bitte mit dem Stichwort „Print“ oder „Online“ bis zum 16. März 2012 (Datum des Poststempels) an

DEUTSCHER BUNDESTAG · Verwaltung · Personalreferat ZV 1
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Ein kompliziertes Räderwerk

GESETZGEBUNG In der Europäischen Union gibt es unterschiedliche Kompetenzen und Kontrollmechanismen

Die Europäische Union ist ein komplexes Gebilde. Manche Politikbereiche sind vereinsamelt, ihre Kontrolle ist also auf die europäische Ebene verlagert. Andere Bereiche sind zwischenstaatlich geregelt, werden also in erster Linie zwischen den Regierungen der EU-Staaten ausgehandelt.

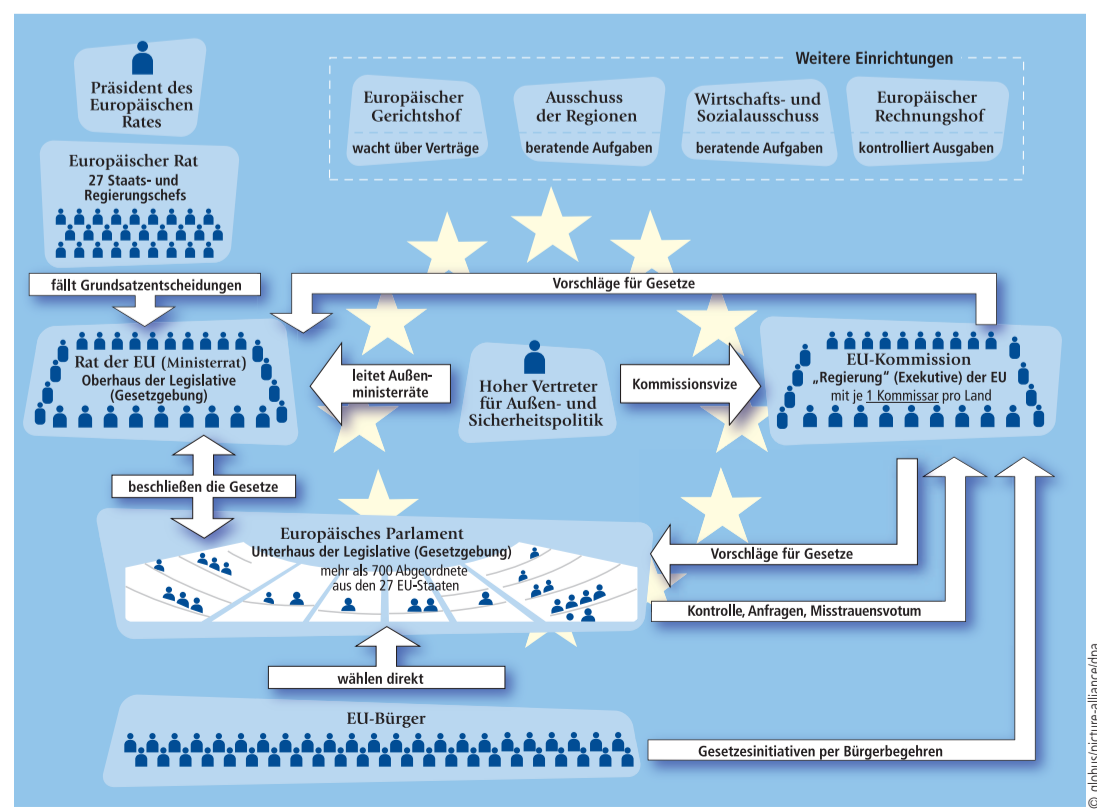
Zu den vergemeinschafteten Bereichen gehört zum Beispiel die europäische Agrarpolitik oder die Justizpolitik. In diesen Bereichen hat die EU-Kommission, die zur Zeit vom portugiesischen Konservativen José Manuel Barroso geleitet wird, die Rolle einer „europäischen Regierung“ inne. Sie allein kann Vorschläge für Gesetze unterbreiten. Ihren Vorschlägen muss in den meisten Fällen das EU-Parlament zustimmen, dessen 752 Abgeordnete alle fünf Jahre in den Mitgliedsstaaten direkt von den Bürgern gewählt werden.

Gemeinsamer Gesetzentwurf Vorsitzender des EU-Parlamentes ist momentan der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz. Den Gesetzen muss auch der EU-Ministerrat zustimmen, wo sich die Fachminister aus den Mitgliedsstaaten – beispielsweise die Agrarminister oder die Justizminister – versammeln. Wenn sich EU-Parlament und EU-Ministerrat nicht auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf einigen können, wird ein Vermittlungsausschuss angerufen, der versucht, eine Einigung herbeizuführen. Der Mitspracherecht des europäischen Parlaments wurden seit dem Beginn der euro-

päischen Integration immer weiter ausgedehnt. Seit dem Lissabon-Vertrag, der 2010 in Kraft trat, kann es indirekt – über die Kommission – sogar Gesetze initiieren. Doch es darf nicht überall mitreden. So liegt

die EU-Außenpolitik weiterhin überwiegend in der Hand der nationalen Außenminister und der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton. Allerdings kann das Parlament Verträge mit Drittstaaten zurückwei-

sen. Seit dem Lissabon-Vertrag haben auch die nationalen Parlamente in den Mitgliedsstaaten mehr Mitspracherecht. Wenn die Hälfte der Parlamente in den 27 EU-Mitgliedsstaaten findet, dass die EU-Kommission ihre Kompetenzen überschreitet, können EU-Ministerrat und EU-Parlament den Vorschlag in einem vereinfachten Verfahren zurückweisen. Bislang ist das allerdings noch nicht vorgekommen. Doch es gibt auch Politikbereiche, bei denen EU-Kommission und -Parlament gar keine Mitspracherechte haben. Dazu gehört zum Beispiel die Währungspolitik, die seit Beginn der Eurokrise eine überwältigende Rolle spielt. Dieser Bereich ist zwischenstaatlich geregelt; deshalb konnten die europäischen Staats- und Regierungschefs den ständigen Euro-Rettungsschirm auch ohne Zustimmung des Europa-Parlamentes beschließen. *Kata Kotra*



Ringen um mehr Rechte

EU-PARLAMENT Die Vielvölkerkammer ist ein wichtiger Entscheidungsträger in der Gemeinschaft. Dennoch stehen die Straßburger Volksvertreter im Schatten von Kommission und Rat der Europäischen Union



Blick in den Plenarsaal des Europaparlaments in Straßburg. Die elsässische Metropole ist Sitz der Volksvertretung der EU, wenngleich die Ausschüsse und bisweilen auch das Plenum in Brüssel tagen.

Montag, 30. Januar. Ein Generalstreik legt Brüssel lahm. Die Züge stehen, die Flieger bleiben am Boden. Nichts geht mehr. Fast nichts. Denn im Ratsgebäude herrscht Hochbetrieb. Am Nachmittag versammeln sich hier die Staats- und Regierungschefs der EU. Sie wollen einen Sparpakt auf den Weg bringen, der mehr Haushaltsdisziplin in Europa verspricht. Für einen der Beteiligten ist es eine Premiere: Martin Schulz, der neue Präsident des Europaparlaments, sitzt zum ersten Mal mit am Tisch. Am Katzentisch. Für nicht einmal eine Stunde ist der Chef von Europas Vielvölkerkammer geduldet. Zum Meinungsaustausch. Wenn die EU-Oberen in die Fachdiskussion einsteigen, muss Schulz wie alle seine Vorgänger den Saal verlassen – zum Ärger seines Hauses. 530 Abgeordnete drängen neuerdings darauf, dass ihr Präsident bei den Gipfeln dabei ist. Und der will alles daran setzen, dass sein Haus im Institutionengefüge der EU machtpolitisch nicht die letzte Geige spielt. „Noch nie in der modernen Geschichte hat ein Parlament seine Rechte geschenkt bekommen. Die hat es sich immer erstreiten müssen“, weiß Schulz. Seit am 16. Juli 1979 das erste direkt gewählte EU-Parlament zusammentrat, mussten sich die Abgeordneten ihre Mitsprache erkämpfen, war doch der Rat als Versamm-

lungsort der Regierungen zentraler Ort der Entscheidungen. Mit jeder Vertragsreform gelang es, den Einfluss auszubauen. Seit 1993 stimmt das Parlament in wirtschaftspolitischen Fragen gleichberechtigt ab mit den Ministern aus den Hauptstädten. Seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags im Dezember 2009 redet es auch in Sachen Landwirtschaft, Fischerei, Energie, Gesundheit, Verbraucherschutz und Strukturpolitik auf Augenhöhe mit den Mitgliedsstaaten.

20 Ausschüsse Die 754 Abgeordneten sehen ihre vornehmste Aufgabe in der umfangreichen wie bunt gefächerten Gesetzgebung. Einige als Vorsitzende der 20 ständigen Ausschüsse und der zwei Unterausschüsse, in denen die politische Arbeit stattfindet. Einige als Berichterstatter, das heißt verantwortliche Begleiter wichtiger Gesetzgebungsvorhaben. Die Themen reichen etwa im Verkehrsausschuss vom Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsnetze, der Sicherheit auf Europas Straßen bis hin zu mehr Rechten für Reisende. Im Energieausschuss zerbrechen sich die Mitglieder die Köpfe über den sparsameren Umgang mit Öl, Gas, Kohle und Strom sowie die Zuverlässigkeit unserer Energieimporte. Und in dem vom CDU-Abgeordneten Heiner Lehne geführten Rechtsausschuss arbeitet man mit Hochdruck am EU-Patent. Nicht immer geht es dabei so hoch her wie bei der Dienstleistungsrichtlinie, die zu den

kontroversesten Dossiers des Hauses gehört. Arbeitnehmer wie Handwerker, die um Löhne und Einkommen fürchteten, trieb vor Jahren der Zorn zu Tausenden auf die Straße. Der Sozialdemokratin Evelyn Gebhardt, als Berichterstatterin zuständig für das „heiße Eisen“, gelang es dennoch, die Richtlinie durchs Parlament zu lotsen. Noch steht die Umsetzung in einigen Mitgliedsstaaten aus, was die Staats- und Regierungschefs, die in der Schuldenkrise auf mehr Wachstum durch Öffnung des Binnenmarkts pochen, jüngst erneut beklagten.



Das Parlamentsgebäude in Straßburg

Vergleichsweise ruhig gelang es dem Wirtschafts- und Währungsausschuss dagegen, als Reaktion auf die Finanzkrise drei neue Aufsichtsbehörden zu schaffen. Die nehmen inzwischen den Bankensektor, den Wertpapier- und Versicherungsmarkt sowie die Anbieter betrieblicher Altersvorsorge ins Visier. Ein europäischer Ausschuss für Systemrisiken wacht derweil über die Entwicklung der EU-Volkswirtschaften.

Wichtiges Kontrollorgan Spannend wird es im weitläufigen Gebäudeensemble in Brüssel immer dann, wenn das Haus als Kontrollorgan wirkt. Wenn etwa EZB-Chef Mario Draghi zum Jahresbericht anreist. Als der Italiener sich anschickte, Jean-Claude Trichet auf dem Chefesessel der Europäischen Zentralbank abzulösen, legte er dem Haus ausführlich dar, wie er seine neue Aufgabe auszufüllen gedenkt. Erst der Segen der Volkskammer öffnete dem Ökonomen den Weg nach Frankfurt. Selbstverständlich stellte sich auch Jörg Asmussen den Fragen der Deputierten, bevor er Anfang Januar Jürgen Stark im EZB-Direktorium ablöste. Hochspannung herrscht, wenn eine neue Kommission ansteht, denn die kann ihre Arbeit erst beginnen, wenn das Parlament ihr das Vertrauen ausgesprochen hat. Obwohl der künftige Kommissionspräsident als auch seine Kommissare in spe müssen sich „grillen“ lassen. Das klingt hart und ist es auch. Drei Stunden müssen die Kandida-

ten dann den Abgeordneten beweisen, dass sie viel von Europa und noch mehr von ihrem zukünftigen Sachgebiet verstehen. Schon manch einer ist „durchgefallen“ und musste alle europäischen Ambitionen fallen lassen. 1999 warf das Hohe Haus gleich eine ganze Kommission aus dem Amt. Der Luxemburger Kommissionschef Jacques Santer stürzte zusammen mit seinen Kommissaren über eine ganze Serie von Korruptionsskandalen.

Auch José Manuel Barroso bekam die Abhängigkeit von der Volkskammer deutlich zu spüren: Bevor die Abgeordneten ihn und seine neue Kommission im Jahr 2010 billigen, musste der Portugiese eine „interinstitutionelle Vereinbarung“ akzeptieren, die es in sich hat. Geschickt hatten damals die Fraktionen den Spielraum des Lissabon-Vertrags ausgenutzt, um künftig Gesetzgebung in Gang setzen zu können. Zwar belässt dieser Vertrag das Monopol für Gesetzesinitiativen bei der Kommission, aber das Parlament kann eine „Aufforderung für eine Gesetzesinitiative“ beschließen, auf welche die Kommission innerhalb von drei Monaten reagieren muss. 1,69 Milliarden Euro ließ sich das Parlament mit seinen rund 6.000 Mitarbeitern im vergangenen Jahr seinen Betrieb kosten. 200 Millionen Euro kostet allein der „Wanderzirkus“ zwischen Brüssel und Straßburg. Einmal im Monat zieht der Parlamentstross in die Hauptstadt des Elsass. „Wir haben ei-

ne klare Rechtsgrundlage“, erklärt Präsident Schulz gerne. „Nach der ist der Sitz des Parlaments in Straßburg. Die Ausschüsse und Fraktionen tagen in Brüssel. Die Verwaltungseinheiten und auch die Übersetzer sind in Luxemburg angesiedelt.“ Er drängt wie eine Mehrheit im Haus auf einen Sitz. Entscheiden müssen die Staats- und Regierungschefs, die sich des Problems aber bisher nicht angenommen haben. Also bleibt es beim monatlichen Treck nach Süden.

Hartes Pokerspiel Wo so große Summen auf dem Spiel stehen, wird gefeilscht. Das weiß Reimer Böge (CDU) nur zu gut. Seit vielen Jahren wirkt der Landwirt aus Schleswig-Holstein mit, wenn der Haushaltsausschuss den Standpunkt des Parlaments zum jährlichen Budgetplan der EU vorbereitet. Er kennt das dann folgende Pokerspiel mit dem Rat, das noch härter wird, wenn es wie derzeit um den mehrjährigen Finanzrahmen geht. Eine Billion Euro will die EU zwischen 2014 bis 2020 ausgeben. Allein kann das Parlament dabei auch mit noch so großer Mehrheit nichts bewegen. Auch und erst recht wenn es ums Geld geht, zeigt sich: Nur wenn sich das Europaparlament mit den 27 Mitgliedsstaaten, die im Ministerrat abstimmen, zusammenrauft, kann ein Kompromiss gelingen. **Sabine Seeger**

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Brüssel.

27 Staaten – 27 Spielregeln

EUROPAWAHLEN Ein einheitliches Wahlrecht kennt die EU nicht. Diskutiert wird über transnationale Listen

„Die Wahl erfolgt allgemein, unmittelbar, frei und geheim“ – so steht es im zuletzt 2002 geänderten „Direktwahlakt“ der Europäischen Union, der die für alle EU-Staaten verbindlichen Regeln für die Europawahlen festlegt. Wer dies mit dem im Grundgesetz für Bundestagswahlen festgeschriebenen Wahlgrundsätzen vergleicht, wird feststellen, dass in dem EU-Papier der Grundsatz der Gleichheit der Wahl in der Aufzählung nicht erwähnt wird. Er gilt nämlich bei Europawahlen nur auf jeweils nationaler Ebene, weil die Zahl der Mandate im Europaparlament, die auf ein Mitgliedsland entfallen, nicht exakt das Verhältnis der jeweiligen Bevölkerungsgrößen widerspiegelt.

Ungleichgewicht unvermeidbar So vertreten derzeit 754 Abgeordnete aus 27 Staaten im Europäischen Parlament (EP) fast eine halbe Milliarde Menschen. Dabei kommt die größte Parlamentariergruppe, nämlich 99 und damit gut 13 Prozent aller Straßburger Volksvertreter, aus Deutschland, das mit seinen etwa 82 Millionen Einwohnern aber rund 16,5 Prozent der EU-Bevölkerung stellt. Anders ausgedrückt: Während auf einen deutschen EU-Abgeordneten fast 830.000 Einwohner kommen, sind es bei einem der sechs Europaparlamentarier aus Luxemburg gerade mal ein Zehntel. Dieses Ungleichgewicht ist auch nicht zu vermeiden, so lange für jedes Mitgliedsland ein bestimmtes Abgeordnetenkontingent

festgelegt wird, in dem sich auch bei kleinen Staaten ihre Parteienvielfalt widerspiegeln kann. Daher entsendet wie Luxemburg mit seinen rund 500.000 Einwohnern auch Malta mit knapp 420.000 Bewohnern sechs Abgeordnete – würden die großen Mitgliedsländer gleichermaßen berücksichtigt, müsste allein Deutschland fast 1.200 Volksvertreter „nach Europa“ schicken. Auch in vielen anderen Punkten sind Europawahlen nach nationalen und damit unterschiedlichen Regeln in den Ländern abgelaufen. 2009 galt beispielsweise meist das aktive Wahlrecht ab 18 Jahren, in Österreich indes ab 16 Jahren. Und beim passiven Wahlrecht reichte die Altersgrenze von 18 Jahren wie in Deutschland über 21 Jahre wie in Großbritannien und 23 Jahren wie in Frankreich bis hin zu 25 Jahren in Griechenland, Italien und Zypern. Die Fünf-Prozent-Hürde, die erst 2011 vom Bundesverfassungsgericht für Europawahlen als verfassungswidrig verworfen wurde, ist in der EU ebenfalls keine allgemeine Regel. Der Direktwahlakt räumt den Mitgliedsstaaten zwar die Möglichkeit ein, für die Sitzvergabe eine Mindestschwelle vom landesweit maximal fünf Prozent der abgegebenen Stimmen festzulegen. Diese

Höchstgrenze gab es 2009 außer in Deutschland noch in einer Reihe weiterer Staaten, während andere die Hürde auf drei oder vier Prozent legten; wieder andere EU-Länder verzichteten ganz darauf. Ebenso wenig wurden in der gesamten EU ausschließlich unveränderbare Wahllisten wie in der Bundesrepublik aufgestellt. In einer ganzen Reihe von Mitgliedsländern konnte die Reihenfolge der Bewerber mit sogenannten Präferenzstimmen verändert werden. In Irland, Malta und Nordirland wiederum gab es ein listenloses Verhältniswahlrecht, das auf übertragbaren Einzelstimmen beruhte. Unterschiedliche Regelungen gibt es in den Mitgliedsstaaten auch zur Briefwahl, Wahlpflicht, zum Zeitpunkt der Wahl, zur Ausübung des Wahlrechts im EU-Ausland und bei vielem mehr.

Es hat aber auch Angleichungen und Vereinheitlichungen gegeben. Einen großen Schritt nach vorne gab es etwa bei der Europawahl 1999, bei der Großbritannien als letztes EU-Land von seinem nationalen Mehrheitswahlsystem zur Verhältniswahl wechselte. Nunmehr sind alle EU-Staaten auf das Verhältniswahlrecht festgelegt. Als Meilenstein darf die 1976 beschlossene Einführung der Direktwahl zum Europapar-

lament gelten, die dann drei Jahre später Wirklichkeit wurde: Waren die Abgeordneten zuvor von den nationalen Parlamenten entsandt worden, bestimmen seitdem die Wähler unmittelbar über ihre Volksvertreter – europaweit. Ein Recht, das längst nicht nur als selbstverständlich erachtet, sondern von vielen auch ignoriert wird: Von 1979 bis 2009 sank die Wahlbeteiligung in allen beteiligten EU-Staaten zusammen kontinuierlich von 63 auf 43 Prozent.

EU-weite Listen Nicht zuletzt diesem Trend will eine Initiative aus dem EP entgegenwirken. Nach einem Vorschlag des britischen Abgeordneten Andrew Duff sollen 25 Abgeordnete über transnationale, EU-weite Listen gewählt werden, deren Kandidaten aus mindestens einem Drittel der Mitgliedsländer stammen müssen. Der Wähler könnte dann künftig zwei Kreuzchen machen – einmal wie bisher für die nationalen Listen und das zweite für die EU-weiten Listen, die von den europäischen Parteien aufzustellen wären. Im Januar stimmte der zuständige Ausschuss dem Vorschlag zu; im März soll das EP-Plenum darüber befinden. Verabschiedet das Parlament die Vorlage, haben sich dann die Vertreter der nationalen Regierungen im Rat mit dem Vorstoß zu befassen. Dass die angestrebte Neuregelung schon zu den nächsten Europawahlen 2014 in Kraft ist – wenn überhaupt –, gilt als äußerst unwahrscheinlich. **Helmut Stoltenberg**

»Die Wahl erfolgt allgemein, unmittelbar, frei und geheim.«
EU-Direktwahlakt

Anzeige

Wählerverhalten



Wählerverhalten in der Demokratie
Eine Einführung
Von Oscar W. Gabriel | Bettina Westle
2012, ca. 328 S., brosch., ca. 19,90 €
ISBN 978-3-8252-3533-8
Erscheint ca. März 2012

Weitere Informationen: www.utb-shop.de



In wenigen Tagen, am 28. Februar, wird das Bundesverfassungsgericht über die Beteiligungsrechte des Bundestages bei der Euro-Rettung entscheiden. Es ist nicht das erste Urteil, das sich mit der Verschränkung zwischen nationalem Parlamentarismus und europäischer Integration beschäftigt, und es wird nicht das letzte sein. Dabei wird man bereits die zunehmende Dichte solcher Urteile als Problemzeichen verstehen müssen. Den ersten Markstein setzte Karlsruhe 1993 mit dem Urteil zum Vertrag von Maastricht: Dem Bundestag müssen „Aufgaben und Befugnisse von substantiellem Gewicht“ verbleiben. 2009, im Lissabon-Urteil, buchstabierte der Zweite Senat aus, was in den Händen der nationalen Demokratie bleiben muss, solange ein souveräner Staat existiert: Strafrecht, Polizei und Militär, Sozialpolitik, Bildung und Religion. Und die „fiskalischen Grundentscheidungen über Einnahmen und Ausgaben“ – als hätte man geahnt, welche fundamentalen Bewährungsproben für das Haushaltsrecht des Parlaments bevorstehen: Wie viel haben die gewählten Volksvertreter eigentlich noch mitzubestimmen, wenn Deutschland gigantische Haftungszusagen zur Rettung des Euro macht? Die Euro-Rettungsklagen stehen also vor dem Hintergrund jener wachsenden Spannung zwischen europäischer Integration und nationaler Staatlichkeit, einer Spannung, deren Intensität sich aus der Frage speist, wo die Demokratie in Europa verortet ist.

Das Bundesverfassungsgericht hat 2009 entschieden, das Europäische Parlament sei noch nicht so weit, um als Garant der Demokratie in Europa durchgehen zu können – weil es nicht proportional zusammengesetzt sei, sondern Wählerstimmen kleiner Staaten bis zu zwölf Mal so viel Gewicht hätten wie die Stimmen der großen Länder. Weshalb Karlsruhe noch lange Zeit auf den Bundestag setzen wird: „Bis auf Weiteres hängt die demokratische Legitimation der europäischen Hoheitsgewalt in ganz zentraler Weise von den nationalen Demokratien ab“, sagte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, kürzlich bei einem Vortrag in Dortmund.

Die Demokratie darf nicht durch die Abgabe zentraler Kompetenzen an Brüssel ausgehöhlt werden, das ist das Thema von Maastricht und Lissabon. Ebenso wenig darf sie ausgetrocknet werden, indem das Medium demokratischer Handlungsfähigkeit nach Europa abfließt, das Geld – das ist die Botschaft des Urteils vom 7. September 2011 zum Eurorettungsschirm: Milliardenbürgschaften bedürfen der vorherigen Zustimmung des Parlaments, genauer: des Haushaltsausschusses. Zudem darf der Bundestag künftige Parlamentarier nicht dadurch „erdrosseln“, dass er sie einem überstaatlichen Mechanismus ausliefert, der gigantische Summen aus dem Bundeshaushalt abzieht und kommende Generationen damit finanzpolitisch handlungsunfähig macht.

Umstrittenes Gremium Die Rechtsprechung zur parlamentarischen Beteiligung lässt sich damit in mehrere Abschnitte einteilen, einen ersten, in dem das Verhältnis zwischen Demokratie und Europa im Grundsätzlichen geklärt worden ist, und einen zweiten, in dem das Königsrecht des Parlaments, das Budgetrecht, vor einer demokratiefeindlichen Eigendynamik des Euro-Rettungsgeschehens bewahrt worden ist. In dieser Unterteilung wird man die beiden beim Verfassungsgericht anhängigen Verfahren einer dritten Phase zurechnen müssen: Es geht nicht mehr um das Ob der Parlamentsbeteiligung, sondern um das Wie. Also um die Frage, wie das Parlament entscheidet – als Plenum oder als mit Son-



Karlsruhe entscheidet, wie viel die Abgeordneten des Bundestages künftig bei der Euro-Rettung noch mitzureden haben.

Auf der Waage

BETEILIGUNGSRECHTE Bundesverfassungsgericht entscheidet über Grenzen der Europäischen Integration bei der Euro-Rettung

deraufgaben betrauter Ausschuss. Und wie und wann die Parlamentarier über weitreichende Rettungsmaßnahmen ihrer Regierung informiert werden. Am 28. Februar entscheidet das Gericht über die erste dieser beiden Klagen, eingeleitet durch die SPD-Abgeordneten Peter Danckert und Swen Schulz. Sie sehen die Beteiligungsrechte des Bundestages als verletzt an, weil die parlamentarische Beteiligung an milliardenschweren Rettungsaktionen des Rettungsschirms EFSF an einen kleinen Ausschuss aus neun Abgeordneten delegiert worden ist. Ein Minigremium soll anstelle der 620 Bundestagsabgeordneten Haftungszusagen bis zu 211 Milliarden Euro legitimieren dürfen – die Hälfte des Bundeshaushalts. Das ist aus ihrer Sicht zu wenig Demokratie für so viel Geld. Nun war in der Anhörung in Karlsruhe Ende September ei-

ne gewisse Skepsis von der Richterbank nicht zu überhören. Voßkuhle fragte die Regierung nach den Grenzen dieses Delegationsprinzips. Wenn man einmal unterstelle, das Plenum des Bundestages könne seine Befugnisse prinzipiell auf ein Gremium beliebiger Größe übertragen, vorausgesetzt, es bilde die Zusammensetzung des Parlaments spiegelbildlich ab – dann müsse der Bundestag eigentlich alle wichtigen Entscheidungen an Kleinstgremien delegieren können: „Ich habe gewisse Zweifel, ob das richtig ist.“

Trotzdem wäre es vorzuziehen, daraus zu folgern, das Neunergremium habe in Karlsruhe keine Überlebens-Chance. Denn so entschieden das Gericht in der Grundsatzfrage der demokratischen Rückbindung wesentlicher Fragen ans nationale Parlament ist: Im Detail sind die Richter durchaus offen für

Nöte des parlamentarischen Betriebs. Nöte, die in diesem Zusammenhang vor allem unter zwei Stichworten plausibel gemacht worden sind: Dringlichkeit und Vertraulichkeit. In der Anhörung waren es vor allem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Peter Altmaier, die den Karlsruher Juristen deutlich zu machen versuchten, wie wichtig der Überraschungseffekt im Kampf gegen die Märkte ist. Wenn man zum Beispiel Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt aufkaufen wolle, dann müsse man dies geheim vorbereiten: „Vertraulichkeit ist die Voraussetzung dafür, dass wir solche Instrumente überhaupt einsetzen können“, sagte Schäuble. Andernfalls, so spitzte Altmaier das Szenario zu, „verbrennen wir Steuergelder“. Die parlamentarische Diskretion aber endet bei

der Zahl der Apostel – wenn man Judas abzieht. Davon zeugen jedenfalls die Erfahrungen des CDU-Abgeordneten Siegfried Kauder: Beim Parlamentarischen Kontrollgremium mit elf Mitgliedern funktionierte die Geheimhaltung gut, bei den Untersuchungsausschüssen (etwa zu Kundus mit 34 Mitgliedern) habe das noch nie geklappt. Zwar hatte Voßkuhle anfangs noch deutlich gemacht, dass der Satz „Not kennt kein Gebot“ kein Argument sein dürfe, die parlamentarische Mitwirkung zu minimieren. Doch auch er schien beeindruckt von den Schilderungen aus der Praxis der Euro-Rettung: Es leuchte ein, dass bei den Sekundärmarktanleihen Geheimhaltung herrschen müsse. „Das könnte sogar Sache der Exekutive sein.“ Die Frage sei aber, ob man hinsichtlich der Parlamentsbeteiligung alle Rettungsmaßnahmen gleich behandeln müsse. Auch im zweiten Verfahren geht es um den permanenten Rettungsschirm ESM, der 2012 den jetzigen Mechanismus ablösen soll. Geklärt hat die Bundestagsfraktion der Grünen – nicht gegen den Schirm, sondern gegen die mangelhafte Information der Parlamentarier durch die Bundesregierung. Die Abgeordneten hätten die notwendigen Papiere zu spät oder gar nicht erhalten. „Dem Bundestag blieb nur das Friss oder Stirb am Ende der Verhandlung“, sagte Volker Beck (Bündnis 90/die Grünen) in Karlsruhe.

Kritik an Informationspolitik Das Gericht hat also über eine weitere Variation des Themas zu befinden, wie die gewählten Volksvertreter bei einem währungspolitischen Feuerwehrsatz eingebunden werden können. Auch hier signalisierten die Richter Verständnis dafür, dass eine Regierung ihren Erfolg aufs Spiel setzt, wenn die eigene Position zur Unzeit an die Öffentlichkeit dringt: „Zu jeder guten Verhandlung gehört, dass man seine Karten bedeckt hält“, sagte Udo Di Fabio, bis Ende 2011 Bundesverfassungsrichter. Das wirklich spannende und im europäischen Kontext zukunftsreiche Thema war ohnehin nicht die Feinjustierung der Abgeordneten-Information. Sondern die Frage, für welche Art von europäischen Angelegenheiten die im EU-Rahmen geltenden starken parlamentarischen Beteiligungsrechte eigentlich gelten. Denn der Rettungsschirm ESM ist gleichsam neben der EU konstruiert, als zwischenstaatliches Instrument der 17 Euroländer. Womit man den ESM theoretisch der klassischen Außenpolitik zurechnen könnte – und die ist vornehmlich Sache der Regierung.

Die brisante Frage ist also: Lässt sich die – aus Sicht der EU-„Integrationsisten“ oftmals hinderliche – Parlamentsbeteiligung dadurch ausbremsen, dass man in Einzelfragen ein Europa innerhalb von Europa bemüht, also mit einem Teil der EU-Länder separate Abkommen schließt? Die Verlagerung auf die zwischenstaatliche Ebene könnte in Zukunft Konjunktur haben, weil sie einen Ausweg aus Situationen weist, in denen die 27 EU-Länder keinen gemeinsamen Nenner finden. Soll dann der Bundestag außen vor sein? Wenn der Eindruck nicht täuscht, wird Karlsruhe ein klares Wort zugunsten des Parlaments sprechen: Eine „organisierte Umgehung von Kompetenzgrenzen“ der EU – wie Richter Gertrude Lübbe-Wolff dies ausdrückte – werden die Richter nicht hinnehmen. Denn wenn sie den Weg erst einmal eröffnen würden, intergouvernemental am Bundestag vorbei europäische Abkommen zu schließen und Projekte voranzutreiben: Dann wäre der wohl ohnehin schon dünne demokratische Faden, der zwischen der europäischen Regierungsgewalt und den Bürgern gespannt ist, wohl endgültig zerrissen. Wolfgang Janisch

Mitsprache in Europa

Der Bundestag hat 2009 mit den Begleitgesetzen zum Vertrag von Lissabon seine Mitspracherechte in europapolitischen Fragen gestärkt. Doch nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen EU-Staaten wurden in vergangenen Jahren die Mitwirkungsrechte der Parlamente wesentlich verbessert:

Dänemark: Die Dänen verfügen über das älteste und umfassendste Verfahren der parlamentarischen Mitwirkung bei EU-Entscheidungen. Zentraler Akteur ist dabei der Europaausschuss des dänischen Parlaments. Er ist einerseits mit der Koordinierung von EU-Fragen und andererseits mit der Koordinierung der weitreichenden Mitwirkungsrechte befasst. Nur der EU-Ausschuss hat die Kompetenz, die Mitwirkungsrechte des Parlaments gegenüber der Regierung auszuüben. Denn nur der EU-Ausschuss hat die Kompetenz, der Regierung Mandate für die Verhandlung im Rat der EU zu erteilen.

Frankreich: Die Mitwirkungsrechte der Assemblée Nationale und des französischen Senats sind in der französischen Verfassung verankert. Beide Kammern verfügen über weitgehende Informationsrechte und können zu Rechtsetzungsentwürfen der EU Stellung nehmen. Die Regierung ist verpflichtet, Entwürfe und Rechtsakte der EU nach der Übermittlung durch den Rat auch an das Parlament weiterzuleiten. Für die Koordinierung der Informationen sind jeweils die EU-Ausschüsse der beiden Kammern verantwortlich. Seit dem Vertrag von Lissabon können Nationalversammlungen und Senat eigene Subsidiaritätsprüfungen vornehmen.

Großbritannien: Eckpfeiler der Mitwirkung des britischen Parlaments in EU-Angelegenheiten ist der parlamentarische Prüfvorbehalt. Danach darf ein Mitglied der britischen Regierung einem EU-Gesetzgebungsakt erst dann zustimmen, wenn dieser im britischen Parlament auch geprüft worden ist. In der Praxis können britische Minister inzwischen durch besondere Regelungen auch Vorschläge zustimmen, deren Überprüfungsprozess im Parlament noch nicht vollkommen abgeschlossen ist. Wichtige Akteure bei der Überprüfung von EU-Vorlagen sind dabei die beiden europapolitischen Gremien des britischen Ober- und Unterhauses.

Tschechien: Die beiden Kammern des tschechischen Parlaments, das Abgeordnetenhaus und der Senat, verfügen jeweils über spezielle Mitwirkungskompetenzen in EU-Angelegenheiten. Die im Vorfeld des EU-Beitritts von Tschechien geänderte Verfassung spiegelt den politischen Willen wieder, das Parlament stärker in den Gesetzgebungsprozess miteinzubeziehen. Beide Kammern können zu Vorschlägen die EU betreffend Stellung nehmen. Auch im tschechischen Parlament besitzt der Europäische Ausschuss des Abgeordnetenhauses dabei eine Schlüsselstellung. Nach der Weiterleitung der EU-Informationen durch die Regierung wird dort eine Stellungnahme erarbeitet. Die Regierung ist verpflichtet, sie bei ihren Verhandlungen mit der EU entsprechend zu berücksichtigen. as

FÜNF FRAGEN ZUR: MITSPRACHE DES BUNDESTAGES



Frau Molitor, seit Kurzem sind Sie Stellvertreterin der Vorsitzenden des Europa-Ausschusses. Europa steckt in seiner größten Krise. Mit welchen Zielen gehen Sie in dieses Amt?

Ich denke, dass es jetzt darauf ankommt, Europa weiterzuentwickeln. Denn neben dem Krisenmanagement, das wir betreiben, sollten wir auch die Chancen dieser Krise sehen: nämlich dass wir zu mehr Europa kommen und infolgedessen die Kooperation der Mitgliedsländer intensivieren können. Am Ende wird Europa gestärkt daraus hervorgehen.

»Wir haben noch nie so viel über Europa diskutiert wie im Augenblick.«

Die Einflussnahme nationaler Parlamente auf EU-Entscheidungen spielt dabei eine wichtige Rolle. Wir brauchen ein Europa, das von den gewählten Volksvertretern mitgetragen wird. Doch diese Kultur der Mitbestimmung der Parlamente ist nicht überall gleich stark ausgeprägt. Für uns als Bundestag ist sie aber sehr wichtig. Insofern haben wir auch die

Beratungen zum ESM und Fiskalpakt aktiv begleitet. Damit bin ich sehr zufrieden.

Welche besondere Funktion kann der Europa-Ausschuss in diesem Zusammenhang übernehmen?

Als Europa-Ausschuss haben wir zwei Interessen im Blick. Einerseits die Interessen unseres Landes und andererseits die Rolle Europas in der Welt. Das ist für mich ein ganz wichtiger Aspekt, da es nicht nur darum geht, sich mit sich selbst zu beschäftigen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass andere Regionen der Welt eine enorme Entwicklung durchgemacht haben. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns überlegen, wie sich Europa im Rahmen der Globalisierung aufstellen kann. Diese zentralen Fragen sind genau richtig angesiedelt im Europa-Ausschuss.

Wie hat sich dessen Arbeit in den vergangenen Jahren verändert?

Die Krise der letzten zwei Jahre hat auch dazu geführt,

dass das Thema Europa sehr stark in den Fokus der Politik und damit auch ins Bewusstsein der Bürger geraten ist. Und der Europa-Ausschuss des Bundestages ist ein Dreh- und Angelpunkt, wo die Informationen aus Brüssel zusammenlaufen. Wir haben noch nie so viel über Europa und seine Zukunft diskutiert wie im Augenblick. Das stärkt auch die Rolle des Ausschusses.

Am 27. Februar stimmt der Bundestag über neue, milliardenschwere Griechenland-Hilfen ab. Kann der enge Zeitplan dem Beratungsbedarf der Abgeordneten gerecht werden?

Wir brauchen natürlich eine Entscheidungsgrundlage, das heißt, die Abgeordneten müssen alle Informationen bekommen, um ihre Entscheidung treffen zu können. Deswegen darf ein Zeitplan immer nur eine Richtschnur aber kein Dogma sein.

Die Frage stellte Claudia Heine.

Scharnier zwischen Berlin und Brüssel

VERBINDUNGSBÜRO Die Außenstelle des Bundestages ist am Puls der Europäischen Union

Square de Meeus 40, 6. Etage. Nüchterne Büros, freundliche Arbeitsatmosphäre. Europa ist omnipräsent. Vor dem Fenster ragt das Glasgebäude des EU-Parlaments in den grauen Himmel über Brüssel. Drinnen im Konferenzraum thront Europa auf dem Rücken eines Bronze-Stiers. Stumm lauscht die phönizische Königstochter den Gesprächen, in denen sich doch alles um Europa dreht. Der Raum ist Dreh- und Angelpunkt des Bundestagsbüros in Brüssel. Erst jüngst informierte hier Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die deutsche Presse über seinen Besuch in der EU-Kapitale. Auch Hubertus Heil wird hier zum Hintergrundgespräch laden, wenn er in wenigen Tagen nach Brüssel kommt. Der für Wirtschaft zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD wird Kontakte pflegen mit Kommissionsmitgliedern und Wirtschaftsvertretern. Wie viele Abgeordnete vor ihm.

Seit die Außenstelle des Bundestages vor fünf Jahren ihre Pforten öffnete, reisen immer mehr Ausschüsse, Arbeitsgruppen und zunehmend auch einzelne Abgeordnete ins Zentrum der EU. Sie suchen das Gespräch mit Experten in Kommission, Rat und EU-Parlament, mit den Fachleuten also, die europäische Gesetzesvorgaben anstoßen. Betreut werden sie vom Leiter des Büros Sven Völlrath und von Vertretern der Fraktion. So ist Markus Broich, einer der beiden Referenten der SPD-Fraktion, derzeit damit beschäftigt, die Termine für Heil zu machen. Auch sein Kollege Jürgen Kretz, einer von drei Brüs-

seler Referenten der CDU/CSU-Fraktion, ist routinierter Organisator. Und wenn der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle sein Netzwerk in Brüssel pflegt, ist FDP-Referent Mark Stanitzki gefragt. Auch Maarit Vuorimäki von den Grünen und Martin Hantke von der Linken haben alle Hände voll zu tun, um Kontakte zu den EU-Institutionen, aber auch zu NGOs oder Gewerkschaften auszubauen. „Wir haben hier eine Scharnierfunktion“, bringt Jürgen Kretz die Arbeit auf den Punkt. Ob es um Schuldenkrise und die damit verbundene Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa, um das derzeit heftig umstrittene Handelsabkommen zur Abwehr von Fälschungen ACTA, Agrarreform oder Energiesi-

cherheit geht, die Referenten wirken als Vermittler. Sie sammeln Informationen und bereiten sie auf. Sie bringen neue EU-Initiativen auf die Agenda der Fraktionsausschüsse, und sie stehen für Rückfragen einzelner Abgeordneter zu Verfügung. Da versteht es sich von selbst, dass der Draht nach Berlin kurz ist: Tägliche Telefonate und E-Mails sowie die Anwesenheit während der Sitzungswochen in Berlin gehört zum Pflichtprogramm. Egal für welche Fraktion sie unterwegs sind, alle spüren, dass Europapolitik immer stärker zur Innenpolitik wird.

Ansprechpartner Der Lissabon-Vertrag hat die Mitsprache der nationalen Parlamente weiter gestärkt. Das macht sich im Hause ganz deutlich bemerkbar. Der Bundestag erfährt mehr Beachtung. „Wir sind zunehmend Ansprechpartner der EU-Institutionen“, sagt Fabian Lang. Gemeinsam mit fünf Kollegen von der Bundestagsverwaltung arbeitet er in der Außenstelle. Dazu gehört auch die Herausgabe des „Bericht aus Brüssel“, der pünktlich zu jeder Sitzungswoche einen Überblick über aktuelle EU-Themen liefert. Inzwischen wird er nicht nur in Berlin gelesen, auch im EU-Parlament erfreut sich das Informationsblatt zunehmender Beliebtheit. Überhaupt hat das Verbindungsbüro seinen festen Platz im europäischen Betrieb. Die Zeiten, als europapolitische Entscheidungen am Deutschen Bundestag vorbeiliefen, gehören endgültig der Vergangenheit an. Sabine Seeger, Brüssel



Norbert Lammert (M.) und die „Brüsseler“

Welchen Ausgang die Eurokrise auch immer nimmt – und wie im Übrigen auch die französischen Präsidentschaftswahlen im kommenden Frühjahr enden: Angela Merkel und Nicolas Sarkozy haben die deutsch-französischen Beziehungen tief geprägt. Kennzeichnend dafür steht der 2011 aufgekommene Neologismus „Merkozy“: Gäbe es so etwas wie das europäische Wort des Jahres, wäre es ein hervorragender Kandidat für diese Auszeichnung. Dass zwei derart unterschiedliche Persönlichkeiten wie die Bundeskanzlerin und der Staatspräsident zu einem solchen Ganzen verschmolzen sind, sagt viel aus über die Vertrautheit zwischen den beiden Ländern. Früher hätte sich niemand vorstellen können, ernsthaft von „Degaulleuer“ oder „Helmutterand“ zu sprechen. Warum im Übrigen „Merkozy“ und nicht „Françallemagne“?

Merks Dominanz Drei Erklärungen sind dafür vorstellbar: Erstens fragt sich jeder, welche Rolle bei diesem Politikerpaar die Anziehungskraft spielt (ach, dieser so romantische Spaziergang auf der Avenue des Champs-Élysées im Jahr 2010), zweitens ist es eindeutig die Kanzlerin, die die Führung hat, und schließlich sind die beiden Spitzenpolitiker weiter gegangen, als die traditionelle Partnerschaft zwischen den beiden Ländern es erforderte. Der letzte Punkt ist ohne Zweifel der wichtigste. Immerhin hätten die beiden zur Lösung der Eurokrise die Europäische Kommission drängen können, die Hilfsmaßnahmen zu organisieren.

Nach dem europäischen Jargon also hätten sie auf die Gemeinschaftsmethode und nicht die intergouvernementale Zusammenarbeit setzen können. Zwar unterstützten sie 2004 die Kandidatur von José Manuel Barroso als Kommissionspräsidenten der Europäischen Union nicht. Auf seine Wiederwahl im Jahr 2009 jedoch haben Angela Merkel und Nicolas Sarkozy entscheidenden Einfluss genommen, und das trotz der Tatsache, dass Barroso 2008 bei der Lehman-Brothers-Krise keine glänzende Rolle gespielt hat. Oder vielleicht, weil er im Gegenteil Frankreich, das im zweiten Halbjahr 2008 die Ratspräsidentschaft innehatte, nicht im Wege gestanden und damit Nicolas Sarkozy ermöglicht hat, sich selbst zum „Präsidenten von Europa“ zu proklamieren.

Republikanischer Monarch Trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten lieben es weder Angela Merkel noch Nicolas Sarkozy, zu delegieren oder die zweite Geige zu spielen. Die deutschen Institutionen zwingen die Bundeskanzlerin zu vielfältigen Kompromissen, die französische Verfassung dagegen macht aus dem Präsidenten einen republikanischen Monarchen. Dies hat zu zahllosen Missverständnissen zwischen den beiden geführt. 2007 brauchte Nicolas Sarkozy lange, um zu verstehen, dass die Kanzlerin ihren damaligen sozialdemokratischen Finanzminister Peer Steinbrück, der die französische Haushaltspolitik kritisiert hatte, nicht öffentlich tadeln kann. Heute sind dem Präsidenten sowohl alle Gemütsregungen der FDP als auch das Gewicht des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe bekannt. In der Zeitschrift „Der Spiegel“ fasste am 23. Januar Alain Minc, einer der offiziellen Berater Sarkozys, die Entwicklung von dessen Gedankengängen in Bezug auf Angela Merkel treffend zusammen: „Anfänglich sagte er: Sie will nicht. Jetzt sagt er: Sie kann nicht.“

Spektakuläre Annäherung Man weiß nicht, ob Sarkozy wirklich zwei Jahre ge-

»Merkozy« – das Geheimnis eines Duos

BERLIN UND PARIS Merkel und Sarkozy sind in einer Zweckgemeinschaft verbunden



Die Euro-Rettung stets im Blick: Ohne Angela Merkel und Nicolas Sarkozy geht in Europa derzeit gar nichts.

braucht hat, um die Feinheiten des politischen Lebens in Deutschland zu verstehen. Tatsache ist aber, dass sich „Sarko, der Amerikaner“, wie man ihn bei seiner Wahl im Jahr 2007 nannte, zu Beginn seiner Amtszeit wenig für Deutschland interessierte. Nur genug, um es zu umgehen. Keiner seiner engsten Berater sprach deutsch. Zwar spielt Minister Bruno Le Maire die deutschfreundliche Karte gut, die Tatsache jedoch, dass er in der Vergan-

genheit eng vertraut war mit Dominique de Villepin, ließ ihn lange nur am Rande des Systems Sarkozy stehen. Das Projekt der Union für das Mittelmeer bleibt das augenfälligste Beispiel für diese Neigung des Staatspräsidenten, Berlin zu umgehen. Die Annäherung an Deutschland seit 2009, die 2008 bei der Vorbereitung der französischen Ratspräsidentschaft in der EU ihren Anfang nahm und vor allem im Jahr 2010 vertieft wurde, ist daher nur um-

so spektakulärer. „Wenn Sie hören wollen, dass ich nach viereinhalb Jahren im Élysée-Palast gelernt habe, mich in meiner Argumentation weiterzuentwickeln, dann kann ich sagen, das ist so“, sagte er kürzlich gegenüber der Pariser Tageszeitung „Le Monde“.

Diplomaten geringgeschätzt Nicolas Sarkozy ist Anwalt. Er liebt es, Fälle zu übernehmen. Langfristige Trends interes-

sieren ihn wenig. Anders als die Kanzlerin äußert er sich selten beunruhigt über den Bevölkerungsrückgang in Europa. Er ist Spezialist für Kräfteverhältnisse, er ist in der Lage, rasch komplexe Situationen zu analysieren, Schwachpunkte seines Gegners zu nutzen und zu erkennen, welche Zugeständnisse nötig sind, um den Sieg davon zu tragen. 1993 verhandelt er mit dem Geiselnehmer in einem Kindergarten der Stadt, in der er Bürgermeister ist; am

Sonntag, den 12. Oktober 2008, organisiert er einen Krisengipfel im Élysée-Palast: Lauter Beispiele dafür, dass Nicolas Sarkozy es liebt, in Notfallsituationen zu agieren und die Gepflogenheiten über den Haufen zu werfen. Daher rührt auch seine Geringschätzung für Diplomaten. Schon im Herbst 2008 brauchte er nicht lange, um zu erfassen, dass die Finanzkrise seine Amtszeit erschüttern und eine Stärkung der Partnerschaft mit Deutschland erfordern würde.

Auf Effizienz gesetzt Die beiden Politiker gehen allerdings häufig von unterschiedlichen Standpunkten aus. Bis heute spricht die deutsche Kanzlerin von Moral und vertraut, wenn es um die Einhaltung von Abkommen geht, Richtern mehr als ihren Amtskollegen, während der französische Präsident stärker auf Effizienz setzt und der Politik das letzte Wort einräumen will. Ein Beispiel für diese unterschiedlichen Ansätze: Nach dem „Nein“ der Franzosen beim Referendum über den Vertrag von Lissabon im Jahr 2005 liegen der Kanzlerin nichts ferner als die Kniffe, die sich derjenige vorstellt, der bislang nur Präsidentschaftskandidat ist. Er beabsichtigt die Abfassung eines „Mini-Vertrages“, der ohne Referendum verabschiedet werden könnte. Das ist eine leicht zu durchschauende Taktik, aber Angela Merkel muss schon 2008 feststellen, dass das französische Parlament diesen neuen Vertrag billigt.

Nichts deutet darauf hin, dass Angela Merkel und Nicolas Sarkozy einander nahe stehen. Man würde derzeit keine Wetten darauf abschließen, dass sie sich auch 30 Jahre nach dem Ende ihrer Amtszeit noch treffen würden, wie von Zeit zu Zeit ihre Amtsvorgänger Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt. Keiner der beiden Spitzenpolitiker möchte jedoch riskieren, als Totengräber des Euros in die Geschichte einzugehen. Außerdem hat jeder verstanden, dass sich im Falle einer Einigung dieser beiden – denn das ist die Stärke der deutsch-französischen Partnerschaft – quasi automatisch etwa zehn Länder anschließen, und dass dies der bestmögliche Ausgangspunkt für eine Einigung der 27 Staaten der Europäischen Union darstellt.

Gegenseitige Abhängigkeit Der jüngste Vorschlag, einen „Sparkommissar“ nach Griechenland zu entsenden, ist bezeichnend. Wie zufällig kam es zu diesem Fauxpas der deutschen Diplomatie am 30. Januar, bei einem Gipfel, der von den beiden Spitzen, die sich seit dem 9. Januar nicht gesehen hatten, nicht so gut vorbereitet worden war wie die vorherigen. Schlussfolgerung: Ohne Deutschland kann Frankreich nichts erreichen und ohne Frankreich kann Deutschland wiederum nicht viel durchsetzen. Dies ist offensichtlich der Hauptgrund dafür, dass Angela Merkel Nicolas Sarkozy unterstützt, sogar noch bevor er bekannt gegeben hat, ob er noch einmal antritt. Die Wahl zwischen einem Kandidaten, der wie sie dem konservativen Lager angehört und Deutschland zu seinem Vorbild gemacht hat, und einem sozialistischen Herausforderer, der die von Berlin befürwortete Sparpolitik infrage stellt, fällt der Kanzlerin nicht schwer. Es wäre allerdings nichts gefährlicher, als die französische Linke gegen Deutschland aufzubringen. Das weiß Angela Merkel. Und will sie die SPD im Falle eines Wahlsiegs des sozialistischen Kandidaten in Schwierigkeiten bringen, dann muss sie jedes Interesse daran haben, die „Merkolland“-Karte zu spielen. **Frédéric Lemaître**

Der Autor ist Deutschlandkorrespondent der französischen Zeitung „Le Monde“.

Die vielen Geschwindigkeiten auf dem Kontinent

INTEGRATION Die Euro-Krise forciert die Anstrengungen für einen engeren Zusammenschluss der „Kerngruppe“. Die Brüsseler EU-Zentrale warnt vor einer Spaltung

Die Krise um den Euro bewirkt eine enorme Beschleunigung der Verhältnisse in der EU. Das „Kerneuropa“, über das die CDU-Politiker Wolfgang Schäuble und Karl Lamers 1994 in einem Papier noch eher theoretisch dozierten, hat in der Realität volle Fahrt aufgenommen – auch wenn maßgebliche Politiker wie Bundeskanzlerin Angela Merkel bekunden, alle auf dem Weg ins vereinte Europa „mitnehmen“ zu wollen. Eine „Fiskalunion“, die nach den Beschlüssen des Europäischen Rats am 9. Dezember 2011 und am 30. Januar 2012 zur finanzpolitischen Disziplinierung der Euroländer beschworen wurde, würde diesen Verbund noch enger zusammenführen. Der Graben zum „Rest“ würde vergrößert. Großbritannien will den Weg ins engere Europa nicht mitgehen. Der widerstrebende Premier David Cameron blieb dabei aber beim Dezember-Gipfel gegen alle 26 übrigen EU-Länder isoliert. Aber auch Tschechien unterzeichnete beim Gipfeltreffen am 30. Januar den Fiskalpakt nicht.

Angst in Brüssel In Brüssel schrillen derweil die Alarmglocken. Beim Euro-Krisenmanagement der Staatschefs läuft allzu vieles an der EU-Zentrale vorbei. Schon warnte der um das supranationale Element besorgte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso vor einer Spaltung zwischen Euro-Ländern und

dem Klub der übrigen Staaten. Gleichwohl ist die EU nach den letzten Erweiterungsrunden mit inzwischen 27 Staaten so heterogen geworden, dass nicht alle im gleichen Schritt zusammengebunden werden können – und auch nicht wollen. So zeigt sich Europa neben der Währungsunion seit Jahren auch in anderen Politikfeldern geteilt, ob im Sicherheitsverbund der Schengen-Staaten, in der Sozial- oder in der Verteidigungspolitik.

„Verzerrte Kerngruppe“ Als unbestritten gilt, dass eine Rettung des ehrgeizigen Euro-Projekts ohne engere wirtschafts- und sozialpolitische Integration bis hin zu Eingriffen in die Staatsetats kaum machbar sein dürfte. So sieht der Berliner Politik-Professor und Experte für politische Großgebilde, Herfried Münkler, das Problem Kerneuropas primär in der „verzerrten Kerngruppe“ selbst. Länder wie Griechenland und andere kriselnde Süd-Staaten gehörten dort nicht hinein, während wirtschaftlich gesunde und aufsteigende Staaten wie Schweden oder Polen außen vor seien. Münkler hofft, dass sich alles noch „zurecht rückt“. Sollte sich Großbritannien abkopfen, wäre dies für Münkler undramatisch. London habe sich in eine Blockierrolle begeben. Schon gibt es Spekulationen über ein Ausscheiden Londons aus der EU. Für Otmar Issing, Ex-Chefvolkswirt der Europäischen



Gegen engere EU-Integration: Der britische Premierminister David Cameron

Zentralbank (EZB), wäre dies ein größeres Problem: „Die EU kann schwerlich auf ein Mitglied verzichten, das bei allem nationalen Egoismus als Stimme für freie Märkte gelten konnte.“ Der Kölner Politikologe und Europaexperte, Professor Werner Link, glaubt, dass „die Briten im eigenen Interesse doch noch mitmachen“ in Europa. Für ihn bleibt indes ein sich zusammenschließendes Kerneuropa unter deutsch-französischer Führung „die

einzigste Möglichkeit, die EU zu erhalten“. Als positives Beispiel sieht er die proeuropäische Haltung Polens, das nach dem Ostblockzerfall zunächst voll auf die USA setzte und sich inzwischen korrigiert hat. Warschau verschob nun aber die für 2015 geplante Einführung des Euros auf unbestimmte Zeit. Allerdings hat das Land den Fiskalpakt unterschrieben. Vor allem: Polen will bei den Euro-Konferenzen nicht außen vor bleiben. Ob die Kompro-

missregelung, dass die Nicht-Euroländer einmal im Jahr an den Gipfeln der Eurostaaten teilnehmen zu dürfen, Polen zufriedenstellt, bleibt ungewiss. Der Fiskalpakt jedenfalls sorgt für neuen Konfliktstoff in der EU.

Angsthema Transferunion Derzeit gilt Brüssels ganze Energie der Ausgestaltung einer Fiskalunion. Manche halten diesen Weg für verhängnisvoll. Professor Wilhelm Hankel, einer der Kläger in Karlsruhe gegen den Euro-Rettungsschirm, wirft den Rettern vor, „selbstherrlich die Märkte ausschalten zu wollen“. Eine Fiskalunion dividieren nun die Eurozone auseinander. In Länder, die sich Eteingriffen unterwerfen und dann am Finanzausgleich teilnehmen dürfen, und Staaten, die „Bevormundungen von außen“ ablehnen, so Hankel. Ein großes Angsthema ist die schlechende Einrichtung einer Transferunion, um kriselnde Euro-Staaten zu stützen. Die Zeit sei noch lange nicht reif für eine solche Dauer-Solidarität außerhalb der eigenen Nation, sagen Kritiker. Ex-EZB-Volkswirt Issing sieht darin gar eine „tödliche Gefahr für die politische Kohärenz der Währungsunion“. Wie und ob eine Fiskalunion den Euro sichern kann, ist ungewiss. Sie soll dem Maasticht-Vertrag von 1992 Festigkeit geben. In der Zwischenzeit betreiben die EU-Staatschefs weiter intergouvernemental Rettungs-

politik. „Die Wirtschaftsregierung sind wir“, hat Kanzlerin Merkel gesagt. Anhänger eines vereinten Europas hoffen hier auf die „Methode Schengen“: 1985 hatten einige europäische Regierungen im luxemburgischen Schengen ohne Abstimmung mit Brüssel den Abbau von Grenzkontrollen vereinbart. Daraus ist ein erfolgreiches Freizügigkeitsprogramm für weite Teile Europas entstanden. Mittlerweile ist „Schengen“ Bestandteil des Lissabon-Vertrages der EU. Professor Link hält solche Schleichwege als notwendigen Teil einer höheren „List der Vernunft“ auf dem Weg ins vereinte Europa: „Das Notwendige wird sich durchsetzen.“

Demokratie-Debatte Bleibt das Demokratie-Problem: „Eine Entmündigung der europäischen Bürger“ erkennt der Philosoph Jürgen Habermas in dieser Art elitärer Europapolitik. Michael Kelpanides, Soziologie-Professor an der Universität Thessaloniki, verweist auf die Bürger-Skepsis gegen eine rasche finanzpolitische Integration in der EU: Wolle man mehr Demokratie und nehme „die Präferenzen der Bürger ernst – dann muss man die Verlangsamung oder gar Aussetzung des Integrationsprozesses in Kauf nehmen.“ Heikle Sachverhalte, die den Europa-Politikern noch zu schaffen machen können. **Hans Krump**



Modernes Babel: Europas Medien berichten ausführlich über die Schuldenkrise, schauen dabei aber immer noch vor allem durch die nationale Brille.

Im Spiegelkabinett der Krise

MEDIEN Europas Öffentlichkeit blickt auf die Nöte der jeweiligen Nachbarn. Eine gemeinsame Sprache hat sie noch nicht gefunden

Als Frankreich das „Triple A“ bei der Rating-Agentur Standard & Poor's verliert, bringt der französische Nachrichtensender BFM-TV eine Sondersendung mit dem Titel: „Eine bankrotte Welt“. Frankreich werde die Eurozone verlassen und kehre zum Franc zurück, berichtet die Moderatorin. Das habe Präsident Nicolas Sarkozy mit Kanzlerin Angela Merkel beschlossen. Deutschland erwäge, eine Mini-Eurozone gemeinsam mit den nordeuropäischen Ländern zu bilden, „einen Club der guten Schüler“, von dem Frankreich und der Süden Europas definitiv ausgeschlossen blieben, erklärt ein Korrespondent aus Berlin. Das Szenario der Sondersendung im Januar war Fiktion. Doch das Thema ist in den französischen Medien seit Monaten allgegenwärtig: Gleitet Frankreich mit der Schuldenkrise in das Lager der südeuropäischen Länder ab? Wie kann es sein Haushaltsdefizit reduzieren und gleichzeitig die eigene Wirtschaft wieder in Schwung bringen? Wie verändert sich das deutsch-französische Verhältnis in der Euro-Krise? Staatspräsident Sarkozy bekannt bereits seit Jahren: „Ich bewundere das deutsche Modell.“ In einem Fernsehinterview Ende Januar machte er aus Arbeitsmarkt-Reformen nach deutschem Vorbild sogar sein erstes großes Wahlkampfthema. Noch vor den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr müsse das Arbeitsrecht flexibler werden. Frankreichs Bürgerinnen und Bürger dürften die Loblieder auf den Nachbarn langsam satt haben. Zu allem Überfluss müssen sie sich seit Wochen in Radio und Fernsehen anhören, wie eine deutsche Automarke ohne Übersetzung für ihre Modelle wirbt: „deutsche Qualität“ schon zum Frühstück.

Auch Deutschlands Botschafter in Paris, Reinhard Schäfers, wird das Lob zu viel. Er spricht überhaupt nicht gerne vom „deutschen Modell“. Vor sieben Jahren sei Deutschland noch der kranke Mann Europas gewesen mit knapp fünf Millionen Arbeitslosen, sagt Schäfers Privatradio Europe 1. Eine linke Regierung habe Reformen eingeleitet, die für viele Menschen in Deutschland sehr schmerzhaft gewesen seien. Einige dieser Erfahrungen könnten wohl als Beispiel dienen. „Ist Frankreich für Sie und Ihre Landsleute eine Last, während Sie für uns jetzt vielleicht eine Lokomotive sind?“, fragte die Moderatorin. Da wirkte Schäfers für einen kurzen Moment geradezu fassungslos. Viele Franzosen und insbesondere Kommentatoren in Paris hätten sich of-

fenbar in den Kopf gesetzt, Frankreich sei als Partner nicht mehr auf der Höhe Deutschlands. „Nur gemeinsam werden wir in Europa Erfolg haben“, sagte Schäfers. Die Moderatorin dankte dem Botschafter erleichtert für die „beruhigenden Worte“.

Griechenland „Die nächste Tranche“ heißt eine Sendung des Athener Stadtradios. Jeden Morgen wird dort diskutiert, was Griechenland für die Auszahlung der nächsten Kreditrate tun muss, getan hat und vor allem nicht getan hat. Seit zwei Jahren haben griechische Medien vor allem ein Thema: die nationale Schuldenkrise, die Eurokrise, das Krisenmanagement der Europäer.

Die Athener Tageszeitung Ta Nea erschien kürzlich mit einer Karikatur auf ihrem Titelblatt, die die deutsche Kanzlerin Angela Merkel als Puppenspielerin zeigt. Ihre Marionette: Griechenland. Natürlich gehen längst nicht alle Griechen soweit, eine „Junta Schäuble“ auszumachen, wie die rechtspopulistische Zeitung Eleftheros Typos. Aber schon zu Beginn des griechischen Dramas vor zwei Jahren verfolgten griechische Beobachter Merkels Zaudern, das Land mit einer greifenden Solidaritätsbe-

kundung auf den Finanzmärkten zu halten, mit Unverständnis. Inzwischen vermelden sie, dass Deutschland immer weniger Zinsen für seine Geldanleihen zahlen muss, bisher also durchaus profitiert hat – so wie alle die Jahrzehnte zuvor, als die Griechen, wenn auch auf Pump, massenhaft deutsche Importprodukte kauften. Deswegen betrachten die Kommentatoren bei aller Selbstkritik für die hauseigene Misere den deutschen Zeigefinger, begleitet von dem urdeutschen Satz „ihr müsst eure Hausaufgaben machen“, inzwischen eher als Überheblichkeit denn als Krisenmanagement hin.

Für den neuen Kreditvertrag verlangt Berlin nun eine noch strengere Finanzaufsicht, die schriftliche Verpflichtungen aller politischen Kräfte, legt nahe, die anstehenden Wahlen zu verschieben. Dass die Kreditgeber Sicherheiten für das größte Hilfsdarlehen aller Zeiten von 130 Milliarden verlangen müssen, versuchen griechische Journalisten wie zum Beispiel Babis Papadimitriou seinen Zuschauern allabendlich im Fernsehsender SKAI zu erklären. Aber der Verdacht geht um, dass gerade die Deutschen es darauf anlegen, Griechenland aus dem Euro und damit in den Bankrott zu drängen. „Sie treiben uns von Schikane zu Schikane, so, als wollten sie uns loswerden“, kommentierte die Zeitung To Vima in ihrer Online-Ausgabe: „Wenn sie uns nicht mehr in der Eurozone

haben wollen, dann sollen sie es sagen. Sonst müssen wir uns wohl verabschieden und dann sollen sie die Verantwortung übernehmen, für das, was kommt.“

Estland Es war ein merkwürdiger Eindruck für die Esten: Die Eurozone steckte bereits mitten in der Krise, und trotzdem sollte man nun mit der Einführung der Gemeinschaftswährung Anfang 2011 ein womöglich sinkendes Schiff betreten?

Natürlich war den Esten auch klar, dass kein Weg zurückführte: Ihre Landeswährung Krone war von Anfang an erst an die D-Mark und anschließend an den Euro gekoppelt. Dass die Gemeinschaftswährung nicht schon gleich nach dem EU-Beitritt 2004 eingeführt wurde, lag am Anstieg der Inflation. Der Ausbruch der Krise 2008 bremste dann zwar den Preisaufschwung, ließ dafür aber das Haushaltsdefizit über die Drei-Prozent-Marke steigen. Trotz ungünstiger Rahmenbedingungen reagierte die Regierung mit einem eisernen Sparkurs. Für Ärger sorgte aber eher die Tatsache, dass Estland Defizitgrenzen einhalten sollte, die die meisten Mitglieder der Eurozone klar verfehlten. Dass Estland auf Herz und Nieren geprüft wurde, während Griechenland auf Grundlage gefälschter Zahlen in die Eurozone aufgenommen worden war, bestärkte viele Esten in ihrem Verdacht, dass bei osteuropäischen Ländern strengere Maßstäbe angelegt werden.

Der Euro ist ein wichtiger psychologischer Faktor. Man konstatiert heute mit Stolz, das am stärksten integrierte nordeuropäische Land zu sein: Unter den fünf nordischen und drei baltischen Staaten gehört nur Estland sowohl zur EU und zur NATO als auch zur Euro-Zone. Im Alltag genießen viele Esten die praktischen Folgen des Euro, denn der Austausch mit dem großen Nachbarn Finnland wird dadurch erleichtert. Von einem Lebensstandard wie dem der Finnen sind ihre Einkommen aber noch weit entfernt. Und so stößt den Kommentatoren in estnischen Medien übel auf, wenn Griechen gegen Mindestlöhne demonstrieren, die estnischen Durchschnittsgehältern entsprechen. Werden einem Schuldigen schneller erlassen, wenn man nur heftig genug protestiert und streikt? Laute Töne sind den Esten fremd, und viele befürchten, als kleines Land nicht ausreichend wahrgenommen zu werden. Aber die Esten nehmen auch mit einem gewissen Stolz zur Kenntnis, dass ihre Rolle als europäische Musterknaben ihre Position gestärkt hat.

Dänemark Außen vor und doch dabei – das ist Dänemarks Position in der Eurokrise. Obwohl das Land bereits 1973 dem Staatenbund beigetreten ist, hat es sich Sonderbedingungen ausgehandelt und nimmt etwa an Gemeinschaftswährung nicht teil. Die

Außenseiterposition ist Zeichen einer europaskeptischen Haltung der dänischen Bevölkerung. Seit dem 1. Januar hat Dänemark die EU-Ratspräsidentschaft inne und damit im Staatenbund mehr Einfluss als sonst. Das kleine nordeuropäische Land muss Verhandlungen leiten, an denen es selber nicht wirklich beteiligt ist. Umso wichtiger war es Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt, sozialdemokratische Chef einer links-liberalen Minderheitsregierung, beim informellen Brüssel-Gipfel Ende Januar dabei zu sein, auf dem die Staats- und Regierungschefs sich auf die Ausgestaltung des Fiskalpacts einigten. Thorning-Schmidt konnte sich die Zustimmung der Parteien der Vorgängerregierung Venstre (liberal-

konservativ) und Konservative sichern, die eine Parlamentsmehrheit auch ohne die linke „Einheitsliste“ ermöglichen. Diese wünscht ebenso wie die rechtspopulistische dänische Volkspartei DF eine Volksabstimmung zum Fiskalpak. „Steigende Arbeitslosigkeit und weniger Wohlfahrt in ganz Europa“, fürchtet etwa Nikolaj Villumsen, europapolitischer Sprecher von „Einheitsliste“, die Thorning-Schmidt noch im Wahlkampf 2011 unterstützt hatte. „Es ist positiv, dass die Länder sich über strengere Regeln einig geworden sind. Das ist wichtig, um aufzuräumen und das Vertrauen in die Volkswirtschaften der einzelnen Länder wiederherzustellen“, heißt es hingegen bei Venstre.

Sparen steht in Dänemark derzeit weit oben auf der Agenda. Die im Herbst angetretene Mitte-Links Regierung muss Ausgaben kürzen, wo es nur geht und hat schon etliche Wahlversprechen wieder einkassieren müssen. „Wenn sie im Frühjahr Reformen bei Arbeitslosigkeitssystem und Frühpension machen müssen, können sie den Richtlinien der EU einen Teil der Schuld dafür geben“, urteilt Mette Østergaard, politische Kommentatorin bei der Zeitung „Politiken“. Nicht die besten Voraussetzungen, um den Rückhalt der Dänen für die Europa zu stärken.

Ursula Amtage (Paris), Clemens Bomsdorf (Kopenhagen), Berthold Forssman (Tallinn), Corianna Jessen (Athen) ■

Am rechten Rand vereint

ABGRENZUNG Die Euro-Krise hat Populisten ein neues Thema beschert

Die Skeptiker sind in Europa auf dem Vormarsch. Auf den ersten Blick nichts Neues: Schon in der griechischen Antike war der „Skeptizismus“ populär, eine Denkrichtung, die den Zweifel zum Prinzip erhob. Jetzt, etwa 2.000 Jahre später, haben Parteien in ganz Europa den Zweifel zu ihrem politischen Prinzip gemacht. Die rechtspopulistische französische „Front National“ gewann 2010 bei Regionalwahlen etwa neun Prozent der Stimmen. In den Niederlanden ist die 2006 gegründete „Partei für die Freiheit“ des Islamgegners Geert Wilders drittstärkste Fraktion im Parlament. Ein Blick auf die politische Landkarte Europas zeigt: In vielen EU-Staaten gibt es mittlerweile rechtspopulistische Parteien – und sie haben Zulauf.

Erstaunlicherweise, erklärt Frank Decker, Populismusforscher und Politikprofessor in Bonn, sind die Rechtspopulisten Westeuropas zumeist nicht dezidiert nationalistisch ausgerichtet. Zumindest offiziell gehe es ihnen „um eine gemeinsame westeuropäische Identität, die Abgrenzung zu nicht-europäischen Kulturen wie dem Islam“.

Vakuum in Osteuropa Anders das Bild in Osteuropa. Auch hier feiern rechtspopulistische Parteien Erfolge. Im Gegensatz zu ihren Pendanten im Westen argumentieren sie zumeist rein nationalistisch. Das Vakuum politischer Werte, das nach dem Ende des Kalten Krieges mit dem Untergang der Sowjetunion entstanden ist, haben sie mit der Forderung nach dem Primat nationaler Identität und Kultur gefüllt. So sind Parteien wie die litauische „Ordnung und Gerechtigkeit“ und die polnische „Solidarna Polska“ entstanden. Am radikalsten: die neofa-

schistisch-populistische „Bewegung für ein besseres Ungarn“, in der Landessprache kurz „Jobbik“, die seit 2010 die drittstärkste Fraktion im ungarischen Parlament stellt. Die Zitterpartei um den Euro hat allen Populisten ein neues Thema beschert. Die Griechenland-Krise als Verteilungskrise, die EU als Transferunion – mit solchen Interpretationsmustern lässt sich derzeit punkten.

EU-weite Vernetzung Die Vernetzung der populistischen Parteien zeigt sich im EU-Parlament. Als Parteienfamilie bilden sie eine eigene Fraktion, „Europa der Freiheit und Demokraten“ (EFD), mit aktuell 33 Abgeordneten aus neun Ländern. Vereint sind hier die „Dänische Volkspartei“, die „Wahren Finnen“, die „Bewegung für Frank-

reich“, der griechische „Orthodoxe Volksalarm“, die niederländische „Reformierte Politische Partei“, die litauische „Ordnung und Gerechtigkeit“, die „Slowakische Nationalpartei“ und die „Solidarna Polska“, die „Lega Nord“ Italiens und die „United Kingdom Independence Party“. So radikal die Mitgliedsparteien der EFD zuweilen auftreten: Sie bekundete die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) 2009 Interesse an einer Mitgliedschaft. Diese wurde von mehreren Abgeordneten der EFD-Fraktion abgelehnt. Die britischen Europaskptiker von der UK Independence Party hingegen sind dabei, obwohl ihre Skepsis ultimativ ist: Sie fordern den Austritt des Europäischen Königreichs aus der Europäischen Union.

Verena Renneberg



Ein Etablierter gegen das „Establishment“: Timo Soini, Chef der „Wahren Finnen“

Die es in die Fremde zog

VOR ORT Ein Deutscher als Superpapa Polens, vielsprachige Kinder – fünf Beispiele für ein gelebtes Europa

POSEN Ein protestantischer Norddeutscher als einer von drei „Vätern des Jahres“ im katholischen Polen: Für Sven Sellmer ist das auch nach einem Dreivierteljahr noch schwer zu glauben. Unter 20.000 Teilnehmern hatte die Jury des landesweiten Wettbewerbs den 42-Jährigen im Juni 2011 zu einem der Preisträger gewählt – am Ende auf Rang zwei. „Ich habe das zuerst für einen Scherz gehalten“, erzählt der gebürtige Schleswig-Holsteiner, der mit seiner polnischen Frau Izabella und der gemeinsamen zehnjährigen Tochter Maja in Posen lebt. Die frohe Botschaft von der Nominierung übermittelte damals Pfarrer Boguslaw Baranski. Er hat den Väter-Wettbewerb vor sechs Jahren ins Leben

gerufen. Über Sellmer sagt er: „Wir wollten zeigen, dass Väter auch durch Einfühlbarkeit Autorität ausstrahlen können.“ Und in dieser Hinsicht ist der deutsche Doktor der Philosophie in Polen offenkundig ein Vorbild. Sellmers Tochter Maja, die ihren Vater zum Super-Papa-Wettbewerb angemeldet und den Stein damit erst ins Rollen gebracht hatte, schwärmt: „Er ist klug, immer hilfsbereit und sagt die Wahrheit.“ Erziehung und Haushalt teilt sich Sellmer mit Izabella, die als Germanistin wie ihr Mann an der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen arbeitet. Dort haben sich Iza und Sven auch kennengelernt, als der Deutsche in den 1990er Jahren aus purer Neugier an ei-

nem Polnisch-Sommerkurs teilnahm. Inzwischen spricht er ebenso perfekt Polnisch wie seine Frau Deutsch und Tochter Maja beide Sprachen. Für sonderlich erwähnenswert hält Sellmer das nicht. Womöglich deshalb nicht, weil er selbst ein knappes Dutzend Sprachen beherrscht – darunter Sanskrit. An der Posener Uni hat das Multitalent das Institut für Indologie mit aufgebaut und schließt gerade seine Habilitation ab. Den Sellmers ist kaum bewusst, dass ihre kleine deutsch-polnische Familie etwas Besonderes ist. „Wir leben seit 2004 in Posen“, berichtet Sellmer lapidar. „Damals boten sich für uns beide hier die besseren beruflichen Perspektiven.“ Zuvor hatte das Paar einige Jahre in

Schleswig-Holstein verbracht, wo Maja 2001 zur Welt kam. „Wir fühlen uns in Polen wohl. Die Menschen sind offen, freundlich und lockerer als viele Deutsche, allerdings manchmal auch schlechter organisiert“, sagt Sellmer und fügt hinzu: „Wir können uns aber auch gut vorstellen, eines Tages wieder nach Deutschland zu ziehen – am liebsten nach Berlin.“ Im weitesten Sinn begreift sich der Super-Papa ohnehin als EU-Bürger. „Ich bin ein Europa-Enthusiast“, sagt er, schränkt aber ein: „Was nicht optimal funktioniert, ist die Umsetzung dieser großartigen Idee.“

Ulrich Krökel

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Warschau.



Sven Sellmer lebt mit seiner Familie seit 2004 im polnischen Posen.



© Barbara Schilling, picture-alliance/opa



Die Dänin Mette Aagaard Jakobsen hat in Barcelona eine neue Heimat gefunden.



BARCELONA Es war eine Mischung aus Fern- und Heimweh, die Mette Aagaard Jakobsen 2003 nach Barcelona geführt hat. Nach langen Reisen durch Asien – durch Nepal, Indien, Thailand – suchte die Dänin gemeinsam mit ihrem deutschen Lebensgefährten einen Ort zum Bleiben. Irgendwo am Meer, irgendwo im Süden sollte er liegen, aber dennoch nicht zu weit weg von ihren Familien: Die Wahl fiel auf Barcelona. „Auch wenn mich die asiatische Kultur fasziniert, bevorzuge ich zum Leben Europa“, sagt Mette Aagaard, 36 Jahre alt. „Ich fühle mich den Menschen hier einfach verbunden, kann mit allen ins Gespräch kommen.“ Der Spaß am täglichen Miteinander war wohl auch ein Grund, wa-

rum die Weltenbummlerin nach Jahren auf Kunsthandwerks- und Mittelaltermärkten im November 2010 ihr eigenes Geschäft eröffnet hat. „Home on earth“, einen Laden für nachhaltiges Design. Auf dem Boden des hellen Lokals im Altstadtviertel Raval reihen sich Filzpantoffeln in allen Größen und Farben, daneben liegen bunte Teppiche, an einer Kleiderstange hängen Sweat-Shirts und Jacken. Die Entwürfe stammen von der Chefkin selbst, einer ausgebildeten Grafik-Designerin. Produziert wird in Indonesien und Nepal, von ihr persönlich mitbetreuten Projektwerkstätten, zu fairen Preisen. Möbel aus nachhaltig erwirtschaftetem Holz und handgefertigte Baby-Kleidung aus Biomaterialien ergänzen das Ange-

bot. In einer sendungsbewussten, kosmopolitischen Stadt wie Barcelona funktionieren solche Konzepte gut, auch in Krisenzeiten. Während Mette Aagaard ein paar Kunden skandinavische Lampen zeigt, passt eine Kollegin auf, dass der einjährige Vigo nicht auf die Straße krabbelt; der drei Jahre ältere Noe spielt hinterm Verkaufstresen Computer. Von Elternzeit oder einem Betreuungsangebot wie in Dänemark kann man in Spanien nur träumen, der Alltag mit Kind fordert einiges an Organisation. Manchmal fehle ihr solcher Komfort, dann vermisst sie nordeuropäische Effizienz. „Dafür nehmen sich die Menschen hier mehr Zeit füreinander.“ Mit ihren Söhnen spricht Aagaard dänisch, der Vater deutsch, unter-

einander unterhält sich das Paar auf Englisch. Von Freunden und auf der Straße hören die Kinder überwiegend spanisch; spätestens in der Schule wird mit Katalanisch eine fünfte europäische Sprache dazukommen. In welcher Sprache sie sich einmal heimisch fühlen werden? Mette Aagaard zögert einen Moment, sagt dann: „Mir ist es schon wichtig, dass sie meine Sprache sprechen und verstehen. Aber welchem Land sie sich zugehörig fühlen, ist Nebensache.“ Vielleicht sind sie ja tatsächlich einmal das, was „Home on Earth“ nahe legt: zu Hause in der ganzen Welt – oder zumindest in Europa.

Julia Macher

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Barcelona.

BERLIN Maultaschen, Käsespätzle, Nürnberger Würstchen – die Speisekarte von Iavor Zvetanov ist vor allem eins: deutsch. Bulgarisch ist hier, in seiner Kneipe im Berliner Bezirk Neukölln, außer Zvetanov selbst, nur noch der Wein. „Kein Mensch weiß, dass es in Bulgarien guten Wein gibt“, sagt er. „Man kennt ihn in Deutschland nur aus dem untersten Regal im Supermarkt.“ Deswegen gibt es bei ihm Wein aus Bulgarien – ein Tribut an die Heimat sozusagen. Zvetanov kommt aus Belene, einer kleinen Stadt an der Grenze zu Rumänien, die vor allem für ihr geplantes Kernkraftwerk und ein Arbeitslager bekannt ist, in dem zu kommunistischen Zeiten Regimegegner ermordet wurden. Im Jahr 1994 ging Zvetanov nach Berlin,

eigentlich um zu studieren und dem Wehrdienst in Bulgarien zu entgehen. Doch als 19-Jähriger im Berlin nach dem Mauerfall – Zvetanov wollte lieber etwas erleben als sich mit Büchern zu quälen, wie er erzählt. Schließlich begann er, hauptberuflich als Kellner zu arbeiten. Heute gehören dem 36-Jährigen die „Kindl-Stuben“ – eine Kneipe im Berliner Chic mit niedrigen Dreibeintischen, Plüschsofas und Stehlampen. Auf den Tischen stehen Kerzen, an der Wand hängen Fotografien von Sartre. An Berlin gefalle ihm vor allem das Bunte, das Internationale, sagt Zvetanov. Neukölln mit seinem hohen Ausländeranteil, den arabischen Brautmodengeschäften und den orientalischen Klängen, die in

die Geschäfte locken sollen, ist Synonym für dieses farbenfrohe Miteinander – und Zvetanov nicht nur mit seiner Kneipe ein Teil davon. Seine Frau ist Deutsche mit türkischen Wurzeln. Für Zvetanovs Familie war das zunächst nicht ganz leicht zu verkraften, schließlich verbindet die Türkei und Bulgarien eine jahrhundertlange schwierige Nachbarschaft. 500 Jahre war Bulgarien unter osmanischer Herrschaft, die aus dieser Zeit vererbte türkische Minderheit wurde ihrerseits unter dem kommunistischen Regime diskriminiert. Zvetanovs Familie zeigt, wie sehr sich die Zeiten geändert haben. Mit seinen Kindern spricht er bulgarisch, seine Frau türkisch. Untereinander reden sie

deutsch. Es ist Zvetanov wichtig, dass seine Kinder seine Sprache beherrschen – auch wenn er selbst nach den vielen Jahren in Deutschland im Bulgarischen inzwischen häufiger stolpert als früher. „Manche Dinge kann ich gar nicht auf Bulgarisch sagen“, sagt er. „Lohnsteuerjahresausgleich zum Beispiel.“ Ein typisch deutsches Wort eben. Was ihn im Bulgarischen an sprachliche Grenzen bringt, gefällt ihm an Deutschland prinzipiell gut – das Organisierte, die Pünktlichkeit. Und die Fußballnationalmannschaft. Aus seiner alten Heimat vermisst er vor allem zwei Dinge: seine Familie und die Sonne. Und ein bisschen auch die Lebensweise. „Die Bulgaren“, findet er, „sind entspannter.“



Iavor Zvetanov ist mit 19 Jahren nach Berlin gekommen.



© Ralf Spilthuis, picture-alliance/opa



Ein Pariser in Kopenhagen: Ludovic Piveta



KOPENHAGEN Internationaler als Ludovic Piveta kann ein Mensch kaum sein. 1978 als Sohn einer Portugiesin und eines Vaters aus Martinique in Paris geboren, hat er in Frankreich und Italien gelebt, bevor er mit seiner spanischen Freundin nach Dänemark zog. „Ich lerne gerne andere, so verschiedene Länder kennen und kann mir gut vorstellen, in ein paar Jahren wieder weiter zu ziehen“, sagt er. Nach Dänemark zog Ludovic der Arbeit wegen. „In Italien lebte es sich prächtig, aber der Lohn war verhältnismäßig schlecht und nach dem Ausbruch der Krise verschlechterten sich die Aussichten zunehmend, so dass ich mich auf eine Marketingstelle in Dänemark bewarb.“ Die hohen Lebenshaltungskosten und Steu-

ern in seiner neuen Heimat schrecken ihn nicht ab: „Wer sich darüber beschwert, sollte schauen, was er am Monatsende übrig hat. Das ist immer noch viel und für die Steuern bekommt man auch etwas – zum Beispiel eine gut funktionierende Bürokratie.“ Dass alles so gut organisiert ist – vom öffentlichen Nahverkehr bis zu den Behörden – freut ihn an seiner derzeitigen Heimat am meisten. „Ich mag nicht, wenn Leute Vorurteile gegen Italien haben, aber wie auch in Frankreich ist das Staatswesen dort längst nicht so effizient“, findet Piveta. Dagegen werde man im Süden ganz anders aufgenommen: „Die Dänen haben wenig Interesse, neue Leute kennenzulernen. Meine Freunde hier sind ebenfalls

Ausländer, mir fehlt der offene, herzliche Umgang miteinander, der Plausch auf der Straße. Nicht einmal die Nachbarn sagen Hallo zueinander“, erzählt er. Auch das Essen ließe ein wenig zu wünschen übrig. Besonders in Italien sei das ganz anders gewesen. Dorthin hatte es Piveta aus Neugier gezogen, er war damals mehrfach bei Freunden in Rom gewesen und hatte das Land geschätzt gelernt. Deshalb bewarb er sich dort und zog im Sommer 2007 nach Rom, nach Kopenhagen ging es exakt zwei Jahre später. Piveta kommt aus einem der berühmtesten Pariser banlieues (Vororte). „Ich habe vier Schwestern, komme aus einer typischen Migrantenfamilie und gehöre sicherlich zu jenen zehn Prozent, die

von dort stammen, die am weitesten gekommen sind. Viele studieren nicht einmal. Weil wir nicht in die oberen französischen Schichten hineingeboren werden, müssen wir uns mehr anstrengen“, berichtet er. Piveta studierte an einer privaten Hochschule Wirtschaft – das Studium hat er sich selbst finanziert. Während seiner Jahre im Ausland hat Piveta Europa gut kennengelernt. „Anfangs war ich sehr positiv, was die EU angeht, heutzutage bin ich immer noch ein Freund des Staatenbundes, meine aber, dass stärker diskutiert werden muss, wie die Integration ablaufen soll.“

Clemens Bomsdorf

Der Autor ist freier Nordeuropakorrespondent in Kopenhagen.

LONDON Fred Karlsson war 26 Jahre alt, als er den großen Entschluss fasste. Sein musikalisches Talent hatte dem Schweden viel Beifall und einen Job als Organist in der örtlichen Kirchengemeinde eingebracht. Nebenbei jobbte er im Lebensmittelgeschäft seiner Eltern im Landkreis Skene/Kinna, 50 Kilometer südöstlich von Göteborg. Ein geruhsames, geordnetes Leben – ein bisschen zu geruhsam, fand er: „Ich wollte weg von daheim und etwas anderes ausprobieren.“ Der Musiker bewarb sich am London College of Music und wurde prompt genommen. Der Sprung aus der tiefsten schwedischen Provinz in die Weltstadt gelang. Karlsson fühlte sich wohl, sein Englisch ist so perfekt, „dass

ich heute als Engländer durchgehe“. Das Leben in England brachte auch privat Glück: Seine Frau Sarah, eine Grundschullehrerin, ist Einheimische. Was Europa und die EU angeht, konnte der Schwede die vorherrschende pragmatische Skepsis verstehen, die auch Sarah empfindet. „Ich selbst fühle mich mehr als Europäer als sie“, erzählt der 45-Jährige, „ich habe damals mit Überzeugung für Schwedens EU-Beitritt gestimmt.“ Zumal für ein kleineres Land sei die EU wichtig. Und: „Ein bisschen Geben gehört auch dazu.“ Diese Sichtweise sei indes in England zunehmend unpopulär. Karlssons erstem Studienabschluss folgte ein Masters-Studium in Chorleitung. Eine feste Stel-

le war rasch gefunden: Das Amt des Organisten bei der Friedhofsverwaltung von Golders Green bringt ein Grundeinkommen und lässt Nebenjobs zu, so dass Karlsson mehrere Klavier- und Orgelschüler privat unterrichtet. Zudem gehört zu der Stelle eine Dienstwohnung, was im teuren London wichtig ist. Als Sarah 2000 die Chance erhielt, für ein Jahr in Atlanta (USA) zu arbeiten, zeigte sich die Friedhofsverwaltung flexibel und stellte ihren Angestellten frei. Diese Zeit hat Karlsson in wunderbarer Erinnerung: „Gerade in den US-Staaten sind die Leute so unglaublich freundlich.“ Mit der schönen Erinnerung verbindet sich ein kritischer Blick aufs Langzeit-Gast-

land: „Mir fehlt hier oft das offene Wort. Es gibt zu viel Gerede hinter dem Rücken der Betroffenen.“ Die Enttäuschung über eine Intrige, die seinen ehrenamtlichen Dienst an einer Nord-Londoner Kirche beendete; die Routine der Trauerfeiern; die Bedürfnisse der beiden Kinder Magnus und Eva, die sich noch immer ein Zimmer teilen – derzeit würde Karlsson, „sofort zugreifen, wenn sich anderswo eine Chance böte“. Inzwischen ist ihm auch die Ruhe in der Heimat wieder sympathischer als vor zwei Jahrzehnten. Und als Kirchenmusiker habe man es doch viel leichter.

Sebastian Berger

Der Autor ist freier Journalist in London.



Der Schwede Fred Karlsson geht in London mittlerweile „als Engländer durch“.



© Sebastian Berger, picture-alliance/opa

Die Europäische Union



EUROZONE		FISKALPAKT	
DEUTSCHLAND ★ 1952 ↑ 81,8 Mio. BIP: 29 000 ⊖ 5,5 % ⊖ 83,2 % AAA	FRANKREICH ★ 1952 ↑ 65,1 BIP: 26 100 ⊖ 9,9 % ⊖ 81,7 % AA+	ITALIEN ★ 1952 ↑ 60,6 BIP: 24 300 ⊖ 8,9 % ⊖ 119,0 % BBB+	NIEDERLANDE ★ 1952 ↑ 16,7 BIP: 32 800 ⊖ 4,9 % ⊖ 62,7 % AAA
SPANIEN ★ 1986 ↑ 46,2 BIP: 24 700 ⊖ 22,9 % ⊖ 60,1 % A	PORTUGAL ★ 1986 ↑ 10,6 BIP: 19 800 ⊖ 13,6 % ⊖ 93,0 % BB	FINNLAND ★ 1995 ↑ 5,4 BIP: 28 300 ⊖ 7,6 % ⊖ 48,4 % AAA	ÖSTERREICH ★ 1995 ↑ 8,4 BIP: 30 700 ⊖ 4,1 % ⊖ 72,3 % AA+
GROSSBRITANNIEN ★ 1973 ↑ 62,4 BIP: 27 800 ⊖ 8,4 % ⊖ 80,0 % AAA	DÄNEMARK ★ 1973 ↑ 5,6 Mio. BIP: 30 400 ⊖ 7,8 % ⊖ 43,6 % *	SCHWEDEN ★ 1995 ↑ 9,4 BIP: 30 100 ⊖ 7,5 % ⊖ 39,8 % *	POLEN ★ 2004 ↑ 38,2 BIP: 15 300 ⊖ 9,9 % ⊖ 55,0 % *
IRLAND ★ 1973 ↑ 4,5 BIP: 30 700 ⊖ 14,5 % ⊖ 96,2 % BBB+	ESTLAND ★ 2004 ↑ 1,3 BIP: 15 900 ⊖ 11,3 % ⊖ 6,6 % AA-	LETTLAND ★ 2004 ↑ 2,2 BIP: 12 600 ⊖ 14,8 % ⊖ 44,7 % *	LITAUEN ★ 2004 ↑ 3,2 BIP: 14 200 ⊖ 15,3 % ⊖ 38,2 % *
LUXEMBURG ★ 1952 ↑ 0,5 BIP: 69 100 ⊖ 5,2 % ⊖ 18,4 % AAA	SLOWAKEI ★ 2004 ↑ 5,4 BIP: 18 100 ⊖ 13,4 % ⊖ 41,0 % A	TSCHECHIEN ★ 2004 ↑ 10,5 BIP: 19 500 ⊖ 6,8 % ⊖ 38,5 % *	UNGARN ★ 2004 ↑ 10,0 BIP: 15 700 ⊖ 10,9 % ⊖ 80,2 % *
GRICHENLAND ★ 1981 ↑ 11,3 BIP: 21 700 ⊖ 19,2 % ⊖ 142,8 % CC	SLOWENIEN ★ 2004 ↑ 2,1 BIP: 21 200 ⊖ 8,2 % ⊖ 38,0 % A+	ÖSTERREICH ★ 2004 ↑ 8,4 BIP: 30 700 ⊖ 4,1 % ⊖ 72,3 % AA+	UNGARN ★ 2004 ↑ 10,0 BIP: 15 700 ⊖ 10,9 % ⊖ 80,2 % *
PORTUGAL ★ 1986 ↑ 10,6 BIP: 19 800 ⊖ 13,6 % ⊖ 93,0 % BB	MALTA ★ 2004 ↑ 0,4 BIP: 20 400 ⊖ 6,5 % ⊖ 68,0 % A-	UNGARN ★ 2004 ↑ 10,0 BIP: 15 700 ⊖ 10,9 % ⊖ 80,2 % *	LETTLAND ★ 2004 ↑ 2,2 BIP: 12 600 ⊖ 14,8 % ⊖ 44,7 % *
IRLAND ★ 1973 ↑ 4,5 BIP: 30 700 ⊖ 14,5 % ⊖ 96,2 % BBB+	ZYPERN ★ 2004 ↑ 0,8 BIP: 24 000 ⊖ 9,3 % ⊖ 60,8 % BB+	UNGARN ★ 2004 ↑ 10,0 BIP: 15 700 ⊖ 10,9 % ⊖ 80,2 % *	LETTLAND ★ 2004 ↑ 2,2 BIP: 12 600 ⊖ 14,8 % ⊖ 44,7 % *
IRLAND ★ 1973 ↑ 4,5 BIP: 30 700 ⊖ 14,5 % ⊖ 96,2 % BBB+	RUMÄNIEN ★ 2007 ↑ 21,4 BIP: 11 000 ⊖ 7,0 % ⊖ 30,8 % *	ÖSTERREICH ★ 2004 ↑ 8,4 BIP: 30 700 ⊖ 4,1 % ⊖ 72,3 % AA+	UNGARN ★ 2004 ↑ 10,0 BIP: 15 700 ⊖ 10,9 % ⊖ 80,2 % *
IRLAND ★ 1973 ↑ 4,5 BIP: 30 700 ⊖ 14,5 % ⊖ 96,2 % BBB+	BULGARIEN ★ 2007 ↑ 7,5 BIP: 10 600 ⊖ 11,2 % ⊖ 16,2 % *	ÖSTERREICH ★ 2004 ↑ 8,4 BIP: 30 700 ⊖ 4,1 % ⊖ 72,3 % AA+	UNGARN ★ 2004 ↑ 10,0 BIP: 15 700 ⊖ 10,9 % ⊖ 80,2 % *

= Mitglied Eurozone
 = Beitrittsjahr
 = Einwohnerzahl in Mio. (2011)
 BIP = Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro (2010, Kaufkraftbereinigt)
 = Arbeitslosenquote (Bez. 2011, saisonbereinigt)
 = Staatsverschuldung in % des BIP (2010)
 AAA - CC = Ratings (*nicht bewertet) (2012, nach Standard & Poor's)

B Beitrittsland
 Kroatien tritt der EU 2013 bei.
K Kandidatenländer
 setzen bereits EU-Rechtsvorschriften in nationales Recht um.
P Potenzielle Kandidaten
 erfüllen die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft noch nicht.



© Peter Müller/epi-photografie, Laura Remy und Frank Reiberschnitzer/11 Medien

Nach wochenlangen Diskussionen mit Regierungsvertretern platze Piotr Duda Ende Januar der Kragen. „Jetzt ist Schluss mit der Idylle“, polterte der Chef der polnischen Dachgewerkschaft Solidarnosc und kündigte mitten im eisigen Warschauer Winter einen „heißen Frühling“ an. Wenn sich Premier Donald Tusk nicht bald bewege, werde er in den kommenden Monaten Massenproteste von Krankenschwestern, Bergarbeitern, Gefängniswärtern, Grenzschützern und vielen anderen Berufsgruppen erleben. „Sie werden vor seiner Kanzlei aufmarschieren, notfalls auch während der Fußball-Europameisterschaft“, warnte Duda. Polen richtet das Turnier im Juni gemeinsam mit der Ukraine aus.

Was die Menschen in „rasende Wut auf den Premierminister“ versetzt, wie es der Gewerkschafter formuliert, gilt in finanzpolitischen Fachkreisen als viel versprechende Strategie für einen Beitritt Polens zur Euro-Zone im Jahr 2015. Tusk hat seinen Landesleuten eine harte Reform- und Sparpolitik verordnet. Zwar bezeichnete der Premier eine Euro-Einführung 2015 zuletzt als nicht realistisch. Sein Finanzminister Jacek Rostowski fügte aber hinzu: die Kriterien für eine Aufnahme in die Euro-Zone wolle man in den kommenden drei Jahren erfüllen. In einer Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl im vergangenen Oktober hatte Tusk angekündigt, das Renteneintrittsalter von 60 Jahren für Frauen und 65 Jahren für Männer einheitlich auf 67 Jahre anzuheben. Das gesamte Gesundheitssystem kommt auf den Prüfstand, ebenso viele Steuersubventionen. Noch in diesem Jahr will die Regierung das Staatsdefizit unter die Maastricht-Grenze von drei Prozent drücken – und dies trotz einer zurückhaltenden Wachstumsprognose von 2,5 Prozent, die das Finanzministerium dem Etat zugrunde gelegt hat. Gelingt dies, könnte sich Polen 2013 dem europäischen Wechselkursmechanismus II anschließen und damit ein weiteres entscheidendes Kriterium für den Euro-Beitritt erfüllen. Die Landeswährung Zloty dürfte dann zwei Jahre lang nur noch in einem Korridor von rund 15 Prozent im Vergleich zum Euro schwanken. Am Ende könnte, trotz der derzeit abwägenden Worte der Regierung Tusk, der Beitritt zur Währungsunion stehen.

Tusks Masterplan ist ehrgeizig. Sein Land, das viel früher als Deutschland schon 1997 eine Schuldenbremse in der Verfassung verankert hat, hält zwar mit einer Gesamtverschuldung von 53 Prozent die Maastrichter 60-Prozent-Grenze ein. Und auch beim Inflationskriterium liegt Polen ordentlich im Rennen. Das Staatsdefizit, das 2011 fast sechs Prozent betrug, bereitet der Regierung jedoch Probleme. Deshalb will Tusk nun radikal sparen und zugleich mit Strukturformen die Weichen für eine nachhaltige Finanzpolitik stellen. Das aber treibt die Beschäftigten auf die Barrikaden.

Kraftakte Nach 20 Jahren wirtschaftlicher Transformation wollen sich die meisten Menschen in Polen keine weiteren Kraftakte verordnen lassen – und schon gar nicht für den Euro. Bei der Beurteilung der polnischen Perspektiven in Europa klafft zwischen Bürgern und Gewerkschaften auf der einen Seite sowie Regierung, Unternehmen und Finanzexperten auf der anderen ein Abgrund. In der Bevölkerung ist die Zustimmung zu einem Beitritt zur Währungsunion angesichts der Euro- und Schuldenkrise in den vergangenen zwei Jahren dramatisch gesunken. Umfragen zufolge möchten drei Viertel der Polen lieber am Zloty festhalten. 2009 waren dies nur rund 50 Prozent. „Die Men-



Finanzplatz Warschau: Für Polen als sechstgrößte Volkswirtschaft Europas ist der Euro nicht eine Frage des Ob, sondern des Wann.

In die erste Liga

POLEN Mit ehrgeizigen Reformen hält die Regierung Kurs auf den Euro. Die Mehrheit der Polen will lieber am Zloty festhalten

schon wollen nicht für Griechenland und Italien zahlen. Außerdem haben sie Angst vor einem Euro-Teuro-Effekt“, erläutert die EU-Expertin Agnieszka Lada vom Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten. Wirtschaftsvertreter sind anderer Meinung. „Auf Dauer überwiegen die Vorteile der Gemeinschaftswährung eindeutig“, sagt etwa der Direktor von General Motors Polen, Andrzej Korpak. 55 Prozent der Unternehmer sind für eine schnelle Euro-Einführung. Vor allem die Manager großer Betriebe sehen das Ende der Wechselkursrisiken herbei, gegen die sie sich bei allen Export-Import-Geschäften teuer versichern müssen. Und auch an den Finanzmärkten ist man durchaus zufrieden mit Tusks Euro-Masterplan. Die amerikanischen Ratingagenturen Moody's und Standard & Poor's belohnten die Reformankündigungen, indem sie Po-

lens Kreditwürdigkeit Ende 2011 gegen den europäischen Trend heraufstufen. Sie bewerten die Bonität Polens nun ohne Minus-Einschränkung als „sicher“.

Exklusiver Zirkel Für den Ministerpräsidenten selbst ist der Rating-Erfolg jedoch nur ein positiver Nebeneffekt seiner Reformpolitik. Donald Tusk nimmt eher das große Ganze in den Blick. Der Premier ist davon überzeugt, dass Polen in Europa nur dann in der ersten Liga mitspielen kann, wenn das Land möglichst bald der Währungsunion beiträgt. Der liberal-konservative Regierungschef hat 2011 immer wieder leidvoll erfahren müssen, dass sich die Mitglieder der Euro-Zone im exklusiven 17er-Zirkel ohne die zehn anderen EU-Staaten über das Management in der Schuldenkrise abstimmen – obwohl Polen im zweiten Halbjahr die EU-Ratspräsi-

dentschaft innehatte. „Die Frage ist deshalb nicht ob, sondern wie wir zu einem zentralen Spieler auf der europäischen Bühne werden können“, sagt Tusk.

Bei den Verhandlungen über den geplanten Fiskalpak erhöhte Tusk den Einsatz zuletzt deutlich. Vor dem Gipfel Ende Januar in Brüssel drohte er offen mit einem Bruch. Er werde keinen Vertrag unterschreiben, der Polen nicht ausreichenden Einfluss auf die fiskalpolitischen Entscheidungen garantiere, warnte er im Vorfeld. Vor allem Frankreich hatte die Fiskalunion eng an die Euro-Zone anbinden wollen. Am Ende einigte man sich auf ein Verfahren, das es allen Seiten erlaubte, das Gesicht zu wahren. Die Nicht-Euro-Länder werden in die Beratungen einbezogen – allerdings nicht, wenn es ausschließlich um Angelegenheiten der Währungsunion geht.

Vor diesem Hintergrund ist es in Warschau ein offenes Geheimnis, dass Tusk seine zweite Amtszeit mit dem Beitritt Polens zur Euro-Zone im Jahr 2015 krönen will. Öffentlich sagen mag der 54-jährige Träger des Aachener Karlspreises das allerdings nicht. Zu groß sind die Unwägbarkeiten, wie sich die Währungsunion weiterentwickelt. Zu groß ist zudem die Furcht der Regierenden vor dem Volkszorn. „Wir können erst mit 67 Jahren in Rente gehen, damit wir den Euro bekommen und anschließend den Griechen ihre teuren Autos bezahlen dürfen“, lautet ein weit verbreitetes Vorurteil, das polnische Boulevardmedien bedienen. Solidarnosc-Chef Duda kündigte an, mit einer Unterschriftensammlung für ein Referendum über die Tusk-Reformen zu kämpfen. Dabei hätten Regierung und Bürger allen Grund zu gemeinsamer Zuversicht. Die Wirtschaft wächst seit dem EU-Beitritt 2004 jährlich um drei bis sieben Prozent. Selbst im europaweiten Rezessionsjahr 2009 nahm das Bruttoinlandsprodukt um 1,7 Prozent zu. Polen verzeichnete damals als einziges EU-Mitglied ein Wachstum. 2011 lag der Wert bei 4,3 Prozent. Die Arbeitslosigkeit sank seit 2004 von mehr als 20 auf derzeit rund elf Prozent fast auf die Hälfte. „Wir sind den stärksten Volkswirtschaften der Welt auf den Fersen“, sagt Tusk stolz. Gelungen ist dies mit einer Mischung aus angelsächsischen und deutschen wirtschaftspolitischen Ansätzen, die Ökonomen oft für unvereinbar halten.

In Kaufaune Der Boom basiert vor allem auf einer Stärke des Binnenmarktes. Die Kaufaune in Polen ist konstant hoch. Viele Menschen scheuen dabei nicht vor privater Verschuldung zurück. Eine deutsche Sparmentalität und Inflationsängste sind den Polen fremd. Vorhandenes Geld fließt – ähnlich wie in den USA – in den Konsum. Davon zeugen nicht zuletzt die gigantischen Shopping-Malls, die in Polen in den vergangenen Jahren wie Pilze aus dem Boden gewachsen sind. Auch die Finanzindustrie gewinnt an Bedeutung. Dank einer Privatisierungswelle nach dem EU-Beitritt hat sich Warschauer Börse zum wichtigsten Handelsplatz östlich von Frankfurt entwickelt. Der Anteil internationaler Transaktionen am Handelsvolumen stieg um fast sechs Punkte auf 23,4 Prozent. Dennoch zeigt sich Tusk offen für die deutsch-französischen Pläne einer europäischen Finanztransaktionssteuer. „Eine solche Abgabe würde kaum eine Massenflucht von Börsenhändlern aus Polen verursachen“, heißt es in Regierungskreisen. Auf der anderen Seite resultiert das anhaltende polnische Wirtschaftswunder aus einer Stärke des Mittelstands, die nur mit dem deutschen Modell vergleichbar ist. Polens wechselnde Regierungen haben Existenzgründer seit den 1990er Jahren durch Steuererleichterungen konsequent gefördert. Mit Erfolg: Unternehmen wie der Posener Familienbetrieb Solaris, der Linienbusse produziert, haben sich längst in Westeuropa etabliert. Die Diversifizierung der Wirtschaft macht das Land weniger anfällig für Krisen, wie sich nicht zuletzt im Rezessionsjahr 2009 gezeigt hat. Doch auch der Zloty gehört zum Geheimnis des Erfolgs. 2008 und 2009 wertete Polen seine Währung um mehr als 50 Prozent ab. Das half dem Export und kurbelte die eigene Wirtschaft an. Ohne den Zloty, das betonen polnische Experten immer wieder, hätte das Land die Weltwirtschaftskrise nicht so unbeschadet bewältigen können. Für Donald Tusk macht es das nicht leichter, sich offen für den schnellen Abschied vom Zloty in die Brezche zu werfen. *Ulrich Krökel, Warschau*

Der Autor berichtet als freier Korrespondent.

BEITRITS-KANDIDATEN

In der Dramatik der Euro-Rettung wäre eine Nachricht fast zu kurz gekommen: Beim Brüsseler Dezember-Gipfel, bei dem die Staats- und Regierungschefs den Fiskalpak auf den Weg brachten, hat **Kroatien den Beitrittsvertrag zur EU** unterzeichnet. Nach siebenjährigem Verhandlungsmarathon ist damit der Weg frei für die Aufnahme des inzwischen 28. Mitgliedslandes der EU.



Kroatien wird das jüngste EU-Mitglied

In mehreren Erweiterungsrounden ist das Europäische Staatenbündnis gewachsen: In den 1960er Jahren gesellten sich **Großbritannien, Dänemark und Irland** zu den Gründungsmitgliedern Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Nach der Überwindung der Militärdiktaturen in Südeuropa folgten in den 1980er Jahren **Griechenland, Spanien und Portugal**, und nach dem Epochenwechsel von 1989 schlossen sich eine ganze Reihe von Staaten – vor allem des ehemaligen **Ostblocks** – der EU an.

Bevor ein Land **Mitglied** werden kann, muss es eine Vielzahl von wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Bedingungen erfüllen. Es muss sozusagen mit dem Standards der EU-Mitglieder „kompatibel“ sein. Das Prüferverfahren umfasst insgesamt **35 Verhandlungskapitel** – etwa zu Justiz und Grundrechten, Finanz- und Haushaltsbestimmungen oder zur Wettbewerbspolitik und zum freien Warenverkehr.

Im Augenblick sind vier Länder **offizielle Beitrittskandidaten**: die aus Jugoslawien hervorgegangenen Staaten **Mazedonien** und **Montenegro**, mit denen allerdings noch keine Beitrittsverhandlungen aufgenommen worden sind, sowie die **Türkei** und **Island**, das sich nach einer schweren Finanzkrise 2009 für ein Beitrittsgesuch entschlossen hatte. Mit der Türkei konnte seit 2005 erst ein Kapitel unter Dach und Fach gebracht werden. Die EU-Kommission sieht in ihrem jüngsten Bericht zur **Erweiterungsstrategie** zwar „erhebliche Fortschritte“ und ist beeindruckt von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei, dennoch bedürfte es weiterer „bedeutender Anstrengungen, um die **Grundrechte** auch in der Praxis zu gewährleisten, insbesondere die freie Meinungsäußerung, die Frauenrechte und die Religionsfreiheit“. Hinter den lange währenden Verhandlungen steht noch eine andere Frage: Ob die laizistische aber muslimisch



Zwischen Asien und Europa: Istanbul

geprägte Türkei wirklich zu EU gehören soll, ist quer durch die Mitgliedsländer und oft auch quer durch die politischen Lager umstritten.

Neben den vier offiziellen Beitrittskandidaten nennt die EU-Kommission noch vier weitere „potentielle“ Kandidaten: **Serbien, Albanien, Bosnien-Herzegowina** und **Kosovo**, das allerdings noch nicht von allen EU-Mitgliedern als souveräner Staat anerkannt worden ist.

Auch für die Teilnahme an der Gemeinschaftswährung gibt es ein Beitrittsverfahren. 17 EU-Länder sind Teil der **Euro-Zone**. Laut Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWWU) ist jedes EU-Mitglied verpflichtet, den Euro einzuführen, wenn es die sogenannten **EU-Konvergenz-Kriterien** erfüllt: Dazu gehören unter anderem **Preisstabilität**, eine Begrenzung des staatlichen **Schuldenstandes** auf nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und eine zweijährige Kopplung der nationalen Währung an den Euro. Derzeit nehmen an diesem **Wechselkursmechanismus II** genannten Verfahren lediglich drei Länder teil, könnten also recht schnell den Euro einführen: **Litauen, Lettland** und **Dänemark**. Dabei gilt für Dänemark, übrigens ebenso für **Großbritannien** eine sogenannte „Opt-out-Klausel“ von der EWWU, was nichts anderes heißt, als dass sie zur Einführung des Euros nicht verpflichtet sind. Auch beim EU-Mitglied **Schweden** schaut Brüssel bei diesem Thema nicht so genau hin: Das Land trat zu einem Zeitpunkt der EU bei, als die EWWU noch nicht voll umgesetzt war, es also de facto noch nicht klar war, dass der Euro kommt. *ah*

Im Krebsgang aus dem Kosovo Richtung Brüssel

SERBIEN Ein Rückzug aus dem Norden der abgefallenen Provinz gilt als Bedingung für ein EU-Beitrittsverfahren

Über die Ausgangslage sind sich EU und Belgrad einig: Eine dauerhafte Befriedung des westlichen Balkans ist nur mit Serbien möglich. Doch wie diese Integration geschehen soll, darüber gibt es bisher unvereinbare Meinungsunterschiede. Man habe die vom UN-Tribunal als Kriegsverbrecher angeklagten Serben nach Den Haag ausgeliefert und müsse daher nun den EU-Kandidatenstatus erhalten – so lautet die Forderung aller serbischer Spitzenpolitiker. Demgegenüber hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei ihren Besuchen in Belgrad und in Pristina im Sommer 2011 Bedingungen gestellt, die Serbien mit Blick auf seine vor vier Jahren abgefallene und heute fast nur noch von Albanern bewohnte Provinz Kosovo erfüllen soll.

Zunächst müssten alle Barrikaden beseitigt werden, mit denen die Serben in Nordkosovo seit letzten Sommer den Verkehr lahmgelegt haben. Dadurch sollen die NATO-geführte Schutztruppe KFOR und die EU-Rechtsstaatsmission (EULEX) „volle Bewegungsfreiheit“ bekommen. Das wird bisher von den lokalen Serben abgelehnt. Sie machen im gesamten Kosovo nur noch weniger als zehn Prozent der Bevölkerung aus, im Norden bilden sie jedoch die Mehrheit. Die zweite Bedingung Deutschlands ist ein Nachgeben Serbiens bei der Teilnahme der albanisch geführten Kosovo-Regierung an internationalen Konferenzen. Bisher hat Belgrad jede multilaterale Tagung boykottiert, auf der ein Kosovo-Minister aufgetaucht war.

Die Lage könnte sich dort sogar noch verschärfen. Denn die Serben im Nordkosovo haben Mitte Februar in einem Referendum klar für den Verbleib bei Serbien und damit gegen die kosovarische Regierung in Pristina gestimmt. Gleichzeitig will Belgrad seine in diesem Frühjahr geplanten Parlaments- und Kommunalwahlen auch in Nordkosovo durchführen. Demgegenüber verlangen die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, dass sich Serbien nach und nach aus dem Norden Kosovos zurückzieht. Bisher finanziert Serbien dort mit 500 Millionen Euro jährlich die Gemeindeverwaltungen, die Polizei, die Geheimdienste sowie den Bildungs- und Gesundheitssektor. Ein Ende dieser Unterstützung hat der serbische Staatspräsident Boris Tadic wiederholt klar abgelehnt.

Schleppende Reform Während Brüssel beim Thema Kosovo Serbien harte Forderungen stellt, lässt man dem Balkanland ausbleibende Reformen im Inneren durchgehen. Das größte Problem ist die fehlgeschlagene Neuordnung des noch aus kommunistischen Zeiten stammenden Justizsystems. „Belgrad versucht, die Europäer hinter Licht zu führen“, analysiert der Belgrader Politikwissenschaftler Vladimir Pavicic. Mit allen Tricks werde versucht, nur Scheinreformen im Justizapparat durchzuführen. Gerichte „und vor allem die Staatsanwaltschaften agieren offen nach dem Diktat der Exekutive“, kritisiert selbst die Präsidentin der staat-

lichen Antikorruptionsbehörde, Verica Barac. Der ebenfalls vom Staat eingesetzte Bürger-Ombudsmann, Sasa Jankovic, bezeichnet den Hohen Gerichtsrat als eine der obersten Instanzen der Justiz als „illegitim“. Trotzdem hat die EU-Kommission Serbien im Dezember 2011 „enorme Fortschritte“ bei der Justizreform bescheinigt.

Eine zweite große innenpolitische Baustelle ist der Kampf gegen die weit verbreitete Korruption. Die Polizei und das Gesundheitswesen gelten als besonders korrupt. Auch Baugenehmigungen oder Bescheide über den Ausbau von Dachböden gibt es nur gegen Ba-

res unter dem Tisch. Serbien wird in allen internationalen Rankings stets als eines der korruptesten Länder Europas geführt. Seit der demokratischen Wende im Jahr 2000 hat es keine gerichtliche, politische oder moralische Aufarbeitung der 1990er Jahre unter dem Autokraten Slobodan Milosevic gegeben. Dutzende politische Morde, Bürgerkriege und groß angelegte Umleitungen staatlichen Vermögens in private Taschen wurden ohne Nachspiel zu den Akten gelegt. Die vielen Dossiers der immer noch einflussreichen Geheimdienste bleiben bis heute verschlossen. Viele der engsten Gefolgsleute von Mi-



Blockade auf dem Weg nach Brüssel? Straßensperre der nordkosovarischen Serben

Der Autor ist Balkan-Korrespondent der dpa.



Eine Volksvertretung unter Polizeischutz: Begleitet von schweren Unruhen verabschiedete das griechische Parlament in Athen das neue Sparpaket.

Assads Rücktritt gefordert

MENSCHRECHTE Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat in der vergangenen Woche das brutale Vorgehen der syrischen Regierung gegen die Zivilbevölkerung mit „Entsetzen und Abscheu“ verurteilt. In einer gemeinsamen Erklärung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und von Bündnis 90/Die Grünen fordert der Ausschuss das syrische Regime in Damaskus auf, „die schweren Menschenrechtsverletzungen sofort zu beenden und die Bevölkerung des Landes zu schützen“. Der Ausschuss fordert Syriens Präsident Bashar al Assad zudem zum Rücktritt auf, um „den Weg für einen friedlichen und demokratischen Wandel in Syrien“ freizumachen. Zusammen mit anderen Mitgliedern seines Regimes, „die sich an dem syrischen Volk schamlos bereichert und Verbrechen begangen haben“, habe sich Assad vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu verantworten. Seit März vergangenen Jahres seien den „systematischen und ausgedehnten Angriffen gegen die eigene Bevölkerung“ mehr als 6.000 Menschen zum Opfer gefallen, weitere 60.000 würden vermisst. Demonstrativ befürwortete der Ausschuss den Kurs der Bundesregierung, das Assad-Regime international zu isolieren. Vertreter der syrischen Opposition sollten auch weiterhin diplomatisch unterstützt und Angehörige der syrischen Exilgemeinde in Deutschland vor „regimetreuen Schlägern und Spionen“ geschützt werden. **aw**

Plädoyer für Ratifizierung

FISKALPAKT Die Mitglieder der deutsch-französischen Arbeitsgruppe zu wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen in Europa haben sich auf ihrem Treffen in Paris am vergangenen Montag für eine schnelle Ratifizierung des Fiskalpakts ausgesprochen. Die deutschen und französischen Parlamentarier begrüßten ausdrücklich die Verpflichtung, Schuldenbremsen verfassungsrechtlich oder in vergleichbarer verbindlicher Weise in den nationalen Rechtsordnungen zu implementieren. Dies sei ein wichtiger Fortschritt bei der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise ebenso wie die Begrenzung der strukturellen Defizite und die Vereinbarung automatischer Korrekturmaßnahmen bei wesentlichen Abweichungen von den vereinbarten Vorgaben. Im Unterschied zu ihren französischen Kollegen hätten es die Bundestagsabgeordneten vorgezogen, bei Verstößen gegen den Fiskalpakt den Europäischen Gerichtshof anrufen zu können. Ihnen erscheint es nicht ausreichend, dass ein Staat einen anderen verklagen kann, da dadurch „Beißhemmung“ entstehen könnten und ein effektiver Sanktionsmechanismus verhindert werde. Die deutsch-französische Arbeitsgruppe war im Herbst vorigen Jahres ins Leben gerufen worden und besteht aus insgesamt 14 Abgeordneten aller Fraktionen sowie zwei von den jeweiligen Regierungen benannten Sachverständigen mit beratender Funktion. Sie ist seither viermal unter dem Vorsitz des Präsidenten der Assemblée nationale, Bernard Accoyer, und Bundestagspräsident Norbert Lammert zusammengekommen. Weitere Zusammenkünfte der Abgeordnetengruppe wird es zunächst nicht geben, da die nun vereinbarten Reformschritte den Vorstellungen der Parlamentarier weitgehend entsprechen und in Frankreich im April der Präsident und im Juni das Parlament neu gewählt werden. **sad**

Es wird eng für die Hellenen

GRIECHENLAND Anfang nächster Woche berät der Bundestag über die neuen Finanzhilfen der EU

Die Zeit wird knapp. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat Zweifel, ob der enge Zeitplan für die Abstimmung über das nächste Griechenland-Finanzpaket bis zum 27. Februar ausreicht, um alle Zweifel am Sanierungswillen der Griechen aus dem Weg zu räumen. Auf der Sondersitzung des Parlaments zu Beginn der nächsten Sitzungswoche soll über den nächsten EU-Finanzhilfstrag zu dem 130 Milliarden schweren Euro-Hilfsprogramm entschieden werden. Am 1. und 2. März ist in Brüssel der nächste EU-Gipfel terminiert, der ganz im Zeichen der Griechenland-Krise stehen wird, genauso wie das nächste EU-Finanzministertreffen mit der Euro-Gruppe am 12. März. Der enge Terminkalender setzt alle Beteiligten – einmal mehr – gehörig unter Druck. „Ob die dafür vorgesehene Beratungszeit reichen wird, wird man sehen“, sagte der Bundestagspräsident. Das neue Hilfspaket für Athen umfasst neue öffentliche Hilfen von 100 Milliarden Euro, dazu kommen 30 Milliarden Euro zusätzliche Garantien zur Absicherung des geplanten Schuldenschnitts. Dieser soll die griechische Schuldenlast um rund 100 Milliarden Euro verringern.

Zur Zeit sind die Abgeordneten aber noch in den sitzungsfreien Tagen in ihren Wahlkreisen, während in Brüssel und vor allem in Athen um die letzten Details des Hilfspakets gerungen wird. Parallel dazu wird ebenfalls über einen Forderungsverzicht privater Gläubiger verhandelt. Fest steht nur ein Termin: Am 20. März werden griechische Anleihen in Höhe von 14,5 Milliarden Euro fällig. Sollten bis dahin keine Hilfgelder nach Athen geflossen sein, wäre Griechenland bankrott. Zwar hat das griechische Parlament in einer dramatischen Abstimmung, begleitet von schweren Unruhen in Athen, die neuen Sparauflagen der Troika aus EU-Kommission, EZB und Weltwährungsfonds akzeptiert und die Oppositionsparteien haben sich in einem Schreiben an die Euro-Gruppe verpflichtet, die Auflagen auch nach einem wahrscheinlichen Regierungswechsel in Athen im April einzuhalten. Doch Zweifel bleiben. So ließ sich etwa Antonis Samaras, Parteichef der konservativen Nea Dimokratia, eine Hintertür offen: Seine Partei, so schrieb er der Euro-Gruppe, werde dem Programm verpflichtet bleiben, wenn sie die Wahl gewinne. Er machte aber geltend: „Politikänderungen könnten notwendig sein, um die vollständige Umsetzung des Programms zu garantieren.“ Der Unmut über die sich hinziehenden Verhandlungen in Athen wächst in Brüssel und Berlin. In Kreisen der Bundesregierung zweifelt man immer mehr an der Verlässlichkeit der griechischen Parteien. „Wer stellt denn sicher, dass Griechenland auch morgen noch zu dem steht, was wir jetzt mit Griechenland verhandeln?“, fragte Finanzminister Wolfgang Schäuble: „In den letzten Monaten mussten wir feststellen, dass sich scheinbar manches leichter verspricht, als dann umgesetzt wird.“ Ähnlich äußerte sich auch Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP). Er schließt einen Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone inzwischen nicht mehr aus: „Der Tag X verliert zunehmend an Schrecken.“ Andere Länder wie Portugal und Spanien seien deutlich engagierter als die Kollegen in Griechenland. CSU-Chef Horst Seehofer hatte gar vorgeschlagen, eine Volksabstimmung über neue Hilfen für Griechenland durchzuführen. Bei einer bestimmten Größenordnung von Bürgschaften für Schuldenstaaten sollte das Volk befragt werden.

Schrumpfende Wirtschaft Währenddessen stürzt die griechische Wirtschaft immer weiter ab. So ging das Bruttoinlandsprodukt 2011 rasant um knapp sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück, wie die griechische Statistikbehörde Elstat mitteilte. Bereits 2010 war die Wirtschaft um 4,5 Prozent geschrumpft. Die Arbeitslosenquote stieg

auf 20,9 Prozent. Ursache der Talfahrt ist nach übereinstimmender Einschätzung von Finanzexperten die Sparpolitik, die die Wirtschaft abwürgt. Der Privatkonsum ist rückläufig, die Staatsausgaben sinken.

Marshall-Plan gefordert Deshalb mehren sich auch die kritischen Stimmen aus Reihen der Opposition. So fordert der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel einen „Marshall-Plan über 20, 30 Jahre für Südeuropa.“ Wir müssen neben den aktuellen Hilfen dafür sorgen, dass Wirtschaft und Beschäftigung wieder in Gang kommen“, sagte er. Ähnlich äußerte sich der haushaltspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, und der frühere Finanzminister Peer Steinbrück (SPD). Die Absage des Treffens der Finanzminister der Euro-Gruppe in der vergangenen Woche sei eine Eskalation gewesen. Kritik an der einseitigen Sparpolitik äußerte auch die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast: „Die Kanzlerin läßt die Frage, wie Griechenland geholfen wird, sich zu modernisieren, vollkommen aus.“ **Christoph Birnbaum**



»Ob die Beratungszeit reichen wird, wird man sehen«
Norbert Lammert (CDU)

STICHWORT

GRIECHENLAND – Ein Staat unter Sparschwang

> Sparpaket Das griechische Parlament billigte am 12. Februar Einsparungen in Höhe von rund 14 Milliarden Euro bis zum Jahr 2015. Allein in diesem Jahr sollen es 3,3 Milliarden Euro sein. Unter anderem sollen rund 150.000 Staatsdiener entlassen werden und der Mindestlohn von 751 auf 568 Euro sinken. Auch Staatsbesitz soll verkauft werden.

> Forderung der EU Die EU-Finanzminister verlangten in der vergangenen Woche zusätzliche Einsparungen von Athen in Höhe von 325 Millionen Euro.

> Schuldenfalle Die Staatsschulden Griechenlands beliefen sich Ende 2011 auf über 365 Milliarden Euro. Dies entspricht rund 160 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Seit 2001 sind die Schulden um 214 Milliarden Euro angewachsen.



»Europa muss erhalten bleiben«

RITA SÜSSMUTH Die langjährige Bundestagspräsidentin über ihre Erfahrungen mit Einheit und Einigungsprozess

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, Frau Präsidentin – vergangene Woche feiern Sie Ihren 75. Geburtstag. Wenn Sie zurückdenken an Ihre Kindheit – haben Sie noch Erinnerungen an die Kriegsjahre?
Starke Erinnerungen – etwa an die furchtbaren Bombennächte in Wuppertal. Oder die Angst um meinen Vater, der Soldat war.

Dann kamen der Kalte Krieg und im Westen der europäische Integrationsprozess. War der eher eine Lehre aus den Weltkriegen oder mehr eine Antwort auf den Kalten Krieg?
Für mich war er eher eine befreiende Lehre aus zwei Weltkriegen. Beim Kalten Krieg ging es mehr darum, wie wir ihn überwinden und zu neuen Modellen finden.

Gehörte zum Bemühen um eine Überwindung, dass Sie 1988 noch am Tag Ihrer Wahl zur Bundestagspräsidentin nach Warschau reisten?
Ich hatte mich zuvor schon engagiert um unsere Beziehungen zu Frankreich und Israel bemüht. Die Frage war nun, wie wir auch zu einem guten nachbarschaftlichen Verhältnis zu unseren polnischen Nachbarn finden. Bei meiner ersten Reise ging es darum, die Bemühungen um Entspannung

voranzubringen. Für mich war ein politisch freundschaftliches Verhältnis mit Polen von größter Bedeutung.

Im Oktober 1989 reisten Sie mit Frankreichs damaligen Parlamentspräsidenten Laurent Fabius nach Moskau zu Michail Gorbatschow – eine Demonstration deutsch-französischen Zusammenhalts als Beispiel überwindener Feindschaft?



Geburtsstagskind: Rita Süssmuth

Ja – das hat ein deutliches Zeichen gesetzt: Dass Deutsche und Franzosen gemeinsam an Verständigung und Ausgleich arbeiten. Die Mauer war ja noch nicht gefallen. Es war wichtig, Gorbatschow zu zeigen, dass wir an einem europäischen Strang ziehen. Wir verständigten uns, gemeinsam etwas zu bewirken.

Am 4. Oktober 1990 eröffneten Sie die erste gesamtdeutsche Bundestagsitzung – war das der „Gipfel“ Ihrer Arbeit?
Der „Gipfel“ war am 9. November 1989, als mit dem Mauerfall das von den meisten Un-erwartete eintrat. In meinen Wahlkreis Göttingen, nah an der Grenze, lagen wir uns in den Armen, mit Menschen, die ich ja gar nicht kannte. Später begleitete der Bundestag in einem deutsch-deutschen Ausschuss die Arbeit am Einigungsvertrag. Dabei hat es auch Fehler gegeben, doch gemessen an dem, was uns Deutschen geschenkt worden ist, fallen sie weniger in Betracht.

Wenn Sie einen Geburtstagswunsch frei hätten...
...wünschte ich mir, dass dieses Europa nicht auseinanderbricht – dass die EU erhalten bleibt und sich weiterentwickelt. Gewiss: Derzeit geht es um den Euro. Es geht aber auch darum, was Europas Herausforderungen sind: Erweiterung und Integration. Europa als Idee und politische Realität – das muss erhalten bleiben.

Deutsche Einheit und europäische Einigung werden oft als zwei Seiten einer Medaille gesehen. Konnte der Bundestag da Akzente setzen?
Nehmen Sie als Beispiel die Einladung an den damaligen polnischen Außenminister Wladyslaw Bartoszewski, 1995 im Bundes-

tag die Gedenkrede zum 50. Jahrestag des Kriegsendes zu halten. Bartoszewski brachte in seine ergreifende Rede so viel Zeichen des künftigen Miteinanders – ohne Vergessen – ein, dass mich dies auch emotional sehr bewegte. Mit wichtigen anderen Solidarnosc-Vertretern hat er eine Zukunft in Freiheit und Selbstbestimmung in einem geeinten Europa vorangetrieben. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl war es ganz wichtig, Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei den Weg in die EU zu öffnen.

Das Interview führte Helmut Stoltenberg.
Rita Süssmuth (CDU), Bundesfamilienministerin von 1985 bis 1988, war anschließend bis 1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages, dem sie von 1987 bis 2002 angehörte.

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

**Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.***

Jetzt auch als E-Paper

* Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

ENTWICKLUNGSMASCHINE
Wie kommt und warum Europa
Recht ist die

SICHWASCHINE
Was ist die neue Welt-Wirtschaft
In den nächsten vier Jahren

Prima Zukunft des Wissens im
Digitalen Zeitalter

Die Ware Wissen

BEWERTET PROJEKTE
Informations Kapital für die Gesellschaft und die

AUFGEKEHRT

Revolte im Zwergstaat

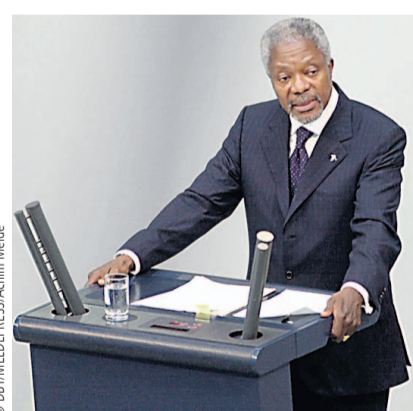
Was wäre Europa ohne seine vielen Staaten, mit all ihren Eigenarten? Zum Beispiel Liechtenstein. Der Zwergstaat am Alpenrhein, letztes territoriales Überbleibsel des 1806 untergegangenen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, gehört zu den wenigen Rest-Monarchien auf dem alten Kontinent. Freilich ist dort der Fürst kein „Grüßaugust“ der Politiker, sondern laut Verfassung zweiter Souverän neben dem Volk. Der Erbmonarch ist nicht nur Staatsoberhaupt, er kann per Veto alle Volksabstimmungen oder vom Parlament beschlossenen Gesetze aushebeln. Der letzte Wille im Steuerparadies liegt bei Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein. Absolutismus im 21. Jahrhundert, schäumen Kritiker. Jetzt ist im wohlhabenden „Ländle“ zwischen Österreich und der Schweiz der Aufstand ausgebrochen. Eine Volksinitiative „Ja – damit Deine Stimme zählt“ will das uralte fürstliche Vetorecht bei Volksabstimmungen abschaffen.

In einem halben Jahr soll das Volk entscheiden. Das ganze riecht nach Revanche für das gescheiterte Plebiszit im Herbst 2011 über die Legalisierung der Abtreibung, als der widerstrebende Katholik Prinz Alois dem Volk mitgeteilt hatte, er werde ein erfolgreiches Votum sowieso ablehnen. Am Ende stimmten 52 Prozent gegen die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs; viele meinen, wegen Alois' Intervention. Was macht das Haus Liechtenstein nun? Beinhart verteidigen Fürst Hans-Adam II. und sein regierender Stellvertreter Sohn Alois ihre Stellung im Land. Der Entzug ihrer Veto-Rechte sei nur möglich bei Abschaffung der Monarchie. Womöglich kehrt die Familie auf ihre österreichischen Güter bei Wien zurück, von wo aus man vor 300 Jahren die Ländereien am südlichen Rhein erworben hatte. Wie sagte noch Sachsens letzter König Friedrich August III. bei seiner Abdankung 1918 zum revoltierenden Volk: „Macht euren Dreck alleine.“ So weit aber ist es im gemächlichen Liechtenstein noch lange nicht. *Hans Krump*

VOR 10 JAHREN ...

Lob vor dem Bundestag

28. Februar 2002: Annan im Plenum Eine Rede im Plenarsaal des Bundestages zu halten ist ein Privileg. Und dass Nichtparlamentarier vor den deutschen Volksvertretern sprechen dürfen, eine Ausnahme. Nur 33 ausgewählten Persönlichkeiten wurde diese Ehre bislang zuteil. François Mitterand zum Beispiel, oder Papst Benedikt XVI. Am 28. Februar 2002 sprach mit Kofi Annan erstmals ein UN-Generalsekretär vor dem Hohen Haus. Unter dem Eindruck des noch jungen Afghanistan-Einsatzes machte Annan das



Der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan am Rednerpult im Bundestag

Thema Friedenssicherung zum Mittelpunkt seiner Rede. Dabei lobte der Ghanaer zwei Dinge: Das deutsche Engagement am Balkan, und dass Deutschland die Führungsrolle beim Aufbau einer professionellen Polizei für Afghanistan übernehme. Es habe ihn beeindruckt, sagte Annan weiter, „wie Sie über die in Ihrer Geschichte begründeten Hemmungen bezüglich Ihrer Rolle in der Welt, und das gilt auch für die Entsendung von Truppen, hinausgewachsen sind und eine Mitverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit übernommen haben“. Gleichzeitig warb der Friedensnobelpreisträger für eine Verlängerung des Isaf-Mandats in Afghanistan, das im Juni 2002 ausgelaufen wäre. Ein Abzug der UN-Truppen sei erst dann denkbar, wenn es eine Perspektive für das Land gebe. Ein Zeitfenster für einen Abzug formulierte Annan nicht, war sich aber bewusst: „Kein Staat will seine Truppen auf unbegrenzte Zeit in einem fremden Land stationiert wissen, ohne dass ein politisches Ergebnis in Sicht wäre.“ Dass auch zehn Jahre später internationale Truppen am Hindukusch stationiert sind, konnte er nicht ahnen. *Benjamin Stahl*

AUFLÖSUNG DES WEIHNACHTSRÄTSELS



Hauptpreis des Weihnachtsrätsels ist eine Reise nach Berlin: Dabei wird auch das Reichstagsgebäude – hier Besucher auf der Kuppel – besucht.

Zwölf Antworten zum Sieg

Die Gewinner des Weihnachtsrätsels 2011 steht fest: Sibylle Weber aus Wildberg hat die Reise nach Berlin mit zwei Übernachtungen und einem Besuch beim Bundestag gewonnen. Herzlichen Glückwunsch!

Die Fragen und Antworten, die sie zum Sieg geführt haben:

1. Wie oft dürfen Tankstellen in Österreich die Benzinpreise an einem Tag erhöhen?
Einmal
2. Bis wann möchte die SPD die Rente mit 67 aussetzen?
Bis die Erwerbstätigenquote bei den 60- bis 65-Jährigen mindestens 50 Prozent beträgt
3. Um wie viel Prozent soll bis 2020 im Vergleich zu 2008 der Schienenlärm reduziert werden?
50 Prozent

4. Welche Spitzenbeamten werden künftig im Fall einer Versetzung in den einstweiligen Ruhestand besser gestellt?
Unter anderem Staatssekretäre, Abteilungsleiter, Botschafter und der Generalbundesanwalt.

5. Wie hoch ist die Gesamtzahl der ab Februar 2012 in Afghanistan eingesetzten Soldaten?
4.900

6. In welchem Alter gehen in der EU Frauen im Durchschnitt in Rente?
Mit 61 Jahren

7. Welches Land hat kürzlich sein Ausscheiden aus dem Kyoto-Protokoll verkündet?
Kanada

8. Wie hoch war 2009 der Frauenanteil bei universitären Abschlüssen?
52,3 Prozent

9. Auf wie viel Prozent möchte die Linksfraktion die Umlage der Modernisierungskosten auf die Miete begrenzen?
Fünf Prozent

10. Welche Folge hat das Veto Großbritanniens beim Brüsseler Gipfel vom 9. Dezember für die „Fiskalunion“?
Sie kann nur außerhalb des EU-Vertrags vereinbart werden (auf dem Weg eines zwischenstaatlichen Vertrages).

11. Seit wann ist das Unesco-Übereinkommen zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes in Kraft?
Seit dem 20. April 2006

12. Wann feiert die serbisch-orthodoxe Kirche Weihnachten?
Am 6. Januar

LESERPOST

Zur Ausgabe 5/6 vom 30. Januar 2012, „Linke fordert Entschädigung wegen ‚Radikalererlass‘“, Seite 6

Mit Ihrer innenpolitische Meldung übernehmen Sie die in den 1970er Jahren als „Kampfbegriff“ eingeführte Bezeichnung des „Radikalererlasses“ für den durch die Ministerpräsidenten der Länder und dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt unterzeichneten „Extremistenbeschluss“ für Angehörige des öffentlichen Dienstes. Auch wenn Sie den Begriff in der Überschrift in Anführungszeichen setzen, so fehlt zumindest in der weiteren Berichterstattung der Hinweis auf die Bezeichnung als Extremistenbeschluss, der ja immer im Zusammenhang mit den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in den 1950er Jahren zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei Deutschlands (SRP) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zu sehen ist.

Danach sind (vereinfacht gesagt) „radikale Methoden“ zur Veränderung der politischen Landschaft innerhalb des Rahmens des Grundgesetzes zulässig, während „extremistische Methoden“ der Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung dienen und deshalb als verfassungsfeindlich unzulässig sind. Diese Unterscheidung hat ja in der seinerzeitigen Diskussion auch im europäischen Ausland für Verwirrung und Unwillen gesorgt, da diese Länder mit „radikalen“ Parteien üblicherweise keine Probleme hatten und sie sogar in den jeweiligen nationalen Parlamenten vertreten waren (zum Beispiel Kommunistische Partei Italiens, französischer Front National). Im Übrigen empfinde ich diese mangelnde klare und präzise Bezeichnung in den Medien noch heute als Ärgernis, zumal wenn in Bezug auf die jüngst bekannt gewordenen Verbrechen der NSU mal von „radikalen Tätern“ und mal von „Terroristen“ gesprochen wird. Wie soll ein junger Mensch politisch „sauber“ (nicht unbedingt „korrekt“) denken lernen, wenn schon die „Profis“ dies nicht vermögen und deshalb nicht vorleben?

Hans-Jürgen Honsa, Salzgitter

Zur Ausgabe 51/52 vom 19. Dezember 2012, „Hilfe unter Bedingungen“, Seite 7
Im Vorfeld der Afghanistan-Konferenz in Bonn Anfang Dezember hat es Proteste mit der Forderung „Truppen raus aus Afghanistan“ gegeben. Was bewirkt ein sofortiger Abzug in diesem Land, in dem Armut, Korruption und Warlords herrschen und das viele Jahre Krieg mit vielen Opfern hinter sich gebracht hat?

Dass die Aufgabe besteht, eigene Ordnungskräfte von Polizei und Heer aufzubauen und die Infrastruktur des Landes zu verbessern, ist allgemein bekannt. Die missglückte Wahl des Präsidenten Karzai hat das Vertrauen in die Regierung geschwächt. Bekannt ist auch, dass die Taliban im Grenzland Pakistans ein gutes Rückzugsgebiet haben.

Es besteht die Frage, ob der Westen nicht gänzlich überfordert ist, wenn er meint, er müsste ein Land, in dem weithin noch mittelalterliche Strukturen herrschen, innerhalb weniger Jahre demokratisieren. Wie viele Jahrhunderte haben wir dazu gebraucht? Die These, dass wir unsere Freiheit am Hindukusch verteidigen, ist doch sehr fraglich. Die Sicherheitslage für die westlichen Truppenverbände hat sich dramatisch verschlechtert. Zudem sind Berichte, wonach der Bruder des Präsidenten Karzai, der mit Drogen handelt, Gelder von CIA bekommt, nicht gerade vertrauenswürdig. Es fragt sich, ob die Amerikaner auf die richtigen Leute setzen.

Außerdem zeigen die demografischen Entwicklungen in Afghanistan, dass dort eine Familie durchschnittlich sieben Kinder hat und der Nachwuchs an neuen Kämpfern unwahrscheinlich groß ist – während im Westen die Bereitschaft, Söhne im Krieg gegen den Terror kämpfen und eventuell sterben zu sehen, verschwindend gering ist. Wahrlich keine leichte Aufgabe für die Verteidigungsminister der Nato.

Wir könnten von großem Glück sprechen, wenn es gelänge, uns von dort – innerhalb eines Zeitraumes von wenigen Jahren – etappenweise zurückzuziehen, ohne dass das Land und die gesamte Region in Chaos versinken.

Dieter Loest, Rot am See

PANNENMELDER

Zur Ausgabe 7 vom 13. Februar 2012
Bei dem Interview „Mit allen Szenarien rechnen“ auf Seite zwei fehlt bei der siebten Frage die Maßeinheit. Richtig muss es heißen, dass „47.000 Kubikmeter schwach- und mittelfradioaktive Abfälle“ in der Asse eingelagert wurden. In der Debattendokumentation wird der Abgeordnete Heinz Paula versehentlich der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugeordnet. Paula ist aber seit 1975 Mitglied der SPD.

SEITENBLICKE



PERSONALIA

> Werner Dolata
Bundestagsabgeordneter 1981-1987, CDU

Am 23. Februar vollendet Werner Dolata sein 85. Lebensjahr. Der aus Berlin stammende Zahnarzt trat 1946 in die CDU ein und war von 1958 bis 1967 Bezirksverordneter in Schöneberg. Von 1967 bis 1981 gehörte er dem Berliner Abgeordnetenhaus an und war von 1971 bis 1981 Mitglied des CDU-Fraktionsvorstands. Dolata arbeitete im Bundestag im Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit.

> Albert Nehm
Bundestagsabgeordneter 1978-1990, SPD

Albert Nehm wird am 23. Februar 80 Jahre alt. Der aus dem hessischen Baunatal stammende Stellmacher engagierte sich nach dem Krieg in der IG Metall, war Vorsitzender des Ortskartells Baunatal des DGB und viele Jahre VW-Betriebsratsmitglied. 1954 wurde er SPD-Mitglied. Nehm, 1978 in den Bundestag nachgerückt und danach stets Direktkandidat des Wahlkreises Werra – Meißner, arbeitete ausschließlich im Haushaltsausschuss.

> Gunter Huonker
Bundestagsabgeordneter 1972-1994, SPD

Gunter Huonker vollendet am 24. Februar sein 75. Lebensjahr. Der aus Schwenningen gebürtige Rechtsanwalt amtierte von 1968 bis 1972 als Büroleiter Erhard Eplers im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Von Dezember 1979 bis April 1982 war er Staatsminister im Bundeskanzleramt. Danach, bis September 1982, hatte er die Funktion als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium inne. Huonker vertrat von 1972 bis 1976 den Wahlkreis Ludwigsburg als Direktkandidat und wurde danach jeweils über die SPD-Landesliste Baden-Württemberg gewählt. Im Bundestag engagierte er sich hauptsächlich im Finanzausschuss.

> Volker Jung
Bundestagsabgeordneter 1983-2002, SPD

Volker Jung wird am 24. Februar 70 Jahre alt. Der aus Berlin gebürtige Diplom-Politologe und langjährige DGB-Mitarbeiter, zuletzt Referatsleiter beim Bundesvorstand, trat 1963 der SPD bei und war stellvertretender Vorsitzender seiner Partei in Düsseldorf. Von 1975 bis 1983 gehörte er dem Beratenden Ausschuss der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl an. Im Bundestag arbeitete Jung, stets Direktkandidat des Wahlkreises Düsseldorf II und langjähriger energiepolitischer Sprecher der SPD, ausschließlich im Wirtschaftsausschuss mit.

> Franz Romer
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, 1996-2009, CDU

Am 26. Februar wird Franz Romer 70 Jahre alt. Der Mechaniker aus Laupheim und langjährige Betriebsratsvorsitzende trat 1975 der CDU bei und gehörte von 1989 bis 1999 dem Landesvorstand Baden-Württemberg seiner Partei an. Von 1975 bis 2009 war er Stadtrat in Laupheim und von 1979 bis 1996 Kreisratsabgeordneter in Biberach. Romer, Direktkandidat des gleichnamigen Wahlkreises, arbeitete in allen Wahlperioden im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

> Anni Brandt-Elsweier
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD

Anni Brandt-Elsweier vollendet am 2. März ihr 80. Lebensjahr. Die Richterin aus Neuss trat 1963 der SPD bei, war von 1969 bis 1993 Ratsfrau in ihrer Heimatstadt und von 1984 bis 1993 stellvertretende Bürgermeisterin. Zwei Jahrzehnte gehörte sie dem Kreistag in Neuss an und amtierte von 1984 bis 1991 als erste stellvertretende Landrätin. Brandt-Elsweier engagierte sich im Bundestag in allen drei Wahlperioden im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 5. März.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 27.2.-2.3.2012
Europäischer Rat (Do), Kostenfallen im Internet (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream